



22. Januar 1924

## PAUL KAMPFFMEYER · DAS NEUE EUROPA

**G**ERADE vor 75 Jahren schrieb Karl Marx, in dem Artikel Neujahr 1849, in der Neuen Rheinischen Zeitung diese Zeilen: »Jede partielle soziale Reform in Frankreich, und auf dem europäischen Kontinente überhaupt, ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch. Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung: erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit.« Diese Prophezeiung scheint sich zu erfüllen. Der Weltkrieg hat die organisierte englische Arbeiterpartei zur Leiterin der Geschichte Englands gemacht. Die Chartisten von ehemals bereiten sich zur Übernahme der Regierungsgeschäfte vor. Der soziale und politische Konservatismus der englischen Arbeiterschaft ist gebrochen. Sie beginnt damit alle Probleme der ökonomischen und politischen Revolution nicht nur englisch sondern auch europäisch anzuschauen. Sie hat sich die Tatsache tief eingepägt, daß eine andere Vorhersage von Marx schon eingetroffen ist: Die industrielle und kommerzielle Weltherrschaft Englands ist vom Erdboden verschwunden. Eine »Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse des europäischen Kontinents« ist eingetreten. England ist nicht mehr »der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert«.

Am 8. Januar 1924 hat James Ramsay MacDonald in der Albert Hall in London seine Programmrede gehalten. Der Zielpunkt der äußern Politik dieses Sozialisten, dessen Reformismus im Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte wurzelt (als deren Mitarbeiter er vor mehr als 2 Jahrzehnten zuerst in Deutschland und auf dem Kontinent bekannt wurde), ist »der Friede in Europa«. Der Führer der englischen Arbeiterpartei will in der Richtung eines Abbaus des englisch-französischen Gegensatzes wirken, und er spricht von Zwigigkeiten zwischen England und Frankreich, die *beider* Länder durchaus unwürdig seien; er gesteht damit ein, daß auch sein Land sich auf die Sünderbank setzen muß. Neu ist sein Appell an die ganze Welt, um eine gewaltige Massenbewegung für eine allgemeine internationale

Verständigung herbeizuführen. MacDonald will sich an *alle* Männer und Frauen wenden, diese Bewegung soll also keinen ausgesprochenen Klassencharakter erhalten. Sie muß, soll sie sich nicht bloß als Straßendemonstration großen Stils darstellen, die politischen Machtverhältnisse der europäischen Parlamente im Interesse einer erfolgreichen Zusammenarbeit der europäischen Völker beeinflussen. Der wirkliche Ausgleich der Interessensgegensätze dieser Völker ist wichtiger als die Urteilsfindung einer »größt-zügigen Organisation der internationalen Gerechtigkeit« über die aus jenen Gegensätzen herausgeborenen Streitigkeiten. Dieser Gerichtshof wird gewiß einmal notwendig geschaffen werden müssen; immerhin ist dies erst eine spätere Sorge.

Das nach dem Willen MacDonalds so neu werdende England schaut heute auf einen politisch neuen Kontinent. Eine Förderung besonderer englischer Interessen ist nicht mehr dadurch möglich, daß England die Reibung großer politischer Machtvereinigungen zu seinen Gunsten benutzt. Kein Dreibund besteht mehr in Europa. Das starke Mitteleuropa der Zeitperiode vor dem Ausbruch des Weltkriegs, das einst England gegen die westliche oder gegen die östliche Großmacht ausspielen konnte, liegt unter den Trümmern des Weltkriegs. Auf dem Boden der frühern schwarz-gelben Monarchie erheben sich 3 slawische Staaten. Sie reichen von der Ostsee bis zum Mittel-ländischen Meer. Eine riesige Slawenwelle stürmt gegen das erheblich verkleinerte Deutsche Reich an. Slawen, die im Jahr 1848 gegen die deutschen Republikaner marschierten, haben sich heute selbst die phrygische Mütze aufgesetzt. Eine Republikanisierung größten Stils ist über Europa dahingegangen. Die Dreikaisermächte, die sich bei aller Uneinigkeit in der Unterdrückung der arbeitenden Demokratie zusammenfanden, sind im Weltkrieg zertrümmert worden. Der Osten, der 1848-1849 die schwarz-weiße Monarchie schirmte und die schwarz-gelbe Monarchie direkt vor dem revolutionären Ungarn rettete, hat revolutionäre Brandfackeln über den ganzen Kontinent geworfen. Die preußisch-deutsche Armee ist zermalmt worden, jene Armee, die erst dem Kaisertum seine eigentliche Stärke gab, und ohne die jeder Kaiser eine bloße Schattenexistenz führen würde. Das alte Deutschland mit seiner bevorrechteten Militärkaste hat sich 1918-1919 nicht nur äußerlich gehäutet sondern auch zum Teil innerlich gewandelt.

Das Jahr 1848-1849 brachte eine revolutionäre Kampfansage gegen den despotischen Zarismus. Ein geeintes demokratisches Großdeutschland wollte damals den zur eigenen Staatsbildung fortschreitenden Westslawen die Befreiung bringen. Ein revolutionäres Mitteleuropa regte sich schon. Durch dieses Mitteleuropa hätte Europa geeinigt werden können. Ein föderiertes Europa stieg vor Marxens kühnem Geist auf. »Die Vereinigten Staaten von Nordamerika,« schrieb er in der Neuen Rheinischen Zeitung, »abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstituiert sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer europäischen Föderation könnten sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderiert, muß es vor allem *ein* Lard werden.« Der Krieg, den die Demokratie Mitteleuropas 1848 dem Russischen Reich ankündigte, begann erst 1914. Im Jahr 1917 ist das zaristische Rußland durch den Weltkrieg niedergedrungen worden. Die Revolutionierung Rußlands, im Jahr 1848 noch eine ausschweifende Hoffnung der revolutionären Demo-

kratie, ist im März 1917 zur Tat geworden. Die soziale Revolution ist damit »aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit« getreten. Was ist also seit der bürgerlichen Revolution von 1848 geschehen? Europa hat sich völlig umgewälzt. In geradezu märchenhaftem Umfang ist es slawisiert worden. Hinter den republikaniserten Westslawen steht das ungeheure Russische Reich der Zukunft, allein ein Kontinent für sich. Alle Großmächte Europas werben heute schon um die Sympathieen des neuen Rußlands. Es ist ein gigantischer slawischer Organismus im Werden, dessen noch uner-schlossene schöpferische Kräfte einen blühenden Wohlstand über Europa verbreiten können.

Mitteleuropa hätte die Vereinigten Staaten von Europa nur schaffen können, wenn es ihm gelungen wäre selbst in seinem engen Rahmen die verschiedenen nationalen Bestandteile zu staatsfördernder Tätigkeit zusammenzufassen. So aber spielte die schwarz-gelbe Monarchie ihre verschiedenen Nationen gegen einander aus, so herrschte Preußen-Deutschland mit dem Diktaturparagraphen über Elsaß-Lothringen, das ganz in der französischen Kultur wurzelte, so steuerte die preußische Monarchie ihren Ost- und Nordmarkkurs. Die fremdnationalen Elemente, die durch eine weitsichtige Politik eine Brücke nach dem Westen und Osten hätten abgeben können, wurden drangsaliert und schikaniert. Diese terroristische Politik Mitteleuropas führte naturgemäß zu einer Zuspitzung der nationalen Gegensätze auf dem ganzen Kontinent. Ein wesentlicher Grund, weshalb Mitteleuropa die Frage der europäischen Föderation nicht lösen konnte und auch nicht lösen wollte, lag in seinem halbabsolutistischen Staatssystem. Das Frankreich der Großen Revolution, der parlamentarischen Demokratie erschien dem monarchischen Mitteleuropa als schwerste Gefährdung seiner politischen Existenzgrundlage. Die guten Landesväter Deutschlands und Österreichs wollten die Ohren ihrer lieben Untertanen nach Möglichkeit vor dem Krähen des gallischen Hahnes schützen. Noch Wilhelm II. konnte die Würdenträger der Französischen Republik nicht vertragen, weil er sie als die Nachfolger der Pariser Königsmörder der großen französischen Revolution betrachtete. Die schwere Hand Gottes ruhte nach seiner Ansicht auf dieser Republik, die als Strafe für die Hinrichtung Ludwigs XVI. von der Vorsehung dem Untergang geweiht war. Während sich der deutsche Ganz- und Halbabsolutismus schauernd von Frankreich abwandte, jubelte das demokratische und republikanische Deutschland dem revolutionären Land zu, in dessen »gewaltigen inneren Kämpfen« nach den Worten Lassalles »die Siege wie die Niederlagen der Freiheit Siege und Niederlagen für die gesamte Menschheit bedeuten«. Die deutsche Demokratie forderte stürmisch den Anschluß an das demokratische Frankreich. Und der französische Sozialismus wurde zur Wiege des deutschen Sozialismus.

Im Hinblick auf die segensreiche deutsch-französische kulturelle Befruchtung entschlossen sich Marx und Ruge in Paris die Deutsch-Französischen Jahrbücher herauszugeben. Schon der Name war ein Programm. Als Lassalle 1859 seinen Italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens schrieb, warnte er leidenschaftlich vor einem Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, er bezeichnete das gute Einverständnis zwischen den beiden Kulturvölkern, den Deutschen und Franzosen, als den »Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Ver-

mehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderrufflich abhängt«. Und er fügte hinzu: »An diesem Punkt hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation: es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie.« Lassalle war ein glühender deutscher Patriot, der für die Verwirklichung der Idee eines einigen demokratischen Deutschlands im Jahr 1848-1849 opferfreudig Leben und Freiheit eingesetzt hatte, der aber diese Idee nur im engen Anschluß an ein demokratisches Frankreich Form und Gestalt annehmen sah. Mit der gleichen Leidenschaft, mit der er gegen die halbabsolutistischen Mörder der deutschen Freiheit erglühete, verfolgte er die cäsaristischen Machtpläne Napoléons III. Hier vereinigte er sich vollständig mit Marx, der in seinem 18. Brumaire mit flammendem Zorn die Dezemberbande verfolgte, die mit den Mitteln eines gewalttätigen Fascismus die Demokratie in Frankreich niederwarf.

Die große Kulturarbeit der Gewinnung des Ostens für die Prinzipien einer sozial aufbauenden Demokratie konnte nach Marx und Lassalle nur dann fruchtbar werden, wenn Deutschland und Frankreich politisch und kulturell zusammenwirkten. Daß diese deutsch-französische Kulturmission damals scheiterte, dafür trifft die gleiche Schuld das bonapartistische Frankreich wie das bismärckische Preußen-Deutschland. Das Kaiserreich Napoléons III. fiel, und damit war die weltgeschichtliche Möglichkeit für die Beseitigung eines Hemmnisses gegeben, das bisher einer gemeinsamen schöpferischen Tätigkeit Frankreichs und Deutschlands im Weg stand. Diese Möglichkeit hätte sich aus einem ehrenvollen Frieden Deutschlands mit der jungen französischen Republik ergeben. Die im Krieg 1870-1871 triumphierende Militärpartei und die machtlüsternen Herrschenden Deutschlands verhinderten aber diesen Friedensschluß, der eine neue weltgeschichtliche Ära in Europa angekündigt hätte. Das alte Deutschland mit seiner Militärkaste, seinen freiheitsfeindlichen Feudalen und seiner kurzsichtigen, nur auf den Tagesprofit sich einstellenden Bourgeoisie, das alte Deutschland mit seiner ganz obrigkeitlichen Staatsstruktur, über den sich regenden neuen Wirtschaftskräften, wider setzte sich einem weitsichtigen Interessenausgleich zwischen Deutschland und Frankreich, der zu einem kulturellen Zusammenwirken der beiden großen Kulturvölker Europas geführt hätte. Der weitsichtige Europäer Marx erhob seine Warnungsstimme laut gegen die militärischen und bürgerlichen pangermanistischen Kreise, die die Annexion Elsaß-Lothringens betrieben. Und Marx fand erfreulicherweise ein kräftig nachwirkendes Echo in dem neuen Deutschland der sozialen Demokratie. Das Manifest des Braunschweiger Ausschusses der deutschen Sozialdemokratie nahm die Marxsche Warnung vor der Annexion Elsaß-Lothringens auf: »Nehmen sie Elsaß-Lothringen, so wird Frankreich mit Rußland Deutschland bekriegen, und es ist überflüssig die unheilbaren Folgen zu deuten.« Der Krieg der romanischen und slawischen Rasse war in diesem Aufruf vorausgesagt, der Weltkrieg war prophezeit. Durch dieses Manifest vollzog das neue Deutschland, dessen Existenz sich in der Sozialdemokratie ankündigte, schon 1871 einen jähen Bruch mit jeder gewalttätigen Eroberungspolitik, die mit dem Schwert ganze Landesteile ab- oder zuschlägt, ohne auf die Lebensinteressen, ohne auf den ausgesprochenen Willen ihrer Bewohner die geringste Rücksicht zu nehmen. Den "Herren- und Knechte"-Standpunkt, den es innenpolitisch aufheben will, denkt es auch außenpolitisch zu beseitigen.

In der Innenpolitik greift das neue Deutschland auf den Gedanken der Volkssouveränität des Jahres 1848 zurück. Und 50 Jahre politischer Geschichte füllt es mit dem Kampf für eine freie Selbstbetätigung der Massen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet aus. Ein Deutschland der arbeitenden Demokratie steht 1918 auf, in dem die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mehr passive Lasttiere sondern bewußte, selbsttätige Träger der Wirtschaft und des Staates sind. In Deutschland regt sich eine große industrielle Demokratie, die die Produktion wesentlich beeinflussen, rationalisieren und steigern kann, sobald sie ihre Aufgabe voll erfaßt hat.

Abermals stehen die deutsche und die französische Demokratie vor der Lösung einer großen europäischen Lebensfrage. Deutschland und Frankreich haben den "zivilisatorischen Fortschritt" in Osteuropa gemeinsam zu fördern. Nur eine arbeitende Demokratie kann dem zukünftigen demokratischen Rußland seinen riesenhaften Reichtum an Naturschätzen erschließen helfen. Ein freies Deutschland und ein freies Frankreich bedeuten die wirkliche wirtschaftliche Befreiung Rußlands, bedeuten den Aufstieg zu einem föderierten Europa. In der wirtschaftlichen und politischen Aufbauarbeit West- und Mitteleuropas im Osten wird sich die Geburt der freien und einigen nationalen Staaten eines föderierten Europas vollziehen.

Nur auf dem Boden der Vereinigten Staaten von Europa kann die wirkliche Einheit des demokratischen Großdeutschlands emporblühen. Und auch Frankreich wird als nationaler Kulturstaat nur bestehen können, wenn neben ihm Deutschland und Italien als kraftvolle Nationalstaaten aufstreben. Jeder Krieg zwischen der romanischen und der germanischen Welt kann dem nationalen Wesen West- und Mitteleuropas nur Abbruch tun. Jeder Versuch Deutschlands den alten Geist wieder aufleben zu lassen und ihn gegen den Westen vorzuschicken kann nur den Bund Frankreichs mit dem Slawentum noch enger als bisher knüpfen, kann eine geradezu vernichtende slawische Springflut über Deutschland heraufbeschwören. Aber ein vernichtetes Deutschland würde zum Verhängnis auch für Frankreich werden, das schließlich dem rapid wachsenden Slawentum völlig ausgeliefert wäre. Mögen die führenden Politiker West- und Mitteleuropas niemals die neue Karte unseres Kontinents aus den Augen verlieren, mögen sie die Annäherung Deutschlands, Frankreichs und Rußlands auf der Grundlage nationaler Gleichberechtigung unablässig betreiben, damit endlich in gemeinsamer Arbeit dieser Länder die Vereinigten Staaten Europas emporwachsen.

## LUDWIG QUESSEL · CONCILIA ET DUC!

**S**CHNELLER als man erwarten konnte, hat sich in den ersten Tagen des neuen Jahres eine nicht unwesentliche Neugestaltung der politischen Beziehungen Europas vollzogen. Selbst die deutschnationale Presse, die heute (ganz anders als in der Kriegszeit), neben der sozialdemokratischen, unter dem Bann Englands steht, verhehlt sich nicht, daß die organisatorische Zusammenfassung des Kontinents unter französischer Führung starke Fortschritte aufzuweisen hat. Langsam, zögernd, ängstlich beginnt das "Concilia et duc!" der französischen Kontinentalpolitik Macht über den europäischen Geist zu gewinnen und das "Divide et impera!" der britischen Balance of power-Doktrin zurückzudrängen.

Im Vordergrund des Interesses steht heute das Defensivbündnis Tschechiens mit Frankreich, das die Bande der Freundschaft, die die beiden Staaten schon längst umschlungen, wesentlich enger geknüpft hat. Der Professor Melchior Palaggi hat in einem Artikel, der von vielen nationalistisch gerichteten Blättern zum Abdruck gebracht worden ist, Tschechien den Vorwurf gemacht, daß es den Weg des pazifistischen Fortschritts verlassen und sich dem Imperialismus verschrieben habe: Aus der künstlichen Nebelwolke von menschenfreundlichen Friedensabsichten trete auf einmal in unverhüllten, scharfen Umrissen jener rücksichtslose und verstiegene tschechische Imperialismus hervor, als dessen Verkörperung allen Kennern der Verhältnisse Benesch von Anfang an gelten mußte. Ist das richtig? Verstecken sich hinter dem tschechisch-französischen Defensivbündnis wirklich offensive Absichten? Eine richtige Antwort auf diese Frage erhalten wir, wenn wir uns die Entstehungsgeschichte dieses Bündnisses ansehen.

Den Anstoß zu diesem Bündnis gaben die Vorgänge, die mit dem Zusammenbruch Deutschlands im Ruhrkrieg zusammenhängen. Verlorene Kriege ziehen schwerste innenpolitische Gefahren nach sich. Der Ruhrkampf war für die deutsche Republik ein verlorener Krieg. Zum zweitenmal war Deutschland von Frankreich geschlagen worden, zum zweitenmal hatte es den Kampf bis zur äußersten Erschöpfung geführt. Wie die Monarchie den Weltkrieg so hatte die Republik den Ruhrkrieg verloren. Kein Wunder, daß sich jetzt die Monarchisten zornig gegen die besiegte Republik erhoben, wie die sozialistisch und demokratisch gesinnten Elemente nach Ludendorffs großer Niederlage sich gegen die Monarchie gewendet hatten. In Pommern und Bayern kam unmittelbar nach der Einstellung der passiven Resistenz fast gleichzeitig die monarchistische Rebellion zum Ausbruch. Am 30. September, am Vorabend des Tages, da es in Küstrin zu blutigen Kämpfen zwischen Monarchisten und Republikanern kam, wurden in München die Schutzgesetze für die Republik, die soeben ihre Niederlage im Ruhrkrieg bekanntgegeben hatte, außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig erfolgte, nur wenige Kilometer vor der tschechischen Grenze, zwischen Koburg und Hof die Zusammenziehung einer erheblichen Zahl von Freischaren illegaler Verbände, die nach den Berichten deutscher Zeitungen durchaus kriegsmäßig ausgerüstet waren. Noch schwerer fiel ins Gewicht, daß auch der Kommandant der Reichswehr in Bayern der Zentralgewalt den Gehorsam verweigerte. Wie in Bayern so kam es auch im übrigen Deutschland in den ersten Oktobertagen überall zu einem Zusammenschluß der nationalistischen Verbände. In Hessen stellte am 16. Oktober die Vereinigung der vaterländischen Verbände Hessens ein »Arbeitsprogramm« auf, in dem »die sofortige Inangriffnahme des Kampfes gegen den Versailler Vertrag und für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht« durch eine »nationale Diktatur« offen proklamiert wurde. Gleichzeitig enthüllten die parlamentarischen Krisen dem Ausland die Schwäche und Zerfahrenheit der deutschen Zentralgewalt. Am 2. Oktober begann die Krise der Großen Koalition. Die Deutsche Volkspartei erhob die Forderung: 1. der Diktatur von Kahrs nicht entgegenzutreten, 2. die Reichsregierung mit diktatorischen Vollmachten zu versehen, 3. die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages zu beseitigen und 4. den Finanzminister Hilferding aus dem Reichskabinett zu entfernen. Darüber kam es am 3. Oktober zur Gesamtdemission des ersten Kabinetts Stresemann. 4 Tage lang trieb das Reichsschiff directionslos auf den Wogen der aa-

tionalen Erregung umher, bis endlich in der Nachtsitzung des Reichstags vom 8. Oktober 1923 aus den parlamentarischen Wirren das zweite Kabinett Stresemann hervorging, das aber bereits am 3. Tag seiner Amtsführung wieder einer neuen, nämlich der Ermächtigungskrise anheimfiel, die erst am 13. Oktober, nach heftigen parlamentarischen Fiebererscheinungen, behoben werden konnte. Wie schwach aber der Organismus der republikanischen Zentralgewalt war, zeigte sich sogleich bei dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichswehrgeneral von Lossow. Seine Abberufung blieb nicht nur unbeachtet sondern wurde von München durch die Ernennung Lossows zum bayrischen Landeskommandanten sogar offen verhöhnt. Eine Auseinandersetzung zwischen Zentral- und Landesgewalt auf dem Weg der Reichsexekution schien jetzt eigentlich unvermeidlich. Ein Aufruf der Reichsregierung vom 19. Oktober 1923 warf denn auch München »offenen Verfassungsbruch« vor, und der Chef der Heeresleitung brandmarkte in einem Befehl an das Reichsheer den Schritt der bayrischen Regierung als einen »gegen die Verfassung gerichteten Eingriff in die Kommandogewalt«. Das aufhorchende Ausland erwartete als notwendige Folge dieser Kundgebungen die Reichsexekution gegen Bayern. Wirklich fuhren am 21. Oktober auch 80 Züge mit Reichswehr nach dem Süden ab, die dann am 22. Oktober in Sachsen eintrafen. Eine Fortbewegung nach der bayrischen Grenze fand aber zum allgemeinen Erstaunen nicht statt, sondern die Truppenbewegung nahm plötzlich den Charakter einer Reichsexekution gegen die sozialistischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen an. Eine Erklärung hierfür erhielt das Ausland erst am 8. November, als in München die nationale Diktatur Ludendorffs ausgerufen wurde, und gleichzeitig auch der ehemalige Kronprinz Wilhelm die Grenze überschritt. Außerhalb Deutschlands konstruierte man sich den Zusammenhang zwischen dem Hitlerputsch, der Kronprinzenrückkehr und der Militärdiktatur in Sachsen und Thüringen derart, daß die Reichswehrregimenter, die am 21. Oktober in Bewegung gesetzt worden waren, den Händen der Zentralgewalt entglitten seien, wodurch die Reichsexekution eine Abbiegung nach Sachsen und Thüringen erfahren habe. Daß diese Anschauung des Auslands begründet ist, braucht man nicht anzunehmen. Aber auch in Deutschland besteht keine Klarheit über die Kräfte, die in der Zeit vom 22. Oktober bis zum 8. November unterirdisch wirksam waren. Fest steht nur, daß die sozialistischen Minister über die Wendung, die die Dinge nahmen, nicht orientiert waren, was am 2. November zu ihrem Austritt aus der Regierung führte. Mit ziemlicher Sicherheit kann man heute sagen, daß der Ludendorff-Hitler-Putsch an seiner ungenügenden außenpolitischen Vorbereitung zusammengebrochen ist. Kahr fiel von der nationalen Diktatur ab, weil Grund zu der Annahme vorlag, daß französische und tschechoslowakische Truppen, den Main entlang von Ost und West schnell vorstoßend, Bayern vom übrigen Deutschland abriegeln würden, ehe noch der Vormarsch nach Berlin von München aus recht in Gang gekommen wäre.

Warum aber, so kann man fragen, wollten Frankreich und Tschechien Ludendorffs Marsch nach Berlin verhindern? Zunächst sei bemerkt, daß die Dinge von Prag aus gesehen ein anderes Gesicht aufwiesen als bei einer Betrachtung von Berlin aus. Die Reichswehrtruppen, die am 22. Oktober in Sachsen einrückten, hatten als Ziel gewiß nicht die tschechische Grenze. Anders lagen die Dinge aber bei den irregulären Truppen, die zwischen Hof

und Koburg Aufstellung genommen hatten. Geheimnisvolle Fäden wurden unter der Suggestion britischer Agenten in jenen Tagen zwischen Budapest und München gesponnen. Im Ulainprozeß hat der Staatsanwalt in seiner Anklagerede festgestellt, daß ein Vertrag zwischen den ungarischen und den bayrischen Nationalisten abgeschlossen worden sei, dessen Ziel es war eine "nationale Diktatur" für den Revanchekrieg in Ungarn zustandezubringen, die sich natürlich in erster Linie gegen Tschechien richtete. Kein Wunder, daß man in Prag, wo man überdies auch noch Furcht vor irredentistischen Anschlägen von deutscher Seite hat, nur das eine sah: daß von Berlin und München aus deutsche Streitkräfte legaler und illegaler Natur sich der Nord- und Westgrenze Tschechiens näherten, Streitkräfte, von denen man annahm, daß die republikanische Zentralgewalt auf sie teils gar keinen teils nur einen geringen Einfluß habe, und von denen ein Teil den Revanchekrieg offen auf seine Fahne geschrieben hatte. Wie Prag durch den militärischen Aufmarsch so fühlte Paris sich durch die Ankündigung der Annullierung des Versailler Vertrages bedroht. Nichts kettet aber Staaten schneller und leichter zusammen als die Notwendigkeit der Abwehr gemeinsamer Gefahren. Kein Wunder, daß die formlose Verständigung militärischer Natur, die in den Herbsttagen des vorigen Jahres zwischen Paris und Prag stattfand, jetzt in ein dauerndes Defensivbündnis ausgelaufen ist. Gerade wer seine Entstehung beobachtet hat, wird ihm deshalb aber auch jede aggressive Bedeutung absprechen. Aus der Entstehungsgeschichte der tschechisch-französischen Militärkonvention geht klar hervor, daß ihre Übertragung auf die beiden anderen Staaten der Kleinen Entente, deren Grenzen durch einen monarchistischen Umsturz in Deutschland nicht unmittelbar berührt werden, und die auch keine deutsche Irredenta zu fürchten haben, nicht in Frage kommen konnte. Man kann daher sicher sein, daß der Außenminister Benesch die Wahrheit sprach, als er in Belgrad nach Beendigung der Konferenz der Kleinen Entente dem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung mitteilte, die Erweiterung dieses Vertrags auf Rumänien und Jugoslawien sei auf der Konferenz überhaupt nicht diskutiert worden. Ganz falsch ist es andererseits aber auch aus der Tatsache, daß Benesch über die Militärkonvention mit Frankreich in Belgrad nur referierte, zu folgern, daß die innigen Beziehungen der Kleinen Entente zu Paris eine Abkühlung erfahren hätten. Das ist ganz gewiß nicht der Fall. Auch Rumänien weiß, daß die Gefahr, die ihm von den deutschen und den ungarischen Revanchepolitikern droht, kein leeres Schreckbild ist. Nach wie vor ist Frankreich sowohl für Rumänien als auch für Jugoslawien der Schützer der territorialen Neuordnung Europas und der Wahrer ihrer Rechte aus dem Versailler Vertrag. Daß England Frankreich in dieser Eigenschaft nicht ersetzen kann, liegt auf der Hand. Man gibt sich in Deutschland Illusionen hin, wenn man glaubt, daß britische Zeitungsmanöver das Vertrauen Belgrads und Bukarests zu Paris ernstlich erschüttern könnten.

Gleichfalls auf Illusionen gründet sich die in der deutschen Presse fast allgemein vertretene Ansicht, daß die Beilegung des Fiumekonflikts, der Italien von der Kleinen Entente trennte, eine gegen Paris gerichtete Maßregel sei. Viel eher ist das Gegenteil richtig. Frankreich kann durchaus damit zufrieden sein, daß der Adriafriede endlich hergestellt ist. Wenn Jugoslawien mit dem Delta von Porto-Baras jetzt einen freien Zugang zu dem Meer erhält, wenn ihm das Recht auf die Benutzung des Fiumer Hafens

auf 50 Jahre eingeräumt wird, so liegt dies alles auf der Linie des französischen Strebens nach dauerhafter Ausgleichung der kontinentalen Gegensätze. Das "Concilia et duci" der französischen Kontinentalpolitik hat sich auch bei der Heilung der Adriawunde als wirksamer Balsam erwiesen, genau so wie das auf Versöhnung und Ordnung des Kontinents gerichtete Streben Frankreichs uns in den Novembertagen vor den Schrecken eines Bürgerkriegs bewahrt hat. Auch daß Italien in dem Abkommen die volle Freiheit zur Organisation des Fiumaner Staates sowie wirtschaftliche Vorteile und die Freundschaft der Kleinen Entente erwirbt, ist ein Schritt auf der Bahn zur Bildung des kontinentalen Staatenbundes auf Grund völkerrechtlicher Verträge, der dem Grundgedanken der französischen Europapolitik vollkommen entspricht. Die in der anglophilen Presse Deutschlands vertretene Ansicht, daß England bestrebt sei Italien und Polen von Frankreich abzuwenden, mag allerdings richtig sein. Was aber kann England Italien bieten? Doch im besten Fall nur französischen Besitz, also Gebiete, die nur durch blutige Kriege zu erwerben sind. Dazu aber wird man in Rom, wo man die Hegemonie Englands über das Mittelmeergebiet wie einen Dorn im Fleisch empfindet, sehr wenig Neigung verspüren. Wenn Mussolini, seit er zum Diktator emporgestiegen ist, auch die Engländer nicht mehr als »Mittelmeerparasiten« beschimpft, so ist man sich in Rom doch darüber klar, daß Italien erst dann wirklich frei sein wird, wenn auf dem italienischen Malta auch die italienische Flagge weht. Auch die Hoffnungen, die die deutschen Revanchisten auf den Abfall Polens von Frankreich setzen, sind illusionär. Graf Zamoyski, der leidenschaftliche Franzosenfreund, weiß, was er an Frankreich hat, und Frankreich weiß, was es an Polen hat.

Damit soll nicht bestritten werden, daß England überall dahin arbeitet das sich aufbauende Kontinentaleuropa zu sprengen. Aus London berichteten deutsche Korrespondenten, daß das militärische Bündnis Frankreichs mit Tschechien in England »alarmierend gewirkt« habe, daß man dort fürchte, auf das französisch-tschechische Bündnis könne eine militärische Allianz Frankreichs mit Jugoslawien folgen, und Griechenland werde unter Veniselos' Führung ganz auf die französische Seite fallen. In London sei man der Ansicht, daß die französische Bündnispolitik in Osteuropa die Machtverteilung in West- und Mitteleuropa »vollkommen umgestürzt« habe. Wahrscheinlich liegt in diesen britischen Befürchtungen eine gute Portion absichtlicher Übertreibung. Man malt das Schreckbild einer französischen Hegemonie auch in Osteuropa an die Wand, um neue Wege zur Wiederherstellung des "europäischen Gleichgewichts" zu finden. Das letzte ist bekanntlich eine pazifistische Ausgabe der alten imperialistischen Balance of power-Doktrin, die nach dem Grundsatz "Divide et impera!" die Völker des Kontinents in 2 feindliche Heerlager spaltet, damit England ohne erhebliches Risiko durch das Ausspielen der einen Gruppe gegen die andere in blutigen Kriegen ganz Europa in Furcht und Unterwürfigkeit halten kann. Daß diese Doktrin die Quelle aller großen europäischen Kriege war, haben ehrliche Engländer selbst zugegeben; MacDonald hat dies für die Politik Greys, die von ihr inspiriert war, ausdrücklich anerkannt. Im Gegensatz zu jener Balance of power-Doktrin sucht die Doktrin des europäischen Gleichgewichts den britischen Einfluß in Europa mehr auf pazifistischem Weg, durch Völkerbund und Abrüstung, zu sichern. Das "Concilia et duci" der französischen Kontinentalpolitik ist aber auch ihr fremd. Und die Einigung des Konti-

nents unter französischer Führung wird sie erst dann anerkennen, wenn sie eine unumstößliche Tatsache geworden ist. Sehr interessant ist, was darüber der Korrespondent des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes unter dem 10. Januar aus London zu berichten weiß: »Daß sie [die britische Arbeiterregierung] die russische Regierung offiziell anerkennen wird, ist eine ausgemachte Sache, selbst für die englischen Konservativen, deren klügere Kaufleute ja längst auf das russische Geschäft lauern, und es ist nur fraglich, ob hier MacDonald wirklich noch der erste sein wird, oder ihm nicht am Ende Poincaré und Mussolini zuvorkommen. Was die übrige europäische Politik anlangt, so erwarten ernsthafte Bürgerliche (nicht jene schwindende Schar unentwegter Deutschenhasser, die heute noch der verstorbenen Entente nachweinen) die Rückkehr zu Englands traditioneller Politik der Aufrechterhaltung, nein, der Wiederherstellung des vom französischen Imperialismus zertrampelten europäischen Gleichgewichts. Zu diesem Zwecke empfehlen manche eine Annäherung an Italien und Spanien, auch an Holland und die Nordstaaten: eine Idee, die ebenso sehr in den herkömmlichen Gedankengängen der alten Diplomatie befangen als von der wachsenden Mißstimmung gegen Frankreich diktiert ist. Den Sozialisten liegt selbstverständlich eine Bündnis- und Einkreisungspolitik nach unseligem Muster völlig fern. Ihr Ziel ist die Verständigung mit Deutschland und Frankreich auf internationaler Basis; eine Absicht, deren Erfüllung nicht zuletzt von den kommenden französischen Wahlen abhängt.« Zu dieser Meldung ist zu sagen, daß eine Verständigung Englands mit Frankreich nur möglich ist, wenn London sich mit dem kontinentaleuropäischen Gedanken abfindet. MacDonald freilich, der aus seiner sozialistischen Gesinnung heraus ein neues England formen will, kann einer Einigung der europäischen Völker nicht widerstreben. Aber es ist ausgeschlossen, daß ihm die Liberalpolitik nur als ein Symptom eines spätern, eines neuen Englands gelten, das sich zwar jetzt schon ankündigt, für unsere Tage jedoch (wie die deutschnationale Presse sich mit Recht ausdrückte) ein sozialistisches »Zwischenspiel« bedeutet, nach dessen Beendigung England wieder 2 feindliche Heerlager in Europa herzustellen versuchen wird; »durch ein System von Bündnissen unter englischem Einfluß gegen die Machtposition Frankreichs«, wie es der Observer dieser Tage gezeichnet hat, nämlich durch »bestimmte Abkommen mit Italien und Spanien, engste Beziehungen zu Holland und den nordischen Ländern und vor allem energischste Fortsetzung der Luftrüstung, die ebenso sehr Lebensnotwendigkeit [für England] ist wie umfassende Sicherung zur See«. Das heißt: Bildung einer Koalition gegen Frankreich, wobei französischer Kolonialbesitz als Lockspeise dienen soll, und Wett-rüsten zur See und in der Luft, bis die Stunde gekommen ist, um Europa von neuem in Flammen zu setzen.

Aber Europa wird nicht so leicht mehr in Flammen gesetzt werden können. Jedes weitere Abkommen zwischen 2 Festlandsstaaten nach Art der oben erwähnten bedeutet einen weitem Schritt zur Einigung des Festlands. Es ist ein neues Europa, dessen Bau England immer weiter fortschreiten sieht, wenn es über den Kanal blickt, und das einen immer stärkern Schutz gegen jene Brandgefahr darstellt. Wenn Lloyd George jetzt in seinen Artikeln im Daily Chronicle in, gerade in seinem Mund besonders grotesker Weise Deutschland mit Schmeicheleien bedenkt und Frankreich schmäht, so dürf-

ten seine journalistischen Ergießungen, deren Unwahrhaftigkeit klar am Tag liegt, bei den Festlandsvölkern keinen Eindruck machen sondern als das gewertet werden, was sie sind: als eine plumpe Methode die Völker aufeinanderzuhetzen. Und man wird dort Poincaré Glauben schenken, der am 20. Januar in Paris ausführte: »Mehr als je wird Frankreich künftighin Abscheu vor dem Krieg, vor seinen Ungerechtigkeiten und ungeheuerlichen Blutbädern bekunden. Mehr als je wird es für den Frieden arbeiten, mit allen Kräften seines Geistes und seines Herzens, mehr als je wird es versuchen in der Liebe zur Menschheit die Völker einander näher zu bringen.« An Deutschland ist es jetzt zu erkennen, wo auch seine eigene Sicherung liegt, und nicht zuzulassen, daß das alte England sich noch einmal seiner bedient, um den Kontinent in Asche zu legen, ehe es selber endgültig dem neuen England Platz macht. Deutschland möge die Wahrheit des Goetheschen Spruchs begreifen (die sich heute in dem Gegensatz der englischen zur französischen Europapolitik enthüllt):

»Entzwei' und gebiete! Tüchtig Wort.

Verein' und leite! Bess'rer Hort.«

## MAX SCHIPPEL · DAS WIRTSCHAFTSJAHR 1923



ICHT im Winter 1918-1919, nach einem bis zur wirtschaftlichen Blutleere erschöpfenden Weltkrieg und angesichts eines jäh militärischen und politischen Zusammenbruchs, sondern erst ein halbes Jahrzehnt später, beim Ausgang des Jahres 1923, hat Deutschland die tiefste Stufe seiner produktiven Entkräftung und Zerrüttung erreicht. Nach mehr als 4 Jahren der riesenhaftesten Wertvernichtung vermochte Deutschland in weiteren 5 Jahren des Abwartens und ratlos tastenden Versuchens noch nicht einmal die elementarsten Grundlagen seiner Wiederaufrichtung zurückzugewinnen. Erst mit der aufrüttelnden Entscheidung im Ruhrkonflikt trat die wahre niederschmetternde Gesamtbilanz einer von Anbeginn an vollkommen verfehlten außenpolitischen Einstellung, in die man trotz allen Enttäuschungen und Fehlschlägen jahrelang immer von neuem zurückfiel, unverhüllt und unverkennbar zutage.

Aber am Ende des Jahres und unter dem Eindruck der Ruhrlehren regen sich zugleich die ersten Anzeichen einer *deutsch-französischen* Aussöhnung und Zusammenarbeit. Und was die notwendige Ergänzung hierzu bildet: Unter dem Eindruck des furchtbaren Produktionsdefizits, das sich durch die Stilllegung des wichtigsten deutschen Industriegebietes zu unerhörter Größe steigerte, setzten sich zugleich die Anfänge einer entschlossenen *Mehrproduktionspolitik* durch. Hier und da (worauf die Sozialistischen Monatshefte stets hingearbeitet haben und zwar vor allem, als es noch Zeit zu umfassenderm und vielleicht allgemeinstem Erfolg war) vollzieht sich dieser Fortschritt in wirklich neuzeitlicher Form, nämlich durch paritätische Verständigung zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden. Andernfalls (was unsere tatsachenblinden Klassenkampfstrategen zum guten Teil mitverschuldet haben) durch die Autokratie des Kapitals und unter dem harten Zwang der Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit. Doch auch auf diesem weniger erfreulichen Weg kann ein Volk schließlich »aus Handwerks- und Gewerbesbanden« zum Licht eines neuen Ostern vordringen. Werden wir die erwähnten beiden Grundbedingungen unserer wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln verstehen?



**L**N dem niemals geahnten vollständigen Wertschwund unseres Währungsgelds, der Papiermark, kam die wahre Lage Deutschlands 1923 am greifbarsten zum Ausdruck. Anfang 1919 bezahlte man den Dollar mit noch nicht vollen 8 Mark, noch Anfang 1922 mit weniger als 200 Mark, sogar Anfang 1923 mit etwa 8000 Mark. Nach der kurzen, von vornherein zum Fehlschlag verurteilten, Marktstabilisierungsperiode bei der Eröffnung des Ruhrkonflikts mußte man (um in 5- und 6stelligen Ziffern zu bleiben) den Dollar bereits im August in Tausenden, seit September in Millionen, im November sogar in Milliarden (nach amerikanischer Benennung in Billionen) notieren. Seit Mitte November herrschte dann die für die Umrechnung und eine vorläufige Währungsreform allerdings recht bequeme Norm: 1 Dollar, der einst einer Goldparität von 4,20 Mark entsprach, gleich 4200 Milliarden Papiermark oder 1 Goldmark gleich 1000 Milliarden oder nach deutschem Sprachgebrauch gleich 1 Billion (nach amerikanischer Redeweise gleich 1 Trillion) Papiermark. Schon lange vor diesem Gipfel des Paroxysmus lehnte jedoch der große und zuletzt selbst der kleine Geschäftsverkehr dieses sich ins wesenslose verflüchtigende Geld, das unter den Händen, förmlich von Stunde zu Stunde, in seiner Kaufkraft zerrann, in zunehmendem Maß ab: als Wertmesser der Waren, als Repräsentanten der Wertkonstanz (selbst die öffentlichen Körperschaften gingen zu Roggen-, Kohlen-, Kali- und ähnlichen Anleihen über), und nur der gesetzliche Annahmehzwang gewährte der Papiermark als Zahlungsmittel noch eine gewisse Gnadenfrist ihres kümmerlichen Lebens.

Um die Devisenjagd einzuschränken, ein von den Reichsbedrängnissen möglichst unabhängiges wertbeständiges eigendeutsches Zahl- und Abrechnungsmittel zu gewinnen und zugleich in der allerdings zunächst recht schwach begründeten Hoffnung: für die daneben weiter umlaufende und weiter mit Annahmehzwang ausgestattete Papiermark ein festes Kursverhältnis zu diesem Elitengeld zu erhalten, schritt man Mitte November auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 zur Gründung der Rentenbank. Landwirtschaft einerseits und andererseits Industrie, Gewerbe und Handel (einschließlich der Banken) hatten hierfür durch Sondervorbelastung ihrer Grundstücke und Betriebe 3200 Millionen Rentenmark als Kapital und Grundrücklage aufzubringen. Ein »während der nächsten 2 Jahre« einzuräumender Kredit von 1200 Millionen Rentenmark sollte teils dem Reich die »Einlösung oder Teileinlösung seiner bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen« ermöglichen (300 Millionen waren insoweit in Aussicht genommen) teils, und zwar vor allem, dem Reich über die Zeit bis zur Erzielung des Finanzgleichgewichts hinweghelfen, um die Fortsetzung und Wiederkehr der verhängnisvollen Papiermarkvermehrung zu verhindern.

Die Wirkungen dieser Zwischenmaßnahme, die für die spätere Gründung einer wirklichen Goldnotenbank mit Metalldeckung als Vorarbeit gedacht ist, erweisen sich, dies soll hier in keiner Weise bestritten und verkleinert werden, zunächst als fast unerwartet günstig. Die Preise, auf die neue Geldart bezogen, gewannen im Handumdrehen eine größere Stetigkeit und Übersichtlichkeit zurück und verloren außerdem ihre künstliche Erhöhung durch die abnorme, zuletzt rapid aufgeblähte Risikoprämie, wie sie durch den reißend raschen Wertverlust zwischen formaler Abrechnung, wirklicher Preisausgleichung und Ersatzbeschaffung bedingt war. Für alle geschäftlichen Berechnungen und Bilanzierungen schälte sich zum erstenmal wieder eine

einheitliche anerkannte Grundlage heraus, so daß schließlich die durchgehende Goldbilanzierung auch gesetzlich von neuem auferlegt werden konnte, und das Reich seine stets ergebnislos dahinschwindenden Steuerforderungen auf beständigern Wertfuß umzuschalten vermochte. Die Reichsbank stellte seit Weihnachten die Kreditgewährung auf anderer als wertbeständiger Basis ein; der Zinssatz für Diskontkredit glitt nunmehr auf 10 %, für Lombarddarlehen auf 12 % herab (während er für Papiermarkdarlehen ohne Entwertungsklausel, die etwa auf Grund früherer Zusagen in einzelnen Fällen für besondere Zwecke noch weiter gegeben werden mußten, wie bis dahin auf 90 % verblieb). Die Ziele in den Lieferungsbedingungen verlängerten sich wieder. Die Notenpresse konnte seit dem 15. November feiern, wenigstens soweit unmittelbar das Reich den Anstoß dazu gab.<sup>1</sup>

Jedoch brachten die wenigen Wochen der immerhin bessern neuen Ära bereits kritische Warnungszeichen. Reichsfinanzen, bei denen trotz allen krampfhaften und von krassen Härten nicht freien Einzelbemühungen Einnahmen und Ausgaben noch immer abgrundtief auseinanderklafften, sind mit Rentenmarkkrediten von 1200 Millionen selbstverständlich nicht auf die Dauer und auch entfernt nicht auf 2 Jahre zu kurieren. Der ernste, erfolgversprechende Heilungsprozeß kann immer nur von der Reichsfinanzpolitik selber ausgehen oder vielmehr von der gesamten wirtschaftlichen Blutvermehrung. Die Rentenbank kann lediglich verhindern, daß sich momentane Übergangsschwierigkeiten zu tödlichen Gefahren für den Genesungsverlauf auswachsen. Und hier beleuchtet es blitzartig die Situation, wenn bereits vor Weihnachten der Reichsfinanzminister die Bewilligung eines Zusatzkredits über die in der Rentenbankverordnung vorgesehenen 1200 Millionen hinaus beantragt, und der Aufsichtsrat in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsrat diesen Antrag trotz dem persönlichen Erscheinen des Ministers ablehnt, weil »ein weiterer Reichskredit das Vertrauen in die Rentenmark untergraben könnte«. Ähnlich mußte die Rentenbank selbständigen Hilfesuchen der Reichsbahn und Reichspost Gehör verweigern, und Mitte Dezember blieb den Gläubigern der zeitweise zahlungsunfähigen Reichsbahn, die sich wie die Geldgeber eines schiffbrüchigen exotischen Staates zusammengeschlossen hatten, nur die eine schwache Hoffnung: für ihre Forderungen von 550 bis 600 Millionen Goldmark aus den für Industriekredite angesetzten Beträgen der Rentenbank einen Wechselkredit zu erhalten, der ihnen wenigstens die Verfügung über einen Teil der ihnen geschuldeten Gelder erschließen sollte. Fast gleichzeitig trat die deutsche Regierung an den Reparationsausschuß mit dem Ersuchen heran: ihr die dringend notwendige Einfuhr von Lebensmitteln (Getreide und Fett) dadurch zu eröffnen, daß den in Anspruch zu nehmenden Auslandskrediten von etwa 70 Millionen Dollars der Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen zugestanden werde (nach Artikel 251 des Versailler Vertrages haben die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, soweit sie von den alliierten und assoziierten Regierungen als notwendig für die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen anerkannt werden, den Vorrang vor den sonst laufenden Zahlungsleistungen). Dieser zweite Verlegenheitsschritt war gleichfalls vergeblich. Bis zu einem gewissen Grad wird man sogar anneh-

1) Siehe die Rundschau *Wirtschaft*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 35 f.

men müssen, daß die Rentenbankvorbelastung von Landwirtschaft, Industrie und Handel, so zweckmäßig und gerecht sie an sich sein mag, ihrerseits wiederum das Gebiet der sonst denkbaren Auslandskredite einschnürt.

So sind wir noch immer wie von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt, und jeden Augenblick kann das Reich abermals zur Notenpresse und Inflation greifen müssen, weil es sich ohne tiefe Erneuerung der produktiven Gesamtkraft Deutschlands, von der seine eigene finanzielle Erstarkung in erster Linie abhängt, nach wie vor anders nicht zu helfen weiß. Ein plötzlicher umfassender Steuerzugriff, wie ihn die 2. Hälfte des Dezembers einleitete, mag die schwersten Sorgen für die nächsten kritischen Tage und bestenfalls für einige Wochen bannen; am Ende der Gnadenfrist droht dennoch das gleiche Gespenst des vollkommenen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs.



**T**ROTZDEM oder gerade infolge dieser weithin sichtbaren verzweifelten Zuspitzung hat sich während der jüngsten Zeit im stillen eine Wandlung zum Bessern vollzogen, und deshalb endet das schwarze Jahr 1923 nicht ganz ohne lichtere Ausblicke. Alte nationalistische Vorurteile und Kraftüberschätzungen haben sich ausgetobt. Unklare Einbildungen über eine ausländische Rettungsinteressiertheit und leichtfertige Spekulationen auf ausschlaggebende Gegensätze zwischen den Alliierten sind zuschanden geworden. Die Erkenntnis hat sich ausgebreitet und immer fester eingewurzelt, daß wir in erster und letzter Linie ausschließlich uns selber zu einer großen innern wie äußern Schicksalsgemeinschaft der großen sozialen Wirtschaftsgruppen und schließlich selbst der politischen Parteien zurückgegeben sind.

Der Erfüllungswille nach außen beginnt Gemeingut zu werden und setzt der von England geschürten Konfliktpolitik zwischen Deutschland und Frankreich allmählich Damm und Schranken. Nach innen zu hat man das in jeder Beziehung grundlegende Problem der Mehrproduktion mit ganz anderen Augen betrachten gelernt: leider auf manch einer Seite zu spät, um für die unaufhaltsame wirtschaftliche Neuordnung den höchstmöglichen eigenen Einfluß in die Wagschale werfen zu können. Es ist eben immer sehr leicht Klassenkampf zu rufen und immer sehr schwer eine soziale Bevölkerungsgruppe in der Linie des geringsten Widerstands und des höchsten Erfolgs wirklich vorwärts zu bringen. Aber wenn nicht zu rechter Zeit die vorausschauende Erkenntnis, so treibt uns doch der übermächtige Zwang der Umstände in letzter Stunde vorwärts.

Die Beobachtung, daß "die Industrie", das heißt der kapitalistische, nicht der zur vollen Ebenbürtigkeit berufene und zu erziehende lohnarbeitende Teil der Industrie, sich mehr und mehr anschickt die überragende Führung bei dem sich ankündigenden Umschwung zu übernehmen, ist freilich nicht ohne bitteren Beigeschmack. Die Sozialistischen Monatshefte haben das ihre getan in der Arbeiterschaft das Zielbewußtsein zu wecken und zu kräftigen: was unter den vollkommen umgewälzten heutigen Umständen, in Widerspruch zu manchen liebgewordenen Überlieferungen, als Aufgabe und Pflicht vor ihr steht, zur Wahrung der eigenen Klasseninteressen und zur Förderung der Allgemeinentwicklung, aus der schließlich jede besondere Klassenhebung emporquillt. Die Zeit, in der "die Industrie" in ihrer Zwangslage unter Abschüttelung alter Vorurteile unbefangen bereit war in allen großen wirt-

schaftspolitischen Fragen paritätisch mit der organisierten Arbeiterschaft zu verhandeln, ist ungenutzt verstrichen, weil wir uns über die anscheinend näherliegenden Folgewirkungen der Diktatur des Proletariats die Köpfe zu zerbrechen und gegenseitig einzuschlagen hatten. Trotzdem bleibt die selbstwillentliche Mitwirkung der, wenn zurzeit auch noch so geschwächten, Arbeiter bei allen großen Wirtschaftsentscheidungen der Zukunft unausschaltbar. Und von dieser unumstößlichen Tatsache ausgehend kann eine kühl überlegende Führung trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse 1924 vieles erringen und aufbauen helfen, was dem entscheidungsschwangern Jahr 1923 versagt blieb.

## WILHELM ENGLER · DIE NÄCHSTEN DEUTSCHEN AUFGABEN

**D**AS Jahr 1923, dieses Entscheidungsjahr der europäischen Politik, hat uns in der deutschen Innenpolitik eine ganze Reihe ungelöster Aufgaben zurückgelassen. Ihre Lösung ist jetzt so dringlich, daß selbst die Parlamente auf einen Teil ihrer Rechte verzichteten, um den Regierungen in Reich und Ländern rasches Handeln zu ermöglichen. Die wichtigsten dieser Aufgaben sind: Hebung der Produktion, Regelung der Staatsfinanzen und der innere Aufbau des Deutschen Reiches.

Daß für die Hebung der Produktion die Arbeiterklasse Opfer bringen muß, war für alle Einsichtigen schon längst klar. Nur haben nicht alle den Mut gefunden dies anzuerkennen. Hätten unsere Partei und die Gewerkschaften aller Richtungen sich rechtzeitig auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eingestellt, so wären sie den Unternehmern gegenüber nie in die mißliche Lage geraten, in der sie jetzt sind. Während die Gewerkschaften noch vor Jahresfrist eine gefürchtete und geachtete Macht waren, verlangen heute die Unternehmer von ihnen eine Arbeitszeit, die über die der Vorkriegszeit hinausgeht, und bieten ihnen Löhne an, die oft wenig über der Hälfte des Friedenslohns stehen. Nimmt die Arbeiterschaft heute vielfach ohne Widerstreben eine Verlängerung der Arbeitszeit hin, so nicht in erster Linie deshalb, weil die Gewerkschaften einen Teil ihrer Kampffähigkeit eingebüßt haben, sondern weil viele Arbeiter selbst fühlen, daß es notwendig sei mehr zu leisten. Die Lehre, daß der Wohlstand des einzelnen nicht von der Papiergeldmenge abhängt, die er besitzt, sondern von der Menge der zur Verfügung stehenden Güter, ist uns in den letzten Jahren allen gar zu deutlich eingeprägt worden.

Könnten wir nicht bestimmt mit einem baldigen Erstarken der Gewerkschaften rechnen, so läge in dem rücksichtslosen Vorgehen gewisser Unternehmerkreise eine noch größere Gefahr für unsere wirtschaftliche Entwicklung als in dem Treiben der "Kommunisten". Auch eine "sozialistenreine" Regierung sollte die Augen nicht vor dieser Gefahr verschließen, sollte erst recht nicht jene Kreise gar noch unterstützen, die alle Reparationslasten durch niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit ausgleichen wollen. Auch in diesem Punkt hat es sich gezeigt, wie verhängnisvoll es ist, wenn die Arbeiterschaft nicht an der Regierung teilnimmt und sich dadurch des Gebrauchs der staatlichen Machtmittel begibt. Partei und Gewerkschaften haben die Aufgabe dafür zu

sorgen, daß die Arbeitszeit nicht über das notwendige Maß verlängert wird, daß man alsbald mit der Rationalisierung des ganzen Produktionsapparats beginnt, deren Durchführung es später dann ermöglichen wird wieder zur 8stündigen Arbeitszeit zurückzukehren. Jetzt, nach der Stilllegung der Notendruckpresse, zeigt es sich, daß wir trotz den Gewinnen einzelner im allgemeinen von der Substanz gelebt haben. Es zeigt sich jetzt auch, daß vieles nur Scheingewinn war; neben wenigen Gewinnern steht das Heer der Verarmten. Man braucht nicht alle Klagen ernstzunehmen, die aus der Unternehmerpresse kommen; die Tatsache aber, daß auf unserer Produktion ungeheure Lasten liegen, darf auch kein Gewerkschafter übersehen. Vor dem Krieg hatten wir auf dem Weltmarkt anderen Völkern mit unserer Warenausfuhr nur die von ihnen bezogenen Waren und Leistungen zu begleichen, jetzt kommen noch die Reparationsverpflichtungen dazu; das heißt, wir müssen für mindestens 2 Milliarden Mark ausführen, für die wir keine Gegenleistung erhalten. An vielen Stellen sind deutsche Waren mit Einfuhrzöllen belegt, was wiederum auf den Preis drückt. Rechnet man den Ausfall an Arbeitskräften durch den Krieg und die Kriegslasten dazu, so hat man die Ursachen unserer Verarmung klar vor sich. Bringt nun die Arbeiterklasse die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet nicht in vollem Umfang zur Geltung, so wird sie die Hauptlast zu tragen haben. Durch genossenschaftliche Organisation vermag man dem mit Hilfe der Gewerkschaften errungenen Lohn einen immer steigenden Realwert zu geben. Eine Hebung der Produktion wirkt günstig auf die Preisgestaltung, weil dadurch das Monopol der Warenbesitzer, die bei geringer Warenmenge die Preise einfach diktieren können, gebrochen wird. Eine Hebung der Produktion, unter Bedingungen, die uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen, ist auch notwendig, um unsere Handels- und Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten. Nur bei einer aktiven Zahlungsbilanz und bei geordneten Staatsfinanzen kann unsere Währung dauernd gefestigt bleiben. Nur bei fester Währung kann wieder ein wirtschaftlicher Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten eintreten; deshalb dürfen gerade diese Kategorien auch nicht davor zurückschrecken vorübergehend große Opfer zu bringen, wenn nur dieses Ziel sicher erreicht wird.

Zur Sanierung unserer Staatsfinanzen ist neben der Produktionssteigerung ein richtiges Steuersystem nötig. Auch hier dreht sich der Kampf um die Frage, welche Volksschichten die Kriegslasten tragen sollen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wurden rasch alle Verordnungen erlassen, die von der Arbeiterschaft Opfer fordern, ordentliche Steuergesetze haben wir aber bis jetzt nicht. Die Reichstagsparteien, auch die Sozialdemokratie, haben bisher auf diesem Gebiet sehr wenig Positives geleistet. Jede Steuervorlage wird von irgendeinem Interessentenkreis wütend bekämpft und findet in der Regel außerhalb des Finanzministeriums keine Verteidiger. Gerade die Sozialdemokratie sollte mit einem klaren Steuerprogramm heraustreten, das, verbunden mit einem Plan für eine richtige Boden- und Wohnungspolitik, dem arbeitenden Volk in Stadt und Land in nächster Zeit Richtung und Ziel für die politische und wirtschaftliche Arbeit geben könnte. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen läßt sich aber auch nicht verewigen, und wir müssen uns mit dem Gedanken abfinden in absehbarer Zeit wieder Friedensmieten zu bezahlen. Wird der Ertrag der erhöhten Miete dem

Hausbesitzer überlassen, so werden aus früher verschuldeten Hausbesitzern, die ihre Hypotheken in entwertetem Geld zurückgezahlt haben, reiche Rentner, während Staat und Gemeinden die verarmten Rentner unterstützen müssen. Eine Vorlage der Reichsregierung wollte die so freigewordene Rente wegsteuern. Diese Rentensteuer könnte dem Reich jährlich etwa 3 Milliarden Goldmark bringen. Etwa 10 % aus ihrem Ertrag könnten jährlich für die Finanzierung des Wohnungswesens entnommen werden, indem man damit letzte Hypotheken gibt. Den Neubauten wäre daneben noch für eine Anzahl Jahre Steuerfreiheit zu gewähren. So würde man die Bautätigkeit beleben, Arbeitsgelegenheit schaffen; statt Notstands- würden Wohlstandsarbeiten verrichtet. Durch diese Hypotheken würde dem Staat in einigen Jahren ein Kapitalvermögen zuwachsen, das durch seine Sicherstellung unsere Währung festigen könnte. Die Gegner jener Steuer aus Mieterkreisen sollten erkennen, daß sie mit ihrer Gegnerschaft nicht das Steigen der Mieten sondern nur den Wohnungsbau verhindern können. Die Besteuerung muß zur Produktion anspornen. Der fleißige und tüchtige Landwirt soll bei gleichem Besitztum nicht mehr Steuern zahlen als der faule und unfähige. Bei Bergwerks- und Industriebesitz müßten die Anlagewerte die Grundlage für die Besteuerung bilden, so daß die Besitzer veranlaßt würden ihre Unternehmungen so gut wie möglich auszunutzen. So würden die Untüchtigen in allen Berufen ausgeschaltet.

Gegner der Reichssteuern sind neben den Interessenten auch die Regierungen der Länder. Die Länder haben das Reich in den letzten Jahren geradezu ausgeplündert, ohne daß sie die ihnen gebotenen Möglichkeiten ausnutzten selbst Steuern zu schaffen. Die Länder, besonders Bayern, brachten es fertig gegen die Höhe der Reichssteuern auszusprechen, obwohl sie an Gehaltszuschüssen mehr erhielten als die Steuern einbrachten. Wenn Bayern heute noch beim Reich ist, so nur deshalb, weil die bayrischen Partikularisten wissen, daß sie im Fall der Abtrennung genötigt wären ganz ungeheure Steuern einzuführen und dann nicht mehr sagen könnten, das Geld bekämen die Preußen. Die Bayern werden erst dann Ruhe geben, wenn das Reich ihnen fühlbar macht, daß es auch ohne Bayern bestehen kann, Bayern dagegen nicht ohne das Reich. Mit aller Deutlichkeit zeigt uns die Denkschrift der bayrischen Regierung, welch ein Geist sich hinter jenem angeblichen Föderalismus verbirgt. Diese Denkschrift ist, angesichts der Tatsache, daß kein Land die Reichskasse so geschröpft hat wie Bayern, eine Unverfrorenheit, ein Versuch sich von der Tragung der Reichslasten zu drücken. Aber auch in anderen Ländern regt sich der Partikularismus, wenn auch nirgends in der gleichen Form wie in Bayern. Statt der früheren Dynastien vertreten jetzt andere Kreise die Hoheitsrechte der Länder. Diesen partikularistischen Bestrebungen müssen sich alle die kraftvoll entgegengesetzten, die ein wirklich starkes Deutsches Reich wollen. Gewiß hat die Zentralregierung Fehler gemacht; aber hätten die Länder nicht noch schlimmere Fehler begangen, wenn sie vor die gleichen Aufgaben gestellt worden wären? Ein neues Regierungssystem muß sich erst einleben. Die Haltung der Einzelregierungen hat Deutschland das nicht erleichtert. Nur ein einheitlich zusammengefaßtes Deutschland, natürlich mit Selbstverwaltung der einzelnen Teile und freier kultureller Selbstbestimmung der einzelnen Stämme, ist imstande im Lauf der nächsten Jahrzehnte alle Deutschen zusammenzufassen, die beim Reich sind und zum Reich wollen. Nur ein

solches Deutschland kann eine starke Außenpolitik treiben und somit wieder ein entscheidender Faktor in Europa werden; denn nur ein solches Deutschland läßt ein wirkliches deutsches Nationalgefühl erstehen. Das Vorhandensein von Stammeseigentümlichkeiten (deren Eigenleben keinem Zwang ausgesetzt werden soll) ist kein Grund die Reichseinheit aufzuheben, da die Landesgrenzen keine Stammesgrenzen sind. Wäre die innere Zerklüftung nicht gewesen, so hätten sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet nie so gestaltet wie sie jetzt geworden sind, hätte man von Loslösungstendenzen überhaupt nie gesprochen; überwinden wir diese innere Zerklüftung nicht, so werden wir dieses Gebiet womöglich ganz verlieren und kein anderes hinzugewinnen. Übernimmt die Sozialdemokratie in der Frage der Neugestaltung des Reichs im Sinn eines föderalistischen Unitarismus (der einen schematischen Zentralismus ebenso ausschließt wie einen anmaßenden Partikularismus) die Führung, so wird sie auch die richtige Einstellung zu dem finden, was man mit den Begriffen Vaterland und Nation bezeichnet.

Es sind große politisch-wirtschaftliche Probleme des deutschen Lebens, die nach einer schleunigen Lösung rufen. Das Jahr 1923 hat uns durch die Not unsere Pflicht gezeigt. Das Jahr 1924 muß uns durch die Einsicht ihre Erfüllung bringen.

## WILHELM BUCK · DIE SÄCHSISCHEN GEMEINDEWAHLEN, EINE WARNUNG

**U**NTER den denkbar ungünstigsten Verhältnissen für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben sich am 13. Januar die Wahlen für die Gemeindeverordneten in den 3155 Gemeinden Sachsens gleichzeitig vollzogen. Das Resultat, das die deutsche politische Welt begierig erwartete, ist bekannt.

Ein Anschwellen der kommunistischen und deutschnationalen und eine Minderung der sozialdemokratischen Stimmen und dadurch auch des sozialdemokratischen Einflusses in fast allen Gemeinden ist eingetreten. Die Befürchtungen in sozialdemokratischen Kreisen, daß planmäßig in Angriff genommene kommunalpolitisch-sozialistische Arbeiten und Unternehmungen gehemmt, umgebogen oder gar abgebaut werden, sind nur zu berechtigt und werden jetzt und in absehbarer Zeit die Öffentlichkeit und nicht zuletzt den Reichsparteitag beschäftigen und zur Erwägung taktischer Maßnahmen beitragen, die die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Stand setzen die Niederlage vom 13. Januar 1924 wettzumachen und den alten Ruf Sachsens als sozialdemokratischen Musterlands wiederherzustellen.

Welches sind denn eigentlich die ungünstigen Verhältnisse, die den Ausfall der Wahl verursacht haben?

Zunächst haben wir in Betracht zu ziehen, daß in dem kleinen Sachsen auf einem Ausmaß von rund 15 000 Quadratkilometer Fläche 4 806 661 Menschen wohnen, von denen 60 % von dem Beschäftigungsgrad in Industrie und Gewerbe abhängig sind, während nur 11 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung angehören. Die sächsische Industrie ist überwiegend auf den Export eingestellt. Durch den Krieg sind alte Handelsbeziehungen zerrissen; sie wiederzuerlangen und dazu neue anzuknüpfen ist trotz redlichen Bemühungen bisher nicht in dem gewünschten Maß gelungen. Die Folge ist eine Ar-

beitslosigkeit, die sich seit dem Zusammenbruch des alten Deutschlands vorübergehend gemindert, zurzeit aber schon einen bedenklichen Grad erreicht hat. Im Stadtgebiet Dresden meldete das Arbeitsvermittlungsamts für die Woche vom 7. bis zum 12. Januar 58 000 Arbeitsuchende. Daß unter der großen Masse dieser unglücklichen Menschen im ganzen Land die "kommunistische" Propaganda mit Glück werben konnte, ist psychologisch nur zu leicht zu erklären; sie verdankt ihre Erfolge eben dem Umstand, daß vergräme und enttäuschte Menschen gern dahin neigen, wo ihnen wohlfeile Hilfe zugesagt und Befreiung aus ihrem Elend in Aussicht gestellt wird. Eine Stütze auf lange Sicht kann eine solche, von Augenblickseinwirkungen zusammengebrachte Wählerschaft aber nicht sein. Erleichternd für den Entschluß kommunistisch zu wählen war für einen Teil der Wähler aber auch die Politik der sächsischen Sozialdemokratie, der Meinungsstreit innerhalb der Parteigenossenschaften und die seit 1921 zunehmende Neigung sozialistischer Kreise sich an die Kommunisten anzulehnen, alle ihre Torheiten, ihr schlimmes Vorgehen innerhalb wie außerhalb der Parlamente zu entschuldigen. Nirgends gab es eine energische Abwehr der offenkundigen Versuche der kommunistischen Agitatoren die Partei systematisch zu unterminieren, die "Führergarnituren" in Mißkredit zu bringen und politisch und volkswirtschaftlich Forderungen aufzustellen, deren Durchführung unmöglich war. Wurden einzelne Parteigenossen von den Kommunisten angegriffen, ja in den Schmutz gezerrt, so sahen die anderen Genossen dem tatenlos zu. Die Ungunst der Lage des Arbeitsmarkts und das Nachlassen der Propaganda und der Energie im sozialdemokratischen Lager brachten also den Kommunisten den Wahlzuwachs.

Dies ist jedoch nicht die alleinige Ursache des Rückgangs der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate.

Zur Zeit der Landtagswahl im November 1922 hatte die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Sachsen 180 000 organisierte Mitglieder, bei der Wahl erhielt sie aber 1 060 249 Stimmen. Das heißt, 880 000 nicht sozialistisch Organisierte, sogenannte Mitläufer, sahen damals unsere Partei noch als die beste Vertreterin ihrer Interessen an. Von diesen ist jetzt ein kleiner Teil zu den Kommunisten abgeschwenkt, ein weiterer hat sich in die Rechtsparteien ziehen lassen; das Gros der Parteigenossen hat aber der Partei auch jetzt die Treue gewahrt, obgleich das Experimentieren nach kommunistischen Rezepten, wie es seit 1923 in Sachsen betrieben wurde, eine schwere Belastungsprobe für Sozialdemokraten darstellte. Trotz dem Generalsturm auf die Bastionen der Sozialdemokratie errang sie unter allen Parteien die meisten Stimmen, weil die Arbeiterwähler sich schließlich doch dessen bewußt waren, daß die kommunistischen Abgeordneten bei ihren Worten und Handlungen nicht nach dem eigenen pflichtgemäßen Ermessen handelten sondern nach den Anweisungen einer vom Ausland beeinflussten Zentraleitung, die sich über die Interessen und Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft hinwegsetzte.

Das Stimmenverhältnis wäre besser für uns gewesen, wäre es nicht durch die Amtsentsetzung der Regierung Zeigner durch den Militärbefehlshaber und durch sonstige ungeschickte Maßnahmen der letzten Monate vor der Gemeindeverordnetenwahl den sogenannten Extremisten beider Richtungen sehr erleichtert worden die Gesamtsituation für ihre Zwecke auszunutzen.

Der Fall Zeigner, der noch nicht durch Gerichtsverhandlung geklärt ist, wurde weidlich gegen uns ausgeschlachtet, alle Vorkommnisse in Landespolitik und -verwaltung wurden bei den Gemeindewahlen gegen die Partei ausgespielt, deren Vertrauensmänner bis auf die kurze Zeit der kommunistischen Mitarbeit die Last der Regierungsarbeit und -verantwortung allein getragen hatten.

In Besprechungen und Versammlungen vor den Gemeindewahlen nahm auch die Diskussion über die Reichspolitik und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen breiten Raum ein. Nach meinen Erfahrungen in Versammlungen und nach dem Studium der sächsischen Parteipresse kann ich nicht behaupten, daß die Auseinandersetzungen darüber von dem Willen getragen waren einander gegenseitig zu verstehen und die Gründe der Gegenseite in kollegialer Weise zu würdigen. Diese Anklagepolitik wurde auch auf den beiden sächsischen Parteitag am 2. Dezember 1923 und am 6. Januar 1924 absichtlich in den Vordergrund gerückt. Der letzte Parteitag saß zudem noch über die 25 unserer Landtagsfraktionsgenossen zu Gericht, die nach Würdigung aller Umstände und der Erfahrungen des letzten Jahres den Entschluß gefaßt hatten für die Große Koalition in Sachsen zu votieren, ohne auf die Entscheidung des Landesparteitags zu warten. Dieser Entschluß, der von dem Wunsch diktiert ist der sächsischen Regierung eine genügend tragfähige Basis im Parlament zu geben und so eine produktive Arbeit zu ermöglichen, wird ja auch noch den Reichsparteitag beschäftigen. Dort wird er hoffentlich als eine Tat anerkannt werden, die im Interesse der Arbeiterklasse wie des ganzen Volkes geschehen mußte. Bei der intensiven, auf kurze Zeit eingestellten Wahlagitation in der Woche vor den Gemeindeverordnetenwahlen boten die Differenzen in der Stellungnahme der Landtagsfraktionsmehrheit und des Landesparteitags den Gegnern der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands willkommene Gelegenheit in zum Teil recht unfeiner Art den Ausfall der Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen, und es ist ihnen dies auch gelungen.

In ihrer 60jährigen Parteigeschichte hat die Sozialdemokratie auch Episoden des Stillstandes, ja selbst des Rückgangs gehabt. Auf solche Erscheinungen folgt dann ein "Insichkehren", eine Anpassung an die Forderungen des Tages, eine intellektuelle Einstellung auf die Gegenwartsfragen und eine ernstliche Prüfung, welches Maß von Macht, Kraft und Einfluß wir errungen haben. Wird die Pflicht zu solcher Prüfung vernachlässigt, dann kommen unvermeidliche Rückschläge. Die sächsischen Gemeindeverordnetenwahlen bilden den Auftakt zur Einführung der Gemeindeverfassung vom 1. August 1923, die den Buchstaben des Gesetzes Leben und Geist verleihen soll, den Gemeinden als den Zellen des Staatsganzen neue Rechte und damit neue Pflichten gibt. Der Ausfall der sächsischen Gemeindeverordnetenwahlen soll deshalb eine Mahnung und Warnung für uns sein. Mehr als in jeder andern öffentlichen Tätigkeit ist es in der Gemeindepolitik nötig die Realitäten zu kennen und nach ihnen zu handeln. Durch taktisch kluges Vorgehen müssen wir den Einfluß der Gemeinden auf den Staat und das Reich steigern und so auch dort, wo wir vorübergehend nicht die Majorität der Sitze haben, im Sinn der übernommenen Mandate und unseres sozialistischen Ziels wirken, indem wir uns Wilhelm Liebknechts Worte vom Hamburger Parteitag

von 1897 einprägen: „Im Anfang der Partei, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag die Tribüne ausschließlich oder fast ausschließlich zur Propagierung unserer Ideen zu benutzen. Allein sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist als eine Gelegenheit schöne Reden zu halten, und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist auf dem Boden der Praxis etwas zu tun. Aus den Arbeiterkreisen selbst sind wir aufgefordert worden bei allen Arbeiterschutzgesetzen und allen anderen Vorlagen, die Gelegenheit bieten, durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände und Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, Paktieren mit den gegebenen Verhältnissen, ist dies Verrat?«

Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden des praktischen Wirkens verlassen und nur rasonieren sollen, der will, daß wir in die Eierschale zurückkehren, aus der wir vor langer Zeit herausgekrochen sind.

## HEINRICH PEUS · POSITIVE ARBEIT



WENN ich einem alten Parteigenossen begegne, der mit mir auch schon seit Jahrzehnten für den Sozialismus kämpft, und dem ich ansehe, daß es ihm in dieser schweren Zeit nicht gut geht, dann überkommt mich immer ein niederdrückendes Gefühl. Gewiß, auch er hat als Staatsbürger indirekt mancherlei erreicht, er hat das „freieste Vereins- und Versammlungsrecht sowie Koalitionsrecht, er darf durch seinen Betriebsrat auch in der Fabrik mitreden. Aber gleichwohl habe ich nicht das Gefühl der Befriedigung; im Gegenteil, mir ist, als sei dem Mann unrecht geschehen, als habe man ihn zu lange mit Hoffnungen hingezogen, die sich für ihn nicht erfüllt haben.

Anders liegt die Sache schon, wenn dieser Genosse nach der Revolution ein Eigenheim mit Garten erworben hat, wenn 1 oder wohl gar 2 Schweine bei ihm im Stall stehen, wenn eine Ziege ihm Milch liefert, wenn Hühner und Kaninchen ihm Eier und Fleisch verschaffen, und sein Garten ihm Kartoffeln bis in den November und Gemüse fast das ganze Jahr hindurch gibt. Diesem Mann gegenüber habe ich das Gefühl, mit solchem Wandel der Dinge sei immerhin eine nützliche Produktionsleistung geschehen. Dabei muß ich zugestehen, daß diese Leistung keineswegs rein sozialdemokratisch war, denn an ihr haben neben Sozialdemokraten vor allem auch Demokraten, ja, soviel ich weiß, Männer aller Volksschichten und Parteien teilgenommen. Und in Dessau hat der letzte regierende Prinzregent Aribert 200 000 Quadratmeter besten Siedlungslandes unentgeltlich hergegeben, um einen ganzen Siedlungsstadtteil auf ihm und dem Nachbarland zu errichten. Das alles soll natürlich nicht überschätzt werden. Aber man soll den Produktionsantrieb, der auch in diesen Dingen liegt, nicht verkennen. Für jeden Siedler, der Stall und Garten, der letzte nicht unter 4 Morgen, hat, hat die Frage der Arbeitszeit ein ganz anderes Gesicht. Er kann gut 1 bis 2 Stunden täglich in Stall und Garten in freier, gesunder und fröhlicher Arbeit tätig sein, er debattiert nicht darüber, ob Mehrarbeit auch wirklich Mehrleistung bringt, er arbeitet ganz von selber im Zehnstundentag, und in erfolgreichster

Weise, für sich und die Gesamtheit. Solche positive Arbeit im Siedelungswesen ist Sozialismus in dem Sinn, daß sie den produzierenden Arbeiter wieder mit dem Produktionsmittel in Verbindung bringt, das seine und seiner Familie Arbeit in Haus, Stall und Garten braucht. Andererseits sorgt das Reichsheimstättengesetz dafür, daß diese Produktionsmittel nur für guten Gebrauch, nicht für kapitalistischen Mißbrauch, verwendet werden können, daß insbesondere die steigende Grundrente nur der Gesamtheit zufließt. Es scheint mir aber auch, daß diese positive Arbeit in einer gewissen Beziehung mustergebend für das sein muß, was im ganzen Reich in der Produktion zu geschehen hat. In gleichem Geist muß überall produktive Arbeit geleistet werden. Ich will das unter Bezugnahme auf Verhältnisse unseres kleinen Anhaltlandes darlegen.

Anhalt hat 80 000 Familien und weit über 100 000 Erwerbstätige. Es schuf in den letzten 4 Jahren 3000 Heimstätten. Vor dem Krieg wurden jährlich 800 Wohnungen, zumeist Mietwohnungen, geschaffen. Wegen zahlreichen Zuzugs herrscht auch in Anhalt noch eine unerträgliche Wohnungsnot. Wenn jährlich 1000 Heimstätten gebaut werden, ist sie in wenigen Jahren beseitigt. Heimstätten bieten mehr Wohnraum als Mietwohnungen. Mit 10 000 Stunden Arbeitslohn ist im Durchschnitt eine Heimstätte zu beschaffen, 100 000 Erwerbstätige könnten mit einem einzigen ersparten Stundenlohn 10 Heimstätten erbauen, bis in den Grund bezahlt, ohne jedes fremde Kapital. Sparten die Erwerbstätigen jede Woche den Lohn 1 Stunde, so könnten davon im Jahr rund 500 Heimstätten errichtet werden. Man verpflichte die Arbeitgeber zur Ersparnis des gleichen Betrags, den sie nicht zu schenken sondern nur als Kapital zu dem mäßigen Zinsfuß von 3 % herzugeben hätten, dann wären mit der ersparten Lohnsumme einer einzigen Stunde pro Woche und dem gleichen Leihkapital der Unternehmer 1000 Heimstätten bis in den Grund zu bezahlen, also ganz das, was Anhalt braucht. Kann man aber den Betrag eines Stundenlohns sparen? Im allgemeinen schwerlich. Also mache man, um die 1000 Heimstätten ersparen und bauen zu können, wöchentlich 1 Überstunde. Und wenn diese Überstunde dazu verwendet wird 1000 Heimstätten zu bauen, die hernach ihren Bewohnern gehören, dann fände ich auch kein Unglück darin, wenn bis zu dem Zeitpunkt, da die Wohnungsnot beseitigt wäre, alltäglich 1 Überstunde unter den genannten Bedingungen gemacht würde. Das gäbe bei 100 000 Erwerbstätigen theoretisch nicht weniger als 6000 Heimstätten in 1 Jahr, also die Überwindung der Wohnungsnot in aller kürzester Frist. Das ist allerdings, ich weiß es wohl, nur ein Schema. In der Praxis komplizieren sich die Dinge, da ein erhöhtes Wachstum auch andere Erscheinungen mit sich bringt, und es verfehlt wäre eine immer weiterbestehende Proportionalität anzunehmen. Aber was hier für das Wohnungswesen gesagt wurde, kann man auch, mit aller Vorsicht modifiziert, für die individuellen und nationalen Erfordernisse überhaupt verallgemeinern. Was das deutsche Volk braucht, ist eine Mehrarbeit, deren Ertrag den Arbeitenden und der Allgemeinheit gesichert ist. Die geforderte Sparsamkeit und die für den Wohnungsbau zu tätige Überstunde schafft im Heimstättenbau reichste Arbeit. Wie kann da noch ein Zweifel sein, ob an sie sofort herangegangen werden könne? Wir brauchen Wohnungen. Wohlan, schaffen wir sie durch Organisation unserer Arbeit. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter, wenn ihnen dafür das Eigen-

heim blüht, mit Freuden bereit sind diesen Weg zu gehen. In Anhalt wollen Tausende von Arbeitern freiwillig wertbeständig sparen, und die Regierung will ihnen dabei verwaltungsmäßig in jeder Beziehung zur Seite stehen. Und auch im Freistaat Sachsen habe ich in zahlreichen Versammlungen in allen Landesteilen bis nach Böhmen hinein für diese Idee positiven Aufbaus den stärksten Anklang und nie Widerspruch gefunden. Auch Kommunisten, die oft erschienen waren, um mir Opposition zu machen, wurden still und sagten gar nichts, meinten hernach aber, das sei gar nicht so schlecht.

Für unsere Parteigenossen (und das ist der Grund so manchen Parteikonflikts und mancher parlamentarischen Krise) sind die Begriffe bürgerlich und sozialistisch so dogmatisch verknöchert, daß sie meinen, nur der könne sozialistische Arbeit leisten, der sich Sozialist *nenne* oder sich zum ganzen sozialdemokratischen Programm bekenne. Positive Arbeit kommt bei solch dogmatischer Haltung nicht zustande. In Sachsen hat man bis zur Stunde noch keine wirklich etwas einbringende Grundwertsteuer geschaffen. Ebenso wenig in Thüringen. Auch nicht in Braunschweig. In Thüringen hatte man sich törichterweise an die Kommunisten verkauft. Das zwang zu einer scharfen Frontstellung gegen alle "Bürgerlichen". Der sachliche Gesichtspunkt, von dem aus man feststellen kann, mit wem man sich zu positiver Arbeit zusammenfinden müsse, verschwand. Aber in Thüringen wird sich, wie in Sachsen, die Partei zum Zweck politischer Leistung mit den Demokraten und auch mit der Deutschen Volkspartei zusammentun müssen, wenn sie nicht mit den Kommunisten in unfruchtbarer Negation verharren will. Die Große Koalition, das heißt die Vereinigung aller Schaffenden auf politischem Gebiet, wird in allen einzelnen Ländern wie auch im Reich selbst zur Wahrheit und zum mindesten während der Wiederaufbauperiode Dauerbestand haben müssen. Der Sozialismus wird sich innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft zu betätigen haben oder für ein Menschenalter unfruchtbar bleiben. Aber wir können kein Menschenalter mehr warten, bis wir für die Arbeiter Gutes schaffen. Nur durch gemeinsame Arbeit der zu sachlicher Lösung der vorliegenden Probleme bereiten Parteien kann es zu jener Besserung der wirtschaftlichen Lage des Volkes kommen, die das Volk allein für eine Partei begeistern kann. Der Gedanke, daß nur eine rein sozialistische Mehrheit sozialistische Politik treiben könne, daß jede "bürgerliche" Beimischung den Sozialismus verhindere, ruht auf der falschen Auffassung, der Sozialismus könne "eingeführt" werden. Man kann schon ruhig zugestehen: Der Sozialismus, den nicht auch ein Teil des "Bürgertums" mitmachen will, ist in der Regel noch nicht reif.

Man stellt heute immer wieder fest, Demokratie und Parlamentarismus seien bankrott, hätten abgewirtschaftet. Die Wahrheit ist, daß das an den Obrigkeitsstaat, an Bevormundung von oben wer weiß wie gewöhnte deutsche Volk es noch nicht gelernt hat Demokratie und Parlamentarismus richtig zu handhaben. Die Kunst wahrer, das heißt schöpferischer Demokratie liegt noch *vor* uns, sie will vom ganzen Volk, auch den Parlamentariern, erst gelernt werden. Montesquieus *Esprit des lois* könnte von manchem Parlamentarier auch heute noch mit großem Nutzen gelesen werden. Vor allem auch sollte alles geschehen, um im Rahmen der Demokratie die Befugnisse der Instanzen klar abzustecken, und zwar so, daß die in den Instanzen wirkenden Personen auch mit starkem persönlichen Verantwort-

tungsgefühl arbeiten können. Wenn zum Beispiel die Fraktion eines Landtags bei Besetzung wichtigerer Staatsämter durch das Staatsministerium beschlußmäßig mitwirkt, so ist das ein glatter Unfug. Die Verantwortung für Ämterbesetzung, das heißt Verwaltung, hat das Staatsministerium allein zu tragen. Ebenso ist es ein Unfug, wenn die Parteiorganisation sich mit Vorschriften in die ureigentliche Aufgabe einer parlamentarischen Fraktion mischt. Welche Art Ministerium gebildet werden kann, um eine aktionsfähige Regierung zu haben, das kann nur die Fraktion selber entscheiden. Die Geschichte unserer Partei ist eine Kette von Streitereien darüber, ob wir uns irgendwie mit den Bürgerlichen einlassen dürfen, und immer wieder folgte dem Prinzip einer absolut unzulänglichen Intransigenz ein unvermeidliches praktisches Mittun. So wird es auch jetzt wieder kommen. Gewiß, wir haben es durch die Verkennung und Ignorierung der Notwendigkeiten nationaler Produktion so weit gebracht, daß die Entscheidung nicht mehr bei uns liegt, die wir Ende 1918 die volle Macht in Händen hatten, sondern bei den anderen. Und die gleiche Kurzsicht, von der wir befangen waren, zeigt sich jetzt vielfach auf jener andern Seite. Darum brauchen wir nicht zu verzweifeln. Die Schaffenserfordernisse werden jene Schichten und Gruppen schon klug machen. Sorgen wir nur dafür, daß wir selber nicht mehr versagen, daß wir es endlich lernen, durch alles Reden hindurch, stets zu erkennen, wo der Keim des Positiven steckt, und mit unserer Arbeit diesen, und nur diesen, pflegen.

## WALTHER KOCH · DIE ENTSCHEIDUNG DER JUGEND



OR kurzem rief Karl August Wittfogel, in Vorträgen, die er in mehreren Städten hielt, die Jugend auf sich zwischen Fascismus und Kommunismus, Kapitalismus und Proletariat, zwischen Noske und Lenin zu entscheiden. Das ist von parteikommunistischer Seite schon öfter gefordert worden. Ich erinnere an den Vorstoß der kommunistischen Gruppe auf der Freideutschen Woche zu Hofgeismar, wo man die Freideutschen vor die Wahl "Weiße oder Rote Garde?" stellen wollte. Jene Formulierung ist, so ernst und leidenschaftlich die Frage auch gestellt sein mag, doch nicht sachgemäß; sie ist willkürlich konstruiert. Die Entscheidung liegt nicht in dem äußern Verhalten in einem jeweils ausbrechenden Bürgerkrieg, wie er nun schon jahrelang die Gemüter vieler junger Menschen in Aufregung hält, sie liegt viel tiefer in einer Gewissensentscheidung und politischen Klärung. Gemeint ist auch eigentlich nicht mehr die Jugend im Sinn der Jugendbewegung, vielmehr eine neue Generation, die den Reihen der Jugendbewegung entwachsen ist und nach Auswirkung ihres neuen Lebenswillens im öffentlichen Leben sucht. Allgemein muß es da auffallen, wie stark sich diese Generation politischer Verantwortlichkeit zugewandt hat, wenn man etwa an die Kämpfe denkt, die die auf politische Aktivität der Jugend drängenden Jugendführer noch während des Krieges zu bestehen hatten. Das alte veilchenhafte, idyllische Dasein der Lebensreformer, die den herben Lufthauch allgemeinen politischen Schicksals scheuten, ist längst durch die Zugluft der Zeit gestört. Mehr oder weniger drängt in allen Jugendbünden die Zeit die Menschen zur Entscheidung. Unruhig wirbelt alles durch einander. Allgemeine Begriffe, wie

Gemeinwirtschaft, Volk, Reich, Sozialismus, Nation, schwirren umher, ohne konkrete Verwirklichung zu finden. Andererseits lockert sich mehr und mehr die frühere Parteigebundenheit der Jugend. Diese findet aus Parteidogmatik den Weg zu lebendiger Berührung mit der Jugendbewegung und wirkt so politisch befruchtend. Jungsozialisten, Jungdemokraten, Jungnationale, Jungkommunisten: alles gerät in Fluß, lehnt sich gegen die Einspannung in enge veraltete Parteiumgrenzungen auf und findet teilweise schon den Weg zu schöpferischer, geistig-politischer Synthese.

Die Hinwendung zur Politik hängt mit einer sehr wesentlichen Wandlung der Jugendbewegung zusammen. Sie entwickelte sich von der mehr individualistischen, liberalistischen "Autonomie", der Selbstverantwortlichkeit der Meißnerformel von 1913 zu der durch Krieg und Nachkriegszeit geborenen, mehr "bündischen" Art der neuen Jugend, die in freiwilliger Bindung an letzte Wahrheit, an innere, allen gemeinsame Autorität ihre Subjektivität überwindet und den Weg zur Gemeinschaft findet. Nicht etwa nur zur Gemeinschaft der eigenen Gruppe sondern vor allem zur Gemeinschaft des Volkes. Diese Wendung zu einer neuen Bindung des Gelösten vollzieht sich in den verschiedenen Lagern. Nicht nur in Deutschland sondern in ganz Europa. Auch die Erstarkung des Fascismus, Katholizismus und Kommunismus bezeugt diese Wandlung. Der Kampf gegen den Liberalismus wird von allen 3 Bewegungen geführt. Irgendwie gelten für alle neuen Bewegungen der Jugend Europas die Worte Mussolinis: »Die Wahrheit, die heute nachgerade jedem offenbar ist, dem der Dogmatismus nicht die Augen verbunden hat, ist die, daß die Menschen irgendwie der Freiheit müde sind. Man hat aus der Freiheit eine Orgie gemacht. Die Freiheit ist heute nicht mehr die keusche und strenge Jungfrau, für die die Generationen der 1. Hälfte des vorigen Jahrhunderts kämpften und starben. Auf die unerschrockene, unruhige und herbe Jugend, die in der Morgendämmerung der neuen Geschichte auf den Plan tritt, üben andere Worte einen viel stärkern Zauber aus: Ordnung, Hierarchie, Disziplin.« Natürlich soll nicht das hohe sittliche Ideal der Freiheit, dieses unbedingte Postulat der menschlichen Würde, verkleinert werden. Es soll mit jenen Worten nur die Entgeistigung des Freiheitsbegriffs getroffen werden, seine Herabdrückung zu einem bloßen Negativum, während er, richtig verstanden, gerade die Voraussetzung positiven Schaffens, also sachlicher Bindung, darstellt. Dieser Parole entspricht in Deutschland das allgemeine Verlangen nach geistiger Führerschaft, nach Einordnung in die Gefolgschaft des Bundes, in das Volk, wie es nicht nur in nationalen sondern auch in jungsozialistischen Kreisen lebendig wird.

Dieses organische Bewußtsein des Zusammenhangs mit dem Volksganzen findet noch einen romantischen und utopischen Ausdruck. Oft noch glaubt man das neue Volk erst aus den Jugendverbänden heraus wachsen zu lassen und konstruiert sich ein Reich und eine Nation, die in keiner Weise mehr mit der Wirklichkeit Fühlung halten. Nichtsdestoweniger wächst der Sinn für politische Realitäten, und er sucht seinen Ausdruck in gelegentlichen Kundgebungen zur politischen Lage. Wichtig war für die nationale Jugend, sofern man diesen Ausdruck noch für einen Teil der deutschen Jugendbewegung zulassen will, die Zusammenkunft von etwa 25 Bünden und Gauen (Wandervögel, Jungdeutsche, Neupfadfinder) im Fichtelgebirge im Spätsommer 1923, gleichzeitig mit der Hellerauer internationalen Jugendtagung. Von einem Führer dieser Jugend wird eine »innenpolitische Neuorientierung

der Jugend, der bürgerlichen, bewußt nationalen Jugend« festgestellt: »Man liest nicht mehr Fichte, Lagarde usw., befließigt sich nicht mehr der Anzucht einer volksbürgerlichen Erziehung, sondern kommt mit den realen Fragen der heutigen Wirklichkeit in Berührung, mit den Fragen der Wirtschaft und Politik.« Von da her sind Ansätze vorhanden den Sozialismus und die Republik in positiverm Sinn zu bejahen. Der Jungnationale Bund, der sich 1921 von dem parteipolitisch festgelegten Deutschnationalen Jugendbund löste, erklärte 1922 auf dem Bundestag in Halle: »Die nationale Jugend wird so lange ohne Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Lebens bleiben, als sie nicht eine positive Stellung zum neuen Staat und zum proletarischen Menschen findet.« Leidenschaftlich werben die extremen Flügel, Kommunisten wie Völkische, um die Jugend und bieten ihr, wonach sie verlangt: ganz konkrete entschiedene Verwirklichung ihrer Träume. Da helfen nicht mehr allgemeine Beschwörungen, die vor dem Radikalismus rechts und links warnen, noch Lamentationen über den Geist der Gewalt, der sich links wie rechts auswirkt. Auf der Tagung des Freideutschen Bundes auf dem Hohen Meißner im Herbst 1923 war es erschütternd zu sehen, wie wenig die allgemeinen, abstrakten Ideale einer noch vorwiegend subjektiv eingestellten Freideutschen Jugend dem Anprall der Gegenseiten wie des Kommunismus gewachsen sind. Die bloße gute Gesinnung, die sich von Gewalt und Unrecht fernhalten will, genügt eben nicht. Auf der einen Seite muß sich der Idealismus, sofern er wirksam sein will, religiös vertiefen, auf der andern muß aber ein ganz positives politisches und wirtschaftliches Bild, muß auch die Vorstellung des Weges zu diesem Bild hin vor den Menschen erstehen, um all die auseinandergerissenen Einzelnen und Gruppen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschweißen. Worte wie die folgenden des Freideutschen Bundes bedürfen dringend der konkreten Verstofflichung: »Alles muß getan werden, um den heutigen gesellschaftlichen Zustand abzuändern, der den größten Teil der Volksgenossen von einem menschenwürdigen Leben ausschließt. Wir stehen auf der Seite der unterdrückten und benachteiligten, der an den Lebensgütern geistiger und materieller Art verhinderten Menschen und Menschengruppen.« Solange man nicht diese gute Gesinnung in bestimmte politische und wirtschaftliche Aktivität umzusetzen vermag, so lange wird selbstverständlich der Links- wie der Rechtsradikalismus der ungeformten, verschwommenen, wenn auch gutherzigen Mitte überlegen sein. Allgemeine Parolen der Sammlung und Besinnung, wie sie von Zeit zu Zeit ausgegeben werden, helfen nicht mehr, sofern man nicht zu einer substanziellen Erfassung der Politik der Zukunft vordringt.

Von Zeit zu Zeit versuchen sich Jugendbünde verschiedener Art zu gemeinsamer politischer Tat zusammenzuschließen. Aber es bleibt da immer nur bei sehr allgemeinen Protesten gegen dies oder jenes. So vor Jahren, im Fall Wilker, gegen den Berliner Magistrat im Sinn einer freien Jugendentwicklung, dann wieder einmal gegen den Alkohol oder für Jugendherbergen. Neuerdings nun beginnen sich Jugendverbände zu einem gemeinsamen Bekenntnis zur deutschen Republik zu vereinigen. Der Arbeiterjugendtag in Nürnberg war eine einzige republikanische Demonstration. Auch in der katholischen und in der demokratischen Jugend wurde und wird der republikanische, ebenso der soziale Gedanke stark hervorgehoben. Vor kurzem veranstaltete auch der Ausschuß der deutschen Jugendverbände eine Kundgebung an die Bevölkerung von Rhein, Ruhr und Saar im Sinn der Erhaltung

eines einigen deutschen Vaterlandes. Für Deutschlands Gesundung, Einheit und Freiheit gelte es auch das letzte Opfer zu bringen. Es fehlt aber jede Angabe, auf welchem Weg diese Freiheit Deutschlands errungen werden kann, oder worin dieses letzte Opfer bestehen soll. Darauf aber kommt es an, daß wir, die wir aus der Jugend heraus den Weg zum Aufbau eines neuen deutschen Volkes und einer neuen Welt finden wollen, nunmehr die Pfade beschreiten lernen, die zu diesem Ziel führen, daß wir uns von aller Enge und Starrheit alter Parteivorurteile und Schlagworte frei machen und die Gesundung unseres Volkes wie die innere Erneuerung unserer Wirtschaft in einer auf Hebung der nationalen Produktion gerichteten Gemeinwirtschaft anstreben. Der Aufbau von unten, wie er uns in der Jugend von jeher vorschwebte, muß sich in einem genossenschaftssozialistischen Neuworden verwirklichen. Das Volk muß auch organisatorisch als Produktionsorganismus erkannt und erfaßt werden. Das erfordert die Umwandlung des aus liberaler Gedankenwelt stammenden Parlamentarismus alten Stils in eine sozialistische Produktionsidee verkörperndes Zweikammersystem, bei dem neben die bloße Vertretung der Bevölkerung die Kammer der Arbeit tritt, in der die Substanz des Rätegedankens wie des Gildensozialismus sich manifestiert. Der Aufbau des Reiches von den Stämmen und Landschaften her erfordert eine Neugliederung Deutschlands, und die von der Jugend ersehnte Völkergemeinschaft zwingt zu einer Verständigung mit den Nachbarvölkern des Kontinents, vor allem mit Frankreich, die der erste Schritt zum Zusammenschluß des Festlands zu einem Wirtschaftsganzen ist. Alles politische und wirtschaftliche Handeln muß von dem ernstesten Gefühl getragen sein, daß wir verantwortlich sind für die Erfüllung der Aufgabe, die wir uns gestellt haben: die Gemeinschaft Deutschlands wie Europas geistig, politisch und wirtschaftlich im Sinn eines wahrhaft nationalen wie übernationalen Sozialismus zu verwirklichen.

## KÄTHE KOLLWITZ · ERINNERUNG AN STEINLEN



ALS ich im Jahr 1903 in Paris war, führte mich ein Bekannter zu Steinlen. Er wohnte oben auf Montmartre, die Straße ist mir nicht mehr erinnerlich. Wir wurden in den Wohnraum geführt und warteten auf ihn. Aus dem Raum ging eine kleine Treppe nach einem höher gelegenen Zimmer. Zuerst erschien sein Kind, ein derbes Mädel, das auf allen Vieren die Treppe herunterkroch, uns besah und wieder heraufkroch. Dann kam Steinlen die Treppe heruntergelaufen. Ein breiter, bäurisch gebauter Mann mit gut und fest geformtem, dunklem Kopf. Er begrüßte uns, führte uns in sein kleines sachlich eingerichtetes Atelier, wo seine Steindruckpresse stand, war mitteilzaam und natürlich. Ich sehe ihn noch vor uns stehen, breit und fest. Aus den tiefen Taschen seiner weit gebauten Arbeiterhose holte er sich den losen Tabak zu ununterbrochenem Rauchen.

Man nennt Steinlen einen sozialen Künstler. Dieser Ausdruck hat stets einen ethisierenden Beiklang. Sozialer Künstler: das heißt ein solcher, dem innerster Antrieb zu seiner Arbeit Mitgefühl mit den Darbenden ist. Ich glaube aber, daß der innerste Antrieb Steinlens zu seiner Arbeit etwas anderes war, nämlich die einfache Tatsache, daß er Augen hatte für die große Schönheit der Arbeiterklasse in all ihren Betätigungen. Daß er das

Organ hatte diese Schönheit so stark zu empfinden, daß nichts anderes daneben ihm der Wiedergabe wert schien, liegt zum großen Teil an der Zeit, in die er hineingeboren wurde. Sehr möglich, daß die jetzige Generation keine Augen mehr für diese Schönheit hat. Steinlen aber war jung, als Zola seine Romane schrieb, als der Naturalismus Saft und Kraft hatte. Er ist in seiner Arbeit von Anfang bis zu Ende einheitlich geblieben. Man muß zugleich bedenken, was Paris damals bedeutete, mit wie viel mehr Liebe, ja Schwärmerei der französische Künstler "sein" Paris liebte als der deutsche sowohl Berlin wie München. Weil Steinlen so sehr Künstler war, und weil er ein starkes Temperament hatte, durchtränkte er sich ganz und gar mit der Atmosphäre des arbeitenden Volkes von Paris.

Die Arbeiterschaft, das ist ganz fraglos für den, dem einmal die Augen dafür aufgegangen sind, hat ihre besondere Schönheit, die überwältigend und aufregend wirkt, und die sich in Paris stark offenbart. Wer den Boulevard Saint-Michel gegen Abend kennt, wenn die Fabriken ihre Tore geöffnet haben, der weiß, was ich meine. In Geste, in Sprache, in Kleidung der Arbeiter, der Arbeitermassen liegt diese besondere Schönheit. Von dieser Schönheit war Steinlen so durch und durch erfüllt, daß er in all seinen Schöpfungen immer nur das eine Thema gestaltete. Nicht um im sozial-ethischen Sinn zu wirken (das war ein Motiv, das dann noch dazu kam), sondern weil er Lust daran hatte sein pariserisches Volk in allen Verkörperungen, wie und wo er es auch sah, zu zeigen. Er war ein starker Künstler, weil er ein überzeugter war, der nichts anderes aus sich herausstellte als er mit seinen treuen Augen erlebte.

## LISBETH GUTTFELD · ZUM AUFBAU EINES JÜDISCHEN GEMEINWESENS

**P**ALÄSTINAS politisches Schicksal scheint nicht mehr so im Ungewissen zu liegen, seitdem der Völkerbund das Palästina Mandat Englands bestätigt hat. Obgleich die Bekräftigung der Balfourdeklaration, die in diesem Akt lag, und die das Recht und vor allem die Pflicht des jüdischen Volkes zur Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens durch eigene schöpferische Leistung vor aller Welt kundtat, als ein großer Fortschritt in der Entwicklung des Zionismus gewertet werden muß, zeigten die Verhandlungen des 13. Zionistenkongresses, der vom 6. bis zum 18. August 1923 in Karlsbad tagte, eine Stimmung des Unbefriedigtseins, da das tatsächlich in Palästina innerhalb der letzten 2 Jahre Erreichte hinter dem Erwarteten weit zurückgeblieben war. In einem demokratischen System können politische Mißerfolge den verantwortlichen Führern und den geführten Massen zur Last gelegt werden. Die zionistische Organisation, die offiziell anerkannte Vertreterin der Judenheit und ihrer im Werden begriffenen nationalen Heimstätte, ist ein sehr komplizierter Bau. Die politische, Verwaltungs- und Wirtschaftsleitung ist ein fest konsolidiertes Gebilde, die von ihr Geleiteten bilden aber eine zerstreute, schwer kontrollierbare, stets im Wachsen begriffene, von Stimmungen und persönlichen Erlebnissen beeinflussbare Masse, die nach einem ihr neuen Land hinstrebt, das seit vielen Jahrhunderten von einem eingesessenen orientalischen Volk bewohnt, von einer europäischen Großmacht jetzt bevormundet ist. Um fruchtbare Arbeit zu leisten, ist deshalb eine grundlegende

Verständigung aller ausschlaggebenden Faktoren eine unumgängliche Notwendigkeit; denn Gegensätze, die sonst eine Bewegung vorwärtstreiben, können unter den besonderen Umständen hier in der jetzt kritischen Zeit nur zu einer Verschleppung der Leistung beitragen.

Daß weitgehende Differenzen über die Tätigkeit und Tendenz der Zentralstellen bestanden, ging am besten aus den Resolutionen zu dem Absolutorium für die Exekutive hervor; am deutlichsten sprach das die Delegation des Zionistisch-Sozialistischen Verbandes Zeire Zion aus, die unter anderm erklärte: »Während der beiden letzten Jahre seit dem 12. Kongreß hat die Mandatarmacht keinen Schritt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet unternommen, der als Beweis für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volk in bezug auf den Aufbau eines jüdischen Zentrums in Erez Israel betrachtet werden kann. Der unbearbeitete staatliche Boden im Land bleibt auch weiterhin jüdischer Kolonisation unzugänglich, bei der Verteilung des Bodens werden die moralisch und juristisch gerechtfertigten Forderungen des jüdischen Volkes nicht berücksichtigt. Die Regierung verteilt Hunderttausende Dunam Boden unter die nichtjüdische Bevölkerung in solchem Maß, daß die neuen Besitzer diesen Boden gar nicht bearbeiten können. Die Einwanderungsbeschränkungen, die ausschließlich die jüdische Einwanderung treffen, wurden in den beiden letzten Jahren nicht nur nicht abgeschafft, sondern die Mandatarmacht zeigt die Tendenz sie noch weiter zu verschärfen. Die jüdischen nationalen, ja sogar die bürgerlichen Rechte sind in Erez Israel nicht gesichert, das oberste Organ des jüdischen Jischuw, der Waad leumi, wurde von der Mandatarmacht nicht als juristische Körperschaft anerkannt. Die Forderungen der zionistischen Organisation als der derzeitigen Jewish Agency werden von der Mandatarmacht nicht berücksichtigt . . . Wir stellen fest, daß die Leitung versucht hat die Lage zu bessern, verurteilen jedoch die Formen und Methoden ihrer Politik, die in Wirklichkeit nicht auf die Erziehung der jüdischen Volksmassen hinzielte und den Geist des Kampfes um das Recht vermissen ließ, der unsere Verteidigung zu dem ernststen Kampf eines Volkes um sein Recht auf Arbeit und Selbstbestimmung gestaltet.« Verstimmung erregte auch die Verteilung des Budgets, insofern, als im Jahr 1921 für Kulturbedürfnisse 52 %, für Kolonisationserfordernisse nur 37 % des Gesamtbudgets ausgeworfen wurden, während 1922 die Ausgaben auf beiden Seiten annähernd die gleichen waren

Diese Schwierigkeiten mußten entstehen, da der Hauptfaktor in dem harten Ringen fehlte: die große jüdische Masse in Palästina, die allein ein selbstverständlicher, für sich sprechender Erfolg gewesen wäre. Nach einer Schätzung Davis Trietsch' aus dem Jahr 1902 betrug die jüdische Einwohnerschaft Palästinas damals 70 000 Seelen. Eine von der Regierung durch ihre Verwaltungsorgane gemachte Berechnung der palästinensischen Bevölkerung für den 1. Januar 1922 ergab 585 271 Mohammedaner, 88 049 Christen, 81 263 Juden und 7213 Bekenner anderer Religionen. Dazu bemerkt Arthur Ruppin allerdings, daß die Zahl von 81 263 Juden dem Stand vom Frühjahr 1921, aber nicht mehr vom Ende dieses Jahres entsprach. Bis zum Mai 1922 vermehrte sich die jüdische Bevölkerung durch Zuwanderung auf rund 93 000 Seelen, die Einwanderung vom 1. Oktober 1921 an bis zum April 1923 zusammengenommen betrug rund 15 000 Menschen, so daß jetzt mit einer jüdischen Bevölkerungszahl von nicht viel über 100 000 zu rechnen ist: also ausgesprochen eine Minorität gegenüber der arabischen Einwohnerschaft.

Daß dieser geringe Menschenzuwachs innerhalb der beiden letzten Jahrzehnte nur ein sehr kärgliches Ergebnis bedeutet, selbst wenn man die Schäden der Kriegsjahre und ihre Folgen mit in Betracht zieht, daß die Anzahl der Juden in Palästina unbedingt auf ein Vielfaches erhöht werden müsse, darüber herrscht in allen Lagern des Zionismus absolute Einigkeit. Verschieden sind nur, wie das bei der Ungleichheit menschlicher Anschauungen natürlich ist, die Methoden, mit deren Hilfe man auf eine grundlegende Änderung hofft, Methoden, die die innere Einstellung des einzelnen zu der großen Frage des Zionismus kennzeichnen. Schon vor 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren, auf dem 12. Zionistenkongreß, erklärte der Referent über Immigration nach Palästina, M. D. Eder, daß »die Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse Palästinas« ihn zu einer Änderung seiner ursprünglichen Auffassung, »es sollten keinerlei Einwanderungsbeschränkungen existieren«, gebracht hätte. »Palästina bietet weder die Existenzmöglichkeiten eines neuen Kolonisationslands (wie die Vereinigten Staaten, Australien und Canada) noch die einer industriell entwickelten städtischen Wirtschaft. Heute muß die Einwanderung auf Pioniere beschränkt sein.« Diese vorsichtig abwägende Meinung, die sich den von der Mandatarmacht auferlegten Einwanderungsbeschränkungen reibungslos anpaßt, entspricht auch der Auffassung maßgebender Stellen der zionistischen Organisation. Die Forderung einer Einwanderung von 100 000, ja Hunderttausenden von Menschen, noch vor wenigen Jahren erörtert, steht jetzt außer jeder Diskussion, und von Millionen wagt niemand zu sprechen. 30 000 Menschen im Jahr, damals als Minimalforderung verschrien, ist jetzt das Idealmaximum geworden, das bisher noch niemals erreicht worden ist. Nach der jetzt herrschenden Ansicht ist eben die erste Bedingung, um zu einem lohnenden Ziel zu gelangen, Sicherstellung der Existenzmöglichkeiten durch dauernde, nicht vorübergehende Beschäftigung, Schaffung der Grundlage für ein gesundes, erfolgversprechendes Wirtschaftssystem; denn »der wirtschaftliche Faktor bildet die natürliche Begrenzung der Einwanderungsmöglichkeit«, wie sich Chajm Weizmann auf dem Karlsbader Kongreß in seiner Eröffnungsrede ausdrückte, und um zu diesem Ziel zu gelangen, ist vor allem notwendig: Geldmittel in größtmöglichem Umfang. »Geld ist für uns nicht das gewöhnliche Mittel Güter zu erwerben, es ist ein edelstes Lösegeld, hingegeben, um unsern Boden zu erlösen, ein Wertmesser für die Fähigkeit unseres Volkes zum letzten Opfer und zugleich ein Maßstab für seine schöpferische Kraft.« Erst wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, ist die Einwanderung in großem Stil zu wünschen, da sonst keine Dauererfolge zu erzielen sind, und da das hochwertige Menschenmaterial der Chaluzim nicht zu unsicheren Versuchen, die mit einem katastrophalen Ergebnis endigen könnten, mißbraucht werden dürfe.

Dies also ist die offizielle Meinung. Ist sie richtig, *darf* sie richtig sein? Es soll die Grundlage für den Neuaufbau eines Volkes und eines Landes geschaffen werden. Darf sie mit der Sicherung des Lebens der Aufbauenden beginnen? Nicht auf die Subjekte, nur auf das Objekt muß die Arbeit zentriert werden. Das »hochwertige Material« der Chaluzim dürfe nicht zu »unsicheren Versuchen« mißbraucht werden? Ja, sind denn nicht gerade die »Hochwertigeren« (um bei diesem konventionellen Terminus zu bleiben) dazu da, um, unter Einsatz ihrer Personen, das zu »versuchen«, was anderen zu schwer scheint? Die produktive Leistung eines Volkes, das seine Bestimmung noch nicht erfüllt hat, da es durch 2 Jahrtausende der Zerstreung und

Bedrückung sein Volkstum aufrechterhalten, sein Dasein also noch für eine spätere Tat aufbewahrt hat, soll zunächst auf materiellem Gebiet jetzt und in diesem Land koloniasatorisch in die Erscheinung treten. Nicht darauf kommt es an, daß einzelne Personen, nach Auskalkulierung der Existenzmöglichkeiten, ihren Wohnsitz ändern: ein ganzes Volk soll sich in Bewegung setzen. Wenn die zionistische Leitung den unbedingten Primat der Schaffungspflicht anerkannt hätte, dann wäre jenes System nie aufgekommen. das vor lauter Sorge um die "Voraussetzungen" nicht zur Tat kommt. So aber mußten in der Organisation diejenigen unterliegen, die den menschlichen Schaffungswillen bei dem Aufbauwerk in die vorderste Linie stellten. So schied Menachem Ussischkin aus der Exekutive aus, der erklärte, das Wort der Begrenzung der Einwanderung müsse aus dem Lexikon des Zionismus gestrichen werden, da dadurch die politische Situation nicht erleichtert sondern nur erschwert werden würde, und der das schöne Wort prägte: »Nicht Finanzen schaffen Menschen, sondern Menschen schaffen Finanzen. Als praktisch undurchführbar und deshalb nicht ernst genommen wurde auch die Ansicht, wie sie zum Beispiel Joseph Meriminskij äußerte: ·Wenn man unsere Forderungen einer großen Immigration angenommen hätte, dann hätten wir heute 200 000 Menschen im Land; davon wären 50 000 Arbeitslose, aber das ganze jüdische Volk hätte sich erhoben. Für politische "Siege" gibt man kein Geld, aber wenn 50 000 Arbeitslose wären, hätte man es gegeben.«



Das Problem Palästina geht in der heutigen Zeit weit über die Grenzen jüdischnationaler Interessen hinaus. Was lange Zeit hindurch nur als verborgener Wunsch, erst langsam und spät als lauter Ruf in den Herzen vieler Juden erklang: die Schaffung einer öffentlichrechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina, ist jetzt als eine sittliche Forderung in die Welt getreten, die es nicht nur der Gesamtjudenheit zur Pflicht macht mit bester Kraft an ihrer Erfüllung mitzuarbeiten, sondern die in einer Zeit der nationalen Differenzierung und der Neuordnung der Länder auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Widerhall bei allen ethisch und sozial fühlenden Menschen finden muß.

Der Gedanke ein Volk zu sein, alle lebendigen Kräfte zusammenzufassen, alle aufgespeicherten Energieen auszulösen, hat sich bei den über die ganze Welt verstreut lebenden Juden in dem Wunsch konzentriert wieder national geschlossen zu wirken, mit Gleichberechtigung unter den Völkern. Das alte jüdische Land hat Raum genug für eine unbegrenzte Ansiedlung von Menschen, es wartet darauf aus dem Zustand der Verwüstung befreit und wieder in fruchtbaren ertragreichen Boden verwandelt zu werden. Weil Palästina kein Land ist, in das die Juden unter günstigen Bedingungen heimkehren können, und weil die Juden noch kein koloniasatorisch diszipliniertes Volk sind, deshalb ist Arbeitskraft höchster Anspannung erforderlich, um zuerst die Basis von Produktionsmöglichkeiten zu errichten und nutzbar zu machen, von der aus ein Aufbau zu eigener Leistung möglich ist, auf der sich dann eine nicht auf Erwerb sondern auf Schaffen gehende Wirtschaftskultur aufbauen kann. Nur wenn sich der Kollektivwille des jüdischen Volkes auf dieses Ziel richtet, kann das Werk entstehen, das als etwas schöpferisch Neues weit über den Rahmen völkischer Gebundenheit hinausgeht, einen Beitrag und Ansporn zur Menschheitgesinnung bedeutet.

Ein großes Werk kann nur auf der Grundlage eines starken sittlichen Wollens geschaffen werden. Denn dem sittlichen Wollen ist nichts unmöglich, es überrennt mit elementarer Gewalt alle Hindernisse, ohne zu fragen, ob das Ziel persönliche Opfer kostet, ob ein einzelner oder viele dabei zugrunde gehen. Der Plan eines Aufbaus Palästinas durch die Judenheit ist solch ein großes Werk, aber das Ziel ist fern, die Arbeit, die jetzt geleistet werden muß, von jeder Einzelpersönlichkeit, die sich als Baustein in das große Gebäude fügt, ohne dessen Vollendung zu erleben, ist aufopferndste Kleinarbeit ohne Rücksicht auf eigenes Wohlergehen. Palästina soll kolonisiert werden: das ist die große Notwendigkeit des Augenblicks, das ist auch der Sinn des Mandats. Kolonisation ist Aufbau eines Landes aus primitivst natürlichem Zustand heraus zu höchster Produktivität. Das bedeutet zuerst Gewinnung des Bodens als Ursprung aller spätern Kulturarbeit, vorläufig unter Hintanstellung aller, wenn auch noch so erstrebenswerten höheren Kulturbedürfnisse. Dazu gehören Menschen, so viel der Boden aufnehmen kann, die ohne Vorbereitung in fremden, nicht gleichartigen und darum auch nicht den selben Bedürfnissen entsprechenden Ländern durch den selbstverständlichen Willen gerade diesen Boden zu erobern und durch die Liebe zur Sache sich Arbeit auch unter den größten persönlichen Opfern erkämpfen. Wenn große Massen solcher bewußten und willensstarken Menschen in das Land strömen, um ungünstigste Bedingungen erträglicher zu machen, werden sie nicht zurückgewiesen werden können, und keine Behörde würde es wagen ihrer Einwanderungsfreudigkeit Grenzen zu setzen.

Nur das Schwache wird von dem Starken zurückgestoßen und von der Gewalt der Zeiten überrannt. Wer sich nicht auf seine eigene ursprüngliche Schaffenskraft verläßt sondern Hilfe von Außenstehenden erwartet, steht von vornherein auf schwachen Füßen. Es wäre auch ganz verfehlt die Hilfe etwa von England zu erwarten, weil es doch die Mandatarmacht ist. Solche politische Spekulation verkennt das Wesen der britischen Politik. An sich entspricht dem Interesse Englands eine Palästinapolitik, die, nach Art der britischen Europapolitik, eine Partei gegen die andere ausspielt: hier also die Araber gegen die Juden und umgekehrt. Klarer als die Juden scheinen das manche Araber zu erkennen, wie die in der Jüdischen Rundschau vom 20. November 1923 wiedergegebenen Äußerungen des Herausgebers der in Damaskus erscheinenden arabischen Zeitung Alif Ba über die Rolle Englands in Palästina beweisen. Eine spätere produktive zionistische Politik wird auch den Zusammenhang der Neukolonisation Palästinas mit der Bildung der großen Wirtschaftsimperien, die sich vollzieht, begreifen und damit auch mit dem Zusammenschluß des europäischen Kontinents. Doch, wie der Sinn dieser Neugestaltung der Erde die Entfaltung der Produktivkräfte der Menschheit überhaupt, und gerade in nationaler Differenzierung, ist, so kann diese auch nur das Wesen einer jüdischen Palästinapolitik sein. Ist man erst davon durchdrungen, richtet man sich ganz auf die eigene Leistung ein, dann, aber nur dann, kann man von England, das Tatsachen stets anerkennt, etwas erwarten. Die britische Verwaltung wird den Zionismus fördern, wenn er selber sich als eine Macht erweist. Daher wäre ein ängstliches Zurückweichen vor den Einwanderungsbeschränkungen die schlechteste Methode England für sich zu gewinnen. Es ist eben überhaupt noch niemals etwas Starkes geschaffen worden, wenn man sich gleich zu Beginn allzu große Vorsicht auferlegte, wenn man Kautelen für Weiteres haben wollte, wo noch das

Erste zu erringen war. Ein im Werden begriffenes Gebilde wie das jüdische Land kann natürlich nicht mit der Ordnung und Sicherheit eines festgefügtten, gesättigten Staates aufwarten. Aber Kolonisation nach Maß der vorhandenen und dazu noch stets wechselnden Finanzen, um von vornherein jedem Einwanderer eine feste Existenz zu bieten, macht die freie Arbeitsfreudigkeit erlahmen, verhindert die Einwanderung gerade der wertvollsten Elemente und birgt die Gefahr in sich die Volksbewegung vor der Verwaltungsroutine kapitulieren zu lassen.

Die Idee des Zionismus als solche ist so stark, daß man von dem Wunder der Wiedergeburt des jüdischen Volkes, dem Wunder der Rückkehr nach Palästina spricht. An ein Wunder glaubt der Mensch, wenn etwas ihm nicht rational Erklärbares offenbar wird, worin er aber einen tiefen, fest beschlossenen Sinn des Weltgeschehens ahnt. Daß aus dem Wunder greifbare Wirklichkeit werde, ist die Pflicht der Stunde, und die realen Umsetzungsmittel sind der unbeschränkte Zustrom von in jeder Weise opferfähigen Menschen und Kolonisation in höchster Intensität.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

**Sozialversicherung** Die deutsche Sozialversicherung ist in einer verzweifelten Lage. Versicherungsträger, Versicherte, Ärzte, Anstalten: niemand ist zufriedengestellt, alle stehen vor dem Ruin. Die Alters- und Invalidenversicherung ist in wesentlichen Teilen tot, sie ist der Geldentwertung zum Opfer gefallen. Großstädtische Kassen müssen in Gemeindeverwaltung genommen werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat ihr Heilverfahren eingestellt. Die Krankenkassen mußten Goldpreise für Arzneien zahlen, erhielten aber nur Papierbeiträge. Sparmaßnahmen und Vereinfachungen in der Verwaltung sind zu spät angewandte Palliativmittel. Was soll werden? Der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe schlug in der Sozialen Praxis vom 20. September 1923 einen systematischen Abbau der Invalidenversicherung vor, da die Renten trotz mehrfacher Steigerung zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, so daß die neue Sozialrentnerfürsorge neben die Versicherung treten müßte. Doppelarbeit und Doppelapparat. Deshalb sollen künftig alle hilfsbedürftigen Invaliden, Witwen und Waisen, so wie vor der Einführung der Invalidenversicherung, der Wohlfahrtspflege zufallen, die sich gleichzeitig mit der Kriegsfolgehilfe zu verschmelzen hat. Die Rentenversorgung fällt damit für die Invalidenversicherung weg. Dagegen soll in den Landesversicherungsanstalten die

gesamte Erholungsfürsorge, auch für die Krankenkassen und Kommunalverbände, zentralisiert werden. Die Mittel sollen durch Abführung eines Teils der Gewerbesteuer an die Landesversicherungsanstalten, unter Beseitigung der Invalidenkarten und -marken, eines Teils des Personals aufgebracht werden. Gegenüber diesem Plan, der auf der Ansicht beruht, daß sich ein verarmtes Volk Rentenversorgung nicht gestatten kann, erhob der Höchster Stadtarzt Hagen in der Sozialen Praxis vom 18. Oktober 1923 schwere Einwände. Er möchte den Landesversicherungen die Organisation der Gesundheitsfürsorge nicht überlassen, weil sie jetzt oft an Stelle des kostspieligen Heilverfahrens eine billige Rente gewähren. Die Gesundheitsfürsorge ist entweder den Krankenkassen zuzuweisen, die dafür einen Teil der bisherigen Invalidenversicherungsbeiträge erhalten, oder es sind örtliche Zweckverbände der Gesundheitsfürsorge zu bilden, die die Mittel für den Sachaufwand aufbringen, während die Personallasten den Gemeinden zufallen. Also Vereinigung der Geldmittel und genaueste ärztliche und fürsorgliche Überwachung.

**Schlichtungswesen** Am 1. Januar trat eine Neuordnung im Schlichtungswesen ein, die sich auf die Zuständigkeit und die Zusammensetzung der Ausschüsse bezieht. Die Ausschüsse bestehen nunmehr aus einem unparteiischen Vorsitzenden und Beisitzern, die in gleicher Zahl von den Wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber

und Arbeitnehmer gewählt werden. Während bisher die Beisitzer den Vorsitzenden bestimmten und grundsätzlich auch ohne diesen ihre Geschäfte führen konnten, wird der Vorsitzende jetzt von der obersten Landesbehörde nach Anhören der Parteien bestellt. Ein Tagen des Ausschusses ohne unparteiischen Vorsitzenden ist nicht mehr möglich.

Neu eingeführt wurde der Schlichter. Er wird vom Reichsarbeitsminister für größere Wirtschaftsbetriebe ernannt, unter Umständen auch für einzelne Streitfälle. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf Zwistigkeiten, die von weittragender Bedeutung sind. Ausschuß und Schlichter werden bei Abschluß eines Tarifvertrags tätig. Gelingt dem Ausschußvorsitzenden oder Schlichter eine Vereinbarung zwischen den Parteien nicht, wird eine Schlichtungskammer einberufen, paritätisch aus beiden Parteien unter unparteiischem Vorsitz besetzt. Kommt auch dann noch keine Einigung zustande, so hat die Kammer den Parteien einen Vorschlag (Schiedsspruch) zu machen. Er wird zum Tarifvertrag, wenn beide Parteien ihn annehmen. Der Schlichter soll die Verbindlichkeitserklärung aussprechen, wenn sie der Billigkeit entspricht und aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nötig ist.

Einzelstreitigkeiten, die früher zur Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse gehörten, werden jetzt den Arbeitsgerichten mit ausschließlicher Zuständigkeit zugewiesen. Da solche noch nicht gebildet worden sind, dienen die Kaufmanns- und Gewerbegerichte zunächst als Ersatz. Für alle anderen als gewerblich oder kaufmännisch Beschäftigte bleibt damit eine Lücke im Gesetz, da ihre Unterstellung unter eins der genannten Gerichte noch keine endgültig befriedigende Entscheidung darstellt.

**Fürsorgewesen** Am 26. September 1923 hat der Verein für öffentliche und private Fürsorge bei der Reichsregierung dringend beantragt die Wohlfahrtspflege der gegenwärtigen Finanzlage anzupassen. Eine Gesundung der Finanzen könne nur eintreten, wenn neben einer Produktionshebung die Ausgaben der vorhandenen Deckung angepaßt werden. Dabei könne aber die Wohlfahrtspflege keine mechanischen Abstriche und Sparsamkeitsrücksichten vertragen, sondern Staats- und Wirtschaftsinteressen müssen in der Wohlfahrtspolitik zur rechten Kombination kommen. Im einzelnen verwirft die Denkschrift den gegenwärtigen Zustand

der besonderen Fürsorgemaßnahmen für jede neuauftretende Gruppe Hilfsbedürftiger, den unübersehbar und teuer arbeitenden Behördenapparat, der an die Stelle der Gemeindeselbstverantwortung der Wohlfahrtsangelegenheiten getreten ist. Der wesentlichste positive Vorschlag ist die Forderung eines Reichsgesetzes, das die Regierung ermächtigt einen bestimmten Kreis von Wohlfahrtsgesetzen für 3 Jahre ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen und statt dessen Notstandsmaßnahmen zu erlassen, die eine einheitliche Fürsorge an Stelle der bisher gesonderten Einrichtungen vorsehen. Für arbeitsscheue und unwirtschaftliche Personen ist die Hilfeleistung aufs äußerste einzuschränken; dagegen ist alten Leuten der Unterhalt sicherzustellen. Die mit der Fürsorge beauftragten Gemeinden sind finanziell so zu stellen, daß sie im Rahmen der Gesetze selbständig über die Mittel verfügen können. Zur Entlastung der Berufskräfte ist auf eine Vermehrung der ehrenamtlichen Kräfte zu dringen.

**Informationsmittel** In der Guttentagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erschien eine Sammlung von *Wohlfahrtsgesetzen* des Deutschen Reichs und Preußens, die von Heinrich Behrend und Helene Stranz-Hurwitz zusammengestellt wurde. Ein treffliches Handbuch mit wertvollen Erläuterungen und Literaturangaben.

Die Vereinigung der deutschen *Arbeitgeberverbände* hat ihren Geschäftsbericht über das verflossene Kalendervierteljahr veröffentlicht. Im einzelnen seien die folgenden Punkte erwähnt: Der Sozialpolitische Ausschuß forderte die gesetzliche Festlegung des Zwangs zur Leistung vereinbarter Überstunden. Durch das Betriebsrätegesetz sind wesentliche Reibungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht vorgekommen; doch haben sich auch die Hoffnungen auf die Betriebsräte seitens der Arbeitnehmer nicht erfüllt. Das Streikrecht wird abgelehnt, da es staats- und wirtschaftsschädlich ist. Die künftigen Arbeitsgerichte sollen in die ordentlichen Gerichte eingegliedert werden.

**Kurze Chronik** Vom 11. bis zum 13. Oktober 1923 fand in Basel die 11. Tagung der *Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz* statt. Die deutsche Sektion wurde, nach mancherlei Änderungen, durch Ludwig Heyde, Rudolf

Hirtsiefer und Alfred Fürthmann vertreten. Die Hauptarbeit lag wieder bei den Kommissionen. Von ihnen beschäftigte sich eine mit Angestelltenfragen; sie befürwortete weitestgehende gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Privatangestellten. Eine andere Kommission behandelte Betriebsrätefragen; sie stellte dann in einer Resolution fest, daß die Betriebsräte als Organe der Arbeitervertretungen in den Betrieben im wesentlichen anerkannt sind und sich als nützlich erwiesen haben.  $\diamond$  Der Geschäftsbericht für die 27. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am 12. Mai 1923 in Berlin brachte eine Darstellung über die erschreckende Zunahme der Tuberkulose und die gleichzeitige Knappheit an Mitteln zur Abwehr. Von 10000 Einwohnern der Großstädte starben im 1. Quartal 1921 18,0, 1923 20,8, wobei der Anteil der Kinder bis zum 15. Lebensjahr besonders groß ist.  $\diamond$  Die thüringische Regierung hat am 8. August 1923 eine Verordnung zur vorläufigen Ausführung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes erlassen. Den Wohlfahrtsämtern sind die Aufgaben der Jugendämter zugewiesen worden. Ein Fachausschuß für Jugendwohlfahrt ist bei jedem Wohlfahrtsamt zu bilden.  $\diamond$  Entsprechend den Grundsätzen der Arbeitskonferenz in Washington für Länder mit besonderen Verhältnissen erschien am 29. März 1923 in China ein Präsidentschaftserlaß, nach dem die Arbeitszeit in Fabriken auf 10 Stunden täglich für Erwachsene und 8 Stunden täglich für Jugendliche unter 17 Jahren normiert wurde; die Nachtarbeit für Jugendliche wurde verboten, der Wöchnerinnenschutz eingeführt.

**Literatur** Über die Fragen der Jugendwohlfahrt unterrichtet ein Werk *Heinrich Webers* Jugendfürsorge im Deutschen Reich, das als 6. und 7. Heft der Schriften der deutschen Politik /Freiburg, Herder & Co./ erschienen ist. Es ist warmer Empfehlung wert.  $\diamond$  Die ersten beiden, schnell vergriffenen Auflagen von *Ludwig Heydes* Abriß der Sozialpolitik /Leipzig, Quelle & Meyer/ legen Beweis von der Gründlichkeit und historischen Gerechtigkeit des Sachkenners ab. Die nunmehr vorliegende 3. und 4. Auflage verblüfft geradezu durch die sachliche gedrängte Form, in der uns die Fülle des Stoffs, und zwar so, wie er heute Gestalt und Bedeutung hat, entgegentritt: ein Überblick über die Sozialpolitik, der seinesgleichen suchen kann.

Wirtschaft / Max Schippel

**Marktstabilisierung** Nach einer niederdrückenden langen Periode der Rat- und Tatenlosigkeit hat Deutschland sich zu dem Versuch emporgerafft die Papiermark durch eine Reihe künstlicher Eingriffe und Schutzdämme wenigstens auf einen, wenn auch minimalen Bruchteil der Goldmark beziehungsweise des Golddollars zu stabilisieren. Dieser Bruchteil spiegelt in seiner mikroskopischen Größe (1 Billion Papiermark = 1 Goldmark) freilich den ganzen beispiellosen Verfall der deutschen Währung hüllenlos wider. Aber seit dem 15. November 1923 ist nunmehr doch die unbegrenzte Inflation, wenigstens soweit die Reichsfinanzleitung in Frage kommt, abgeschnitten. Die Notenpresse ruht seitdem, verkündete Luther ostentativ an der Jahreswende, allerdings mit dem weniger bemerkten Hinzufügen: ruht »für Zwecke des Reichs« bei der Reichsbank. Seit dem 20. November war alsdann in der Tat das neue Goldpari vorläufig aufrechtzuerhalten. Von einem Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen des Reiches, dieser einen unentbehrlichen Vorbedingung einer dauernd gesicherten Stabilisierung, war jedoch erklärlicherweise noch lange nicht die Rede, und die außerordentlichen vorläufigen Zuschüsse der Rentenbank an das Reich waren mit erschreckender Raschheit aufgebraucht. Bei den großen Zuschußbetrieben der Reichsbahn und Post, deren Loslösung von der unmittelbaren Verbindung mit den Reichsfinanzen gleichzeitig (vom 16. November ab) erfolgte, gingen zunächst die Fehlbeträge nur herunter, so daß das Reich doch weiter mit Betriebsmittel- "zwischenkrediten" bespringen mußte, über deren spätern wirklichen Rückfluß an das Reich niemand etwas Bestimmtes vorauszusagen vermag. Immerhin sank bei der Reichsbahn der tägliche (!) Zuschußbedarf dekadentweise allmählich herab: von 30,4 Millionen Goldmark in der Zeit vom 21. bis zum 30. November 1923 auf 18,4 Millionen in der Zeit vom 1. bis zum 10. Dezember, 13,6 zwischen dem 11. und dem 20. Dezember und 10,8 Millionen am Monatsende; mit dem Anfang des Jahres 1924 glaubte die Verwaltung halbwegs das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erreichen zu können. Das Reich selber wollte bis zum 20. Dezember, unter Inanspruchnahme des unverzinslichen 200 Millionen-Kredits bei der neugegründeten, auf der Bürgschaft von Landwirtschaft, In-

dustrie und Handel ruhenden Rentenbank, mit seiner schwebenden Schuld bei der Reichsbank im wesentlichen aufgeräumt haben, wie überhaupt in Zukunft mehr und mehr Reich und unabhängiger, mit den deutschen Produktionsgrundlagen enger verbundene Rentenbank sich gegenüberstehen sollten.

**Schwierigkeiten** Leider gibt dies alles bei unseren abnormen Zuständen keinen hinreichenden

Aufschluß über die dauernden Aussichten des ganzen Vorgehens. Denn nicht nur erfuhren bei der Reichsbank (deren Ausweise seit November mit bedauerlichster Verspätung erscheinen) die privaten Kredite seit der 2. Hälfte des Novembers eine neue Erhöhung: bei den Lombardforderungen zwischen dem 23. November und dem 15. Dezember von 7 auf 74,3, bei den Wechselbeständen von 307,8 auf 371,3 Trillionen Mark. Sondern der Notenumlauf selber zeigte bei der Reichsbank nach wie vor eine befremdende Ausdehnung in der 2., 3. und 4. Novemberwoche um 13,7, dann 131,1, dann 176,3 Trillionen Mark. Die 1. Dezemberwoche brachte einen kleinen Herabgang um 10¼, die 2. Dezemberwoche schon wieder eine Vermehrung (um 24,2 Trillionen auf im ganzen 414,17 Trillionen Mark). Und dies alles neben den gleichzeitig in Umlauf gebrachten Rentenbankscheinen (30. November 767,9 Millionen Rentenmark, 31. Dezember 1241 Millionen Rentenmark). Nur das Notgeld, das Staaten, Gemeindeverbände, Gemeinden, Handelskammern und Großfirmen in beängstigender Fülle herausgaben, mag seinen Rückfluß merkbarer vollziehen; doch selbst hierüber vermag man nicht mit unbedingter Klarheit zu urteilen, und die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und dem Freistaat Sachsen über die kleinen Anleihestücke, die immer wieder die Funktion eines Zahlungsmittels annehmen können, ließ den Fortbestand mancher Nebenquelle der Inflation ahnen. Bestenfalls kann man das allmählich fast durchgehende Herabgleiten des allgemeinen Preisniveaus zum Anhalt für die Inflationsunterbrechung nehmen, aber andererseits stieg in der Woche vom 5. bis zum 11. Januar der Großhandelsindex wiederum um 1,6 % gegen die Vorwoche (von 134,61 auf 136,83, Ende 1913 = 100 zugrunde gelegt!).

**Reparation und Mehrproduktion** Der Blick richtet sich unter solchen Umständen um so mehr auf die in letzter Linie stets grundlegende Reparations-

und Produktionsfrage. Durchschlagende tatsächliche Fortschritte sind hier zwar noch in keiner Weise zu verzeichnen, aber die öffentliche Meinung zeigte zuletzt unverkennbar einen hoffnungserweckenden wesentlichen Umschwung zum Bessern. Besonders wertvoll ist dabei, daß innerhalb der deutschen Großindustrie, vor allem der Schwerindustrie des Westens, der Gedanke der Verständigung mit Frankreich zusehends an Anhang gewinnt, während die Arbeiterschaft nach langem Widerstreben die Notlage der deutschen Produktion und die zeitweilige Notwendigkeit einer energischen Mehrproduktion, unter Mitheranziehung der Arbeiter selber, anerkennt. Daß diese letzte wachsende Bereitwilligkeit in die Zeit der schlimmsten Krisis der Wirtschaft und der geringsten Macht der Arbeiter fällt, während man früher alle unumgänglichen Regelungen in vollkräftigem paritätischen Zusammenwirken mit den Produktionsunternehmern hätte treffen können, gibt der ganzen seinerzeit vorauszu sehenden Entwicklung allerdings einen sehr bitteren Beigeschmack. Aber nur eine Wiederkräftigung der Produktion kann unter solcher Lage der Dinge zugleich die nicht ohne eigene Schuld verlorene Position der Arbeiterorganisationen wieder verbessern, und vollständig ausschalten läßt sich selbst zurzeit die Mitwirkung und Zustimmung der Arbeiter überhaupt nicht. Das Abkommen zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Bergbau und der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines (das Düsseldorf Abkommen vom 27. November 1923) ist die erste außenpolitische Tat in der einzig erfolversprechenden Richtung, ähnlich wie es seinerzeit die Rathenau- und Lubersac-Stinnes-Entwürfe waren. Sehen die Arbeiter erstmals durch solche und weiter sich anschließende Lieferverträge (oder auch Anteilsverträge im Rechbergschen Sinn) einen rettenden Ausweg vor sich, so werden sie auch für die notwendigen Produktionsfolgerungen volles Verständnis zeigen. Große Industrie und Arbeiterklasse sind für uns nach wie vor die beiden Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft in Gegenwart und Zukunft.

**Valutabewertung**

Dem englischen Pfund Sterling gelang es auch im Jahr 1923 nicht sein altes Goldpari gegenüber dem amerikanischen Dollar (4,86<sup>2</sup>/<sub>10</sub>) zu erreichen: für ein Pfund erhielt man in London am 1. Januar 1923 4,31<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Dollars New York, am 27. Dezember immerhin erst 4,33<sup>7</sup>/<sub>10</sub> bis 4,35<sup>1</sup>/<sub>10</sub>.

Dollars, Französischer Franc und Pfund Sterling standen sich am Anfang und Ende des Jahres in fast unveränderter Relation gegenüber: man erhielt in London für 1 Pfund Sterling am 1. Januar 84,48 Francs (Goldpari der Friedenszeit allerdings 25,22 $\frac{1}{2}$ ), am 27. Dezember 84,80 bis 86,35 Francs. Das beträchtliche Sinken des Franc im Januar 1924, dem übrigens ein ziemliches Sinken des Pfundes Sterling, am Dollar gemessen, zur Seite ging (am 18. Januar 1924 erhielt man für das Pfund Sterling nur noch 4,23 Dollars, andererseits 93,20 Francs), dürfte vorwiegend auf politische Ursachen vergänglicher Art zurückzuführen sein. Denn die französische Produktion hält in ihrem günstigen Aufschwung, vor allem in der Eisenindustrie, an, und zwischen dem Ende 1923 und 1922 brauchte die Bank von Frankreich, bei der umsichtigen Finanzgebarung des Staates, ihre Notenausgabe nur von 37 426 auf 39 114 Millionen Francs, also um noch nicht 4 % zu steigern. Nach der programmatischen Parlamentsrede Poincarés und der Stellungnahme der französischen Kammer vom 17. Januar wird man in Paris selbst unter den schwersten Steueropfern das Budgetgleichgewicht zu sichern und jede inflatorisch wirkende Inanspruchnahme der Notenpresse zu vermeiden suchen, so daß die Zerrüttung des Francurses kaum von längerer Dauer sein dürfte. Der vielerörterte Januarzwischenfall beweist allerdings, daß auch Frankreich an einer Verständigung mit Deutschland schon aus finanziellen Gründen viel liegen muß. Daß es sie erstrebt, kommt immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein.

#### Totenliste

Am 20. März 1923 starb in Berlin der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank *Rudolf von Koch*, 76 Jahre alt, Koch hat diesem größten deutschen Bankinstitut 4 Jahrzehnte hindurch in führender Stellung angehört. Er entwickelte dort vornehmlich das Kontokorrent- und das Überseegeschäft. Er bemühte sich außerordentlich um die finanzielle Erschließung der Türkei, die ihn 1905 zum Generalkonsul ernannte. Ende 1909 schied Koch aus der Direktion der Deutschen Bank aus und trat in den Aufsichtsrat ein, dessen Vorsitzender er seit 1914 war.

Am 8. April starb in Berlin der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller und langjährige Vorsitzende des Direktoriums der Kruppgesellschaft *Max Roetger*, im Alter von 63 Jahren.

*Roetger*, der seine Laufbahn als Landrat im Ruhrgebiet begann, spielte in den genannten Stellungen in der deutschen Wirtschaft eine bedeutende Rolle. Im Krieg saß er dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie vor.

Am 11. Juli starb, im Alter von 73 Jahren, *Adolf Kirdorf*, an den Folgen einer Lungenentzündung. Seine richtige Einschätzung des Thomasverfahrens für die Verhüttung der deutschen Erze brachte zunächst dem von ihm geleiteten Aachener Hüttenverein Rote Erde eine glänzende Entwicklung, die dann im Jahr 1907 ihre Krönung in der Verschmelzung mit der Gelsenkirchner Bergwerksaktiengesellschaft fand. Auch die Schaffung des Stahlwerksverbandes war wesentlich *Adolf Kirdorfs* Werk.

#### Informationsmittel

Das britische Department of Overseas Trade hat die Wirtschaftsberichterstattung in den wichtigeren Reichsteilen wie in den fremden Staaten in den jüngsten Jahren wesentlich vervollkommenet und stellt der breitem Öffentlichkeit die Berichte außerdem rasch und billig zur Verfügung. Ein gutes Beispiel dieses, bei unseren deutschen Finanzverhältnissen leider schwer nachahmbaren Fortschritts liegt in dem mehr als 200seitigen Bericht über die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten* vor (Report on the Economic, Financial and Industrial Conditions of the United States of America in 1922 /London, His Majesty's Stationery Office/). Sein Verfasser ist der Handelsattaché (Commercial Counsellor) bei der britischen Botschaft in Washington *J. Joyce Broderick*, der sich aber für einzelne Gebiete wie die Finanzübersicht zugleich der Beihilfe anderer Kräfte der Botschaft erfreute. Mit dem Jahr 1922 wird vielfach zugleich die ganze Kriegs- und Übergangsperiode behandelt. Der Abschnitt über die Arbeiterfrage ist etwas kurz ausgefallen; immerhin verrät er doch die überall zunehmende Erkenntnis für die wachsende Bedeutung auch dieses früher vernachlässigten Gebiets. Als sehr brauchbarer Führer durch die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft (Hineinwachsen in den Industriestaat, die Verschiebungen in Ein- und Ausfuhr, die Wandlungen der Handelsbilanz, das Aufsteigen zur internationalen Gläubigerstellung, die Rolle der Transportmittel, des Finanzkapitals und der staatlichen Förderung beim Außenhandel) sowie durch die heute im Vordergrund stehenden praktischen Außenhandelsfragen sind des Professors der

Betriebswissenschaften an der Yaleuniversität Avarad Longley Bishop *Outlines of American Foreign Commerce* /Boston, Ginn & Co./ zu empfehlen. Der Standpunkt des Verfassers ist, wie wir in Europa sagen würden, der eines gemäßigten Liberalismus, der beispielsweise die nationale Rolle einer Schutzzollpolitik nicht verkennt, jedoch immer wieder auf die Notwendigkeit von Einfuhren als Gegenleistung für die Ausfuhren hinweist. Gedacht ist das Buch als Studienunterlage für Handelshochschulen. Die beigefügte Bibliographie ist sehr dankenswert.

Mit Neid werden wir in Deutschland ferner auf die Tätigkeit des amerikanischen National Bureau of Economic Research blicken müssen. Der Ausschuß wurde auf reicher finanzieller Grundlage im Jahr 1920 gegründet, um durch objektive Untersuchungen, hauptsächlich statistischer Art, die Erörterung und Klärung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu fördern. In der Leitung sitzen Verwaltungssachverständige wie T. S. Adams vom Schatzamt, Wissenschaftler wie Commons und Young von der Harvarduniversität, Arbeiterführer wie Frey von den Formern und Frayne von der Federation, neben Bank- und Industriegrößen und Sozialpolitikern. Das Werk über die Einkommensgestaltung in den Vereinigten Staaten (*Income in the United States, its Amount and Distribution, 1909 to 1919*) ist zweifellos tieferschürfend und hochinteressant, weil in den Vereinigten Staaten neben der seit der Bundeseinkommensteuer einheitlich vorliegenden Einkommensstatistik zugleich eine ergänzende, recht hochentwickelte Produktionsstatistik zur Grundlage dienen konnte. Auf das Ergebnis, das auf die Größenverhältnisse zwischen Mehrwert und Lohn ein helles Licht wirft, wird man gelegentlich noch zurückzukommen haben.

In den Veröffentlichungen der Pollak Foundation for Economic Research bringt William A. Berridge von der Brownuniversität das Auf und Ab der Beschäftigungslosigkeit während der letzten 20 Jahre, mit Zuhilfenahme reicher statistischer Tabellen und Zeichnungen, zur Darstellung (*Cycles of Unemployment in the United States 1903 to 1922* /Boston, Houghton Mifflin Company/). Die splendid ausgestattete Schrift reiht sich einer neuerdings recht reichhaltig gewordenen Literatur über die Konjunkturperioden an, der F. Ernest Richter im Novemberheft des *Quarterly Journal of Economics* /Cambridge, Harvard University/ eine eingehende Besprechung widmet.

Eine treffliche kurzgefaßte *Wirtschaftsgeographie Deutschlands* bietet Kurt Hassert in einem Bändchen der Sammlung *Wissenschaft und Bildung* /Leipzig, Quelle & Meyer/: Das Wirtschaftsleben Deutschlands und seine geographischen Grundlagen. Über gegebenen natürlichen Grundlagen sehen wir hier den Hochstand der Entwicklung sich erheben, den 40 Friedensjahre für Deutschland brachten; die einschneidenden Umgestaltungen durch Krieg und Nachkriegszeit gelangen gleichfalls zur Darstellung, mit einer Fülle von präzisen Angaben, ohne doch lange Zahlentabellen überwuchern zu lassen. Es ist nicht bloß eine fleißige sondern zugleich eine anziehende gelehrtenarbeit für weiteste Leserkreise. Eine Neubearbeitung von Artur Nordens *Welthandelswaren* (7. Band der Handelshochschulbibliothek /Leipzig, G. A. Gloeckner/) hat Hans Hirschstein, der Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung, übernommen. Der Entwicklung und den Besonderheiten des Weltmarkts für Getreide, Baumwolle, Wolle, Zucker, Kaffee ist die vorliegende 1. Folge gewidmet.

Von Alfred Manes' inhaltreichem und immer von neuem "aktueller" werdenden wirtschaftlich-rechtlichem Werk über *Staatsbankrotte* /Berlin, Karl Siegmund/ liegt bereits die 3., wesentlich veränderte und ergänzte Auflage vor.

**Kurze Chronik** Der bisherige Reichswährungskommissar und frühere Direktor der Darmstädter und Nationalbank *Hjalmar Schacht* wurde nach dem Vorschlag des Reichsrats zum Reichsbankpräsidenten, als Nachfolger Havensteins, ernannt. Schacht behielt seine Stellung als Währungskommissar neben seiner neuen Stellung bei. ◊ Zwischen *Deutschland und den Vereinigten Staaten* kam es am 8. Oktober 1923 zur Unterzeichnung eines neuen umfassenden Handelsvertrags, der nach amerikanischer Art zwar keinerlei Tarifiermäßigungen und Tarifbindungen enthält, dafür jedoch der Zollklausel die frühere (angebliche) Unklarheit und zwar in der Richtung der europäischen Auffassung der Meistbegünstigung (im Gegensatz zur Reziprozität) entzieht. Die Vereinigten Staaten wollen der Reihe nach alle ihre überkommenen Handelsverträge einer hauptsächlich formalen, größeren Bestimmtheit anstrebenden Revision unterziehen. ◊ In *Großbritannien* betrug die Arbeitslosenzahl am 31. Dezember 1923 noch immer 1 250 100 (am 24. Juni 1921, auf ihrem Höhepunkt, 2 044 655). Den Lebens-

kostenindex gibt die Labour Gazette im Dezember mit 176 an (Juli 1914 = 100), die nominelle Lohnhöhe Ende September mit 170, so daß, unter Berücksichtigung der ausgedehnteren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, zweifellos ein nicht unbedeutliches Mißverhältnis zwischen Lohn- einkommen und notwendigem Lebensaufwand der Arbeiter als Gesamtklasse gegenüber der Vorkriegszeit bleibt. ◊ Für die *Vereinigten Staaten* setzt die regelmäßig durchgeführte Vergleichsstatistik des Professors Irving Fisher den Indexpreis von 1913 = 100 und kommt dann für 1923 zu einem Jahresindex von 158 und zu einem Dezemberindex von 151. ◊ Das *Erdbeben in Japan*, im Oktober 1923, zerstörte in Tokio 6962 Betriebsstätten, die zu Steuerzwecken mit 380 Millionen Yen eingeschätzt waren. 1906, bei dem Erdbeben in San Francisco, rechnete man insgesamt mit einer Wertvernichtung von 1400 Millionen Mark, davon wurden aber mindestens 740 Millionen von den englischen, französischen, deutschen und anderen Feuerversicherungsgesellschaften zurückerstattet, während seitdem die Versicherungsunternehmungen die ihnen gefährliche Erstattungsklausel gestrichen haben.

#### Literatur

Über den Soziallohn und seine wirtschaftliche Bedeutung brachten kürzlich die Sozialwissenschaftlichen Forschungen /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/ eine fleißige Zusammenstellung des Materials und eine Übersicht über die Probleme und Strömungen, von *Gerhard Braun* bearbeitet. Hier interessieren uns vor allem die Ausgleichskassen, die bekanntlich Verschiebungen in der Konkurrenz bei stärkerer Beschäftigung von Verheirateten und Kinderreichen entgegenarbeiten sollen. ◊ Kritische Bemerkungen über das internationale Nachrichtenwesen vor und nach dem Weltkrieg veröffentlicht der Chefredakteur der Transozeangesellschaft *Wilhelm Schwedler* (Die Nachricht im Weltverkehr /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/). Der Leser erhält hier nicht nur einen guten Einblick in die Technik und Wirkungssphäre der großen Organisationen vom Schlag der Reuter, Havas, Wolff, der Associated und der United Press, in die Gegenwart und Zukunft des Funksprechdienstes sondern auch wertvolle Einblicke in die eigenartige Stellung Deutschlands gegenüber den großen Konzernen und der Zeitungswelt des Auslands. ◊ Die Vereinigten Staaten von Amerika

haben seit dem Krieg grundstürzende Änderungen in der Steuergesetzgebung vornehmen müssen. Ausführlich berichtet darüber unter Berücksichtigung der schwebenden interalliierten Finanzprobleme *Ludwig Glier* (Steuern und Schulden der Vereinigten Staaten von Amerika, 82. Heft der Schanz und Wolfischen Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, Ferdinand Enke ). ◊ 2 bedeutende handelspolitische Werke, die zur Zeit der britischen Präferentialzollpolitik doppelt willkommen zu heißen sind, verdanken wir amerikanischer Initiative. Einmal hat die *Tarifkommission der United States*, die in die systemlose, übermäßig von Parteizufälligkeiten abhängige Tarifpolitik der Vereinigten Staaten einen gründlicheren wissenschaftlichen Einschlag bringen sollte, eine 860 Seiten umfassende Denkschrift über *Colonial Tariff Policies* /Washington, Government Printing Office/ herausgegeben, die für die eigenartigen Beziehungen zwischen zentralen Mutterländern und kolonialen Reichsteilen die beste allgemeine Übersicht sowie die sorgsamst gesammelten Einzelangaben darbietet. Die Haltung Belgiens, Frankreichs, Deutschlands (und der Völkerbundssatzung betreffs der Nachfolgestaaten), Großbritanniens, Italiens, Japans, Hollands, Portugals, Spaniens, der Vereinigten Staaten selber werden der Reihe nach dargestellt, offenbar unter Zuhilfenahme eingehender amtlicher Berichte und Materialien, aber zugleich mit tieferschürfenden handelsgeschichtlichen Rückblicken. Während schon vorher den britischen Kronkolonien nicht weniger als 100 Seiten gewidmet waren, kommt der doppelt so viel umfassende Schlußteil nochmals auf das ausführlichste auf die Geschichte der Präferentialzollpolitik in England und in den einzelnen Selbstregierungskolonien zurück, wobei erklärlicherweise Canada ganz hervorragend berücksichtigt ist, so daß keine beachtenswertere Analyse der canadischen Handelspolitik überhaupt vorhanden sein dürfte. Offizielle, obwohl meist keineswegs bürokratische Organisationen der Vereinigten Staaten haben schon oft durch unbefangene wissenschaftliche Veröffentlichungen überrascht, unter ergiebigster Heranziehung der Fachleute von Fall zu Fall und unter Mitteilung zugleich einer reichhaltigen Literaturübersicht für jedes behandelte Gebiet. Das vorliegende Werk reiht sich würdig solchen Vorgängern an. Der einleitende allgemeine und zusammenfassende Abschnitt ist übrigens auch gesondert er-

schienen, unter dem Titel *Introductory Survey of Colonial Tariff Policies*. ◊ Das andere Standardwerk hängt mit der Carnegiestiftung für internationale Friedensförderung zusammen. *Edward Porritt* behandelt hier unter Benutzung und zum Teil unter anhangsweise wörtlichem Abdruck eines erschöpfenden parlamentarischen und regierungsamtlichen Materials das Thema *The Fiscal and Diplomatic Freedom of the British Oversea Dominions* /Oxford, The Clarendon Press/. Die alte merkantilistisch bevormundende Periode der englischen Kolonialpolitik, dann die sich durchsetzende Freihandelspolitik, die sich in England ja niemals bloß auf den Warenaustausch mit ebenbürtigen Staaten europäischen Kulturzuschnitts sondern vor allem auch auf überseeische koloniale Produktions- und Verfassungs- sowie auf die grundlegenden internationalen Schifffahrtsbeziehungen richtete, dann der Wiederumschwung erst übersee, besonders in Canada, schließlich jedoch gleichfalls im mütterländischen Zentrum, werden hier in konkreter Bestimmtheit vorgeführt, wie sie sich nur auf der vollkommenen Vertrautheit mit den parlamentarisch-amtlichen Vorgängen aufbauen kann. Leider ist der Gesamtaufbau des Werkes etwas locker, so daß Wiederholungen stören. ◊ Nicht ohne Reiz ist es die jüngste Periode der britischen Reichshandelspolitik in indischer Beleuchtung vorüberziehen zu lassen. Aus den Universitätskreisen von Bombay ist eine Schrift *Our Fiscal Policy*, von *C. N. Vakil*, hervorgegangen /Bombay, D. B. Taraporevala Sons & Co./, Der 2. Teil, über die selbstregierungs-koloniale und die heimisch britische Entwicklung, beansprucht hier weniger Selbständigkeit sondern ruht vorwiegend auf den Schriften von Keith, Porritt und Jebb. Dagegen sind der 1. und der 3. Teil: die Geschichte der indischen Fiskalpolitik und die Zergliederung des jüngsten (1922) Berichts der indischen Zollkommission sehr beachtenswert. Der Verfasser steht, wie wohl die meisten der heranwachsenden indischen Intellektuellen, auf dem Standpunkt: daß die alte Handelspolitik zu sehr von nicht-indischen Erwägungen, vor allem den Interessen Lancashires, beeinflusst worden sei, daß Indien sich jedoch nicht an der Entwicklung zu einer höhern industriellen Stellung hindern lassen werde, und daß seit dem Weltkrieg und der größeren politischen und handelspolitischen Selbständigkeit Indiens den Zöllen eine breitere und tiefere Entfaltung zu-fallen werde.

### Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampfmeyer

Rußland

Das west- und mitteleuropäische Gewerkschaftswesen hat den selbstgewollten individuellen Anschluß des Proletariats an wirtschaftliche Kampforganisationen der Arbeiter zur Voraussetzung, an Organisationen, die ihre ganze wirtschaftliche, soziale und kulturelle Politik in öffentlichen Versammlungen, auf Kongressen usw. selbständig bestimmen und die Beschlüsse ihrer lokalen und zentralen Körperschaften durch selbstgewählte Beamte ausführen lassen. Gewerkschaftliche Organisationen dieser Art hat Rußland in den Jahren 1918 bis 1921 nicht gehabt. Die Zugehörigkeit des russischen Arbeiters zu den gewerkschaftlichen Verbänden war durchweg nur formeller Art. »Der Beitritt zu einer Gewerkschaft« schreibt S. Schwarz in seinem Rückblick über die russische Gewerkschaftsbewegung (5. Heft der Schriftenreihe des Internationalen Gewerkschaftsbundes /Amsterdam, Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes/) »war eine notwendige Folge einer Einstellung als Arbeiter oder Angestellter, so daß der Anschluß an die betreffende Organisation automatisch, ohne jede Willensäußerung seitens des "neuen Mitgliedes" vollzogen wurde. Mitgliedsbeiträge wurden entweder gar nicht erhoben oder ebenso automatisch vom Lohn abgezogen. Von einem innern Zusammenhang zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitern konnte unter diesen Umständen keine Rede sein, und bei den Funktionären der Gewerkschaften bildete sich in ausgeprägtester Form das Bewußtsein der Verantwortungslosigkeit aus.« Die Gewerkschaften waren zu willenlosen Instrumenten der bolschewistischen Bürokratie herabgewürdigt worden. Die Erkenntnis dieser unwürdigen wirtschaftlichen und sozialen Lage war im Herbst 1922 den russischen Gewerkschaften völlig aufgegangen. Ende September 1922 faßte nämlich der 5. russische Gewerkschaftskongreß den Beschluß: »Die gegenwärtig den Gewerkschaften obliegenden Aufgaben können nur bei engem Anschluß der Gewerkschaftsmitglieder an ihre Gewerkschaft erfüllt werden. Die beste Form eines solchen engen Kontaktes, die auch unbedingt verwirklicht werden soll, ist die individuelle Mitgliedschaft.« Die Gewerkschaftsbeiträge flossen wesentlich aus der Staatskasse. Im Jahr 1921 betrug die Mitgliederbeiträge nur 0,1%. Die Gewerkschaftsbürokratie

selbst war ein Organ der Staatsverwaltung. Sie löste sich völlig von der Masse der Mitglieder los, die durchweg, ohne gefragt zu werden, den Gewerkschaften amtlich zugezählt wurden. Am 1. Juli 1921 zählte man 8 453 362 Mitglieder. Als Gewerkschaftsmitglieder wurden unter anderen selbständige Kleinproduzenten, selbständige für staatliche Rechnung arbeitende Kleinunternehmer und Teilnehmer der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe gezählt. 1922 war die Mitgliederzahl der Gewerkschaften auf 4 546 097 zurückgegangen. Halbproletarische Elemente hatten sich aus den Gewerkschaften entfernt, zahlreiche Entlassungen waren erfolgt; und dann waren vor allem die Methoden der Mitgliedererfassung verbessert worden.

Die russischen Gewerkschaften betätigten sich bis 1922 im wesentlichen als bürokratisch gegängelte Vereinigungen zur Herabdrückung der Löhne und zur Verhinderung von Streiks. Im letzten Jahr läßt sich aber eine Wendung in der Entwicklung der russischen Gewerkschaften feststellen. Waren sie bisher völlig bürokratisierte Verwaltungsorgane in Arbeiterangelegenheiten, so beginnen sie jetzt sich wieder in Organe der Vertretung der Arbeiterinteressen umzugestalten. Dieser Umgestaltungsprozeß hängt im wesentlichen mit der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft in Rußland zusammen. Sehr beachtenswert ist das Urteil Schwarz' über die neue Wendung in der russischen Gewerkschaftspolitik: »Wir haben bereits gesehen,« schreibt er »wie der Gedanke die Verbandsmitgliedschaft zu bürokratisieren Schiffbruch erlitt. Trotz allem Zögern werden die Gewerkschaften sich dazu bequemen müssen zur individuellen Mitgliedschaft und zur individuellen Beitragserhebung überzugehen. Dies ist ein Prozeß, dessen Folgen von Bedeutung für die gesamte russische Gewerkschaftsbewegung sein werden, ein Prozeß, der letzten Endes darin mündet die Gewerkschaften zu Vollzugsorganen des organisierten Massenwillens der Arbeiter zu machen. Die Gewerkschaften haben ihre Lohndrückungspolitik aufgeben müssen, sie sind gezwungen worden sich für die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse einzusetzen.«

**Bildungsarbeit** Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß /1905/ begründete Sassenbach folgenden Antrag: »Die Generalkommission wird beauftragt der Frage der Errich-

tung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse näherzutreten. Sie erhält das Recht die für die Lehrkräfte und Unterrichtslokale nötigen Kosten herzugeben.« Seit dem Kölner Kongreß ist die Bildungsarbeit der Gewerkschaften planmäßig erweitert und vertieft worden. Diese veranstalteten vom 20. August bis zum 15. September 1906 zur Fortbildung der Kartellbeamten, Arbeitersekretäre, Gauleiter und Statistiker ihren 1. Unterrichtskursus in Berlin, der folgende Gebiete umfaßte: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung (Legien), Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland (Umbreit), Die Gewerkschaftsbewegung im Ausland (Bernstein), Die Versicherungsgesetzgebung (Robert Schmidt), Arbeiterschutz (Umbreit), Der gewerbliche Arbeitsvertrag (Katzenstein), Nationalökonomie (Schippel), Kartelle und Unternehmervereinigungen (Calwer), Einführung in die Statistik (Schippel), Gewerkschaftliche Literatur (Sassenbach), Buchführung und kaufmännischer Verkehr (Buchwald). Die Zahl der Unterrichtsstunden betrug 96, die der Diskussionsstunden 48. Mit dem Kriegsbeginn hörten diese Kurse auf, die im ganzen 1417 Hörer in 22 Lehrgängen fortbildeten. Die größte Zahl der Hörer entsandten die Bauarbeiter: 327.

Zur Unterstützung und Förderung des Arbeiterinnensekretariats veranstaltete die Generalkommission eine Vortragsreihe über Probleme der Frauenarbeit. Mehrere Hundert Hörerinnen unterrichteten sich über Entwicklung und Begriff der Frauenfrage, über Ehe und Arbeit, über Mutterschaft und Ehe, über Frauenlöhne und Frauenorganisation und über die Bedeutung der Frauenarbeit für die Entwicklung der Gesellschaft.

Besonderes Interesse brachten dann die Gewerkschaften der Fortbildung der Arbeitersekretäre entgegen. Der 1. Unterrichtskurs für Arbeitersekretäre versammelte 25 Sekretäre vom 20. September bis zum 19. Oktober 1909 um sich. Er erstreckte sich über folgende Gebiete: Arbeiterversicherung (24 Stunden), Öffentliches Recht, Staatsbürgerrecht (20 Stunden), Strafrecht und Strafprozeß (20 Stunden), Zivilprozeßordnung und Verfahren vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht (12 Stunden), Arbeiterschutz (16 Stunden), Arbeitsvertrag (24 Stunden). An 4 Kursen nahmen im ganzen 115 Hörer teil.

Das gewerkschaftliche Bildungswesen war in flotten Aufstieg begriffen, da unterbrach der Krieg diese in die Tiefe gehende Kulturarbeit der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften wirkten nun sehr wesentlich in den wirtschaftlichen Kriegsorganisationen mit. Nach dem Krieg schwoll die Gewerkschaftsbewegung lawinenartig an. Massenhaft fluteten in die Gewerkschaften junge wirtschaftlich unerzogene Elemente hinein, die in diesen Organisationen nur Instrumente des Lohnkampfs sahen. Die Erweiterung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit war eine unumgängliche Notwendigkeit geworden. Sie wurde besonders klar vor dem freigewerkschaftlichen Ortsausschuß in Köln am Rhein begriffen, der unter der Leitung des Wirtschaftshistorikers Bruno Kuske das Freigewerkschaftliche Seminar für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft schuf. Seit Januar 1922 wird auf den systematischen Ausbau der Betriebswissenschaft ein besonderer Nachdruck gelegt. Der Unterricht selbst liegt in den Händen von Akademikern. Die Versuche der freien Gewerkschaften ihre Beamten planmäßig für die Verwaltungsarbeit der Organisationen heranzubilden werden in dem Werk Fritz Gumperts Die Bildungsbestrebungen der freien Gewerkschaften /Jena, Gustav Fischer/ objektiv und meist zutreffend beurteilt. Dem geschulten Beamtentum schreibt Gumpert das Verdienst zu die Massen vor der kommunistischen Verseuchung geschützt und in diesen wieder die Streikdisziplin gefestigt zu haben. Er schreibt nämlich: »Es ist den freien Gewerkschaften mit Hilfe eines großen Teils einsichtiger und kenntnisreicher Führer in weitem Umfang gelungen den zersetzenden Einfluß kommunistischer und syndikalistischer Schichten erheblich herabzuschrauben, so daß der Bestand der freien Gewerkschaften in Deutschland von dieser Seite nicht mehr so stark gefährdet erscheint, während im Auslande die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung vielfach durch die Nachwirkungen des Kriegs und die kommunistische Propaganda zerstört wurde, besonders in Frankreich und Italien.« Für die Heranbildung der gewerkschaftlichen Funktionäre kommen heute in erster Linie die Lehrgänge des Professors Johann Plenge an dem Staatswissenschaftlichen Institut in Münster, die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main und die Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und Düsseldorf in Frage. Für die Hebung der Allgemeinbildung der Gewerkschaftsmitglieder bemühten sich 551 Ortsausschüsse in besonderen Bildungskommissionen. Diese Ortsausschüsse suchten zum Teil die Zentrali-

sation der Verbandsbüchereien herbeizuführen. Im Jahr 1921 bestanden 738 gemeinsame Bibliotheken. Seit 1908 widmen sich die Gewerkschaften planmäßig der Fortbildung der Jugendorganisationen. Es waren etwa 500 000 Jugendliche im Jahr 1922 in den Gewerkschaften. Die großen Gewerkschaftsverbände besaßen fast alle besondere Jugendzeitungen und Jugendbeilagen, die den Verbandsorganen einverleibt sind. Die Verbandszeitungen selbst hatten 1922 eine Gesamtauflage von 9 Millionen Exemplaren. Zur Berufsausbildung der Gewerkschaftsmitglieder werden besondere Fachorgane von den Bäckern, Bekleidungsarbeitern, Buchdruckern, Holzarbeitern, Landarbeitern, Maschinisten, Schornsteinfegern, Tabakarbeitern und Textilarbeitern herausgegeben. Hervorzuheben sind das Fachblatt für Holzarbeiter und die Typographischen Mitteilungen des Bildungsvorstandes der Deutschen Buchdrucker. Übrigens bringen fast alle Verbandszeitungen von Zeit zu Zeit fachtechnische Beiträge.

Seit der Einführung des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 bestreben sich die deutschen Gewerkschaften die Betriebsräte technisch-wirtschaftlich und rechtlich-politisch für ihre neuen Aufgaben zu schulen. Ende 1922 wurde die Zahl der Betriebsräte und Betriebsobleute auf etwa 250 000 geschätzt, von denen 75 bis 80 % in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Die Schulung der Betriebsräte wurde im großen Stil von der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und dann im einzelnen von den örtlichen Betriebsrätesekretariaten organisiert. Die hier vorgetragenen Daten sind im wesentlichen aus dem vorher genannten Werk Fritz Gumperts geschöpft, das den Leser in die große Kulturarbeit, die von den Gewerkschaften auf dem Gebiet des Bildungswesens geleistet wird, vortrefflich einführt. Gumpert stellt die Bildungsbestrebungen als achtunggebende Leistungen in 3facher Hinsicht dar: »Sie sind sozialpolitisch ein Mittel geistige Grundlagen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten zu schaffen, wirtschaftspolitisch ein wertvolles Element zur Förderung des Arbeitsfriedens und zur Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft, kulturpolitisch endlich ein Stück Volksbildungsarbeit mit dem Ziele dem größten Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten neben besseren materiellen Lebensbedingungen kulturelle Werte zu vermitteln.«

**Totenliste** Am 5. September 1923 starb, 56 Jahre alt, *Hans Dreher*, einer der Begründer des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der jetzt Deutscher Verkehrsarbeiter heißt. Dreher war Redakteur des Verbandsorgans, des *Kuriers*, den er selbst ins Leben gerufen hat, nachdem die früheren Verbandsorgane, der *Handelshilfsarbeiter* und das *Korrespondenzblatt*, ihr Erscheinen eingestellt hatten. Seit einer Reihe von Jahren war Dreher auch Mitglied des Verbandsvorstands.

**Eigenpublikationen** Ein Jahrbuch des *Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes/ hat 1923 zu erscheinen begonnen. Es bringt nicht nur eine gedrängte Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung sondern eröffnet auch einen tiefen Einblick in die deutsche und internationale Arbeiterpolitik und in die Weltpolitik und Weltwirtschaft überhaupt. Das Jahrbuch ist dadurch für jeden Wirtschafts- und Sozialpolitiker eine Materialquelle von großer Bedeutung geworden. Die kulturelle Seite der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist in den Kapiteln Jugendorganisation und Lehrlingswesen und Bildungswesen kurz berücksichtigt worden.

**Kurze Chronik** Am 16. und 17. Oktober 1923 tagte in Amsterdam eine *internationale Seeleutekonferenz*, an der Vertreter aus 7 Ländern mit ungefähr 50 000 Mitgliedern teilnahmen. ◊ Am 17. Oktober tagten die 3 gewerkschaftlichen *Spitzenorganisationen* des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes. Sie forderten schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung, die Erhebung weiterer stärkerer Abgaben vom Besitz, die Aufrechterhaltung des Achtstundentags, die Behebung der Lebensmittelnot. Sie setzten einen Aktionsausschuß zur Führung des Abwehrkampfes gegen die Unternehmerschaft ein. (Die Arbeitszeitfrage ist mittlerweile, durch die Bereitschaft der Bergarbeiter wie auch anderer Arbeiterkategorien Mehrarbeit zu leisten, in ein anderes Stadium gerückt.)

**Literatur** In 2., umgearbeiteter Auflage ist das in dieser Rundschau mehrfach besprochene Werk *Siegfried Nestriepkes Die Ge-*

*werkschaftsbewegung* /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/ erschienen. Der vorliegende 3. Band behandelt eingehend die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften, die Syndikalisten, die Katholischen Fachabteilungen der konfessionellen Arbeitervereine und die gelben Organisationen. Sehr verdienstvoll ist Nestriepkes zusammenfassende Darstellung der Angestellten- und Beamtenbewegung. Überraschend schnell erwachsen aus chaotisch durcheinanderflutenden Organisationen aktionsfähige, festgefügte und zielklare Gemeinschaften. Nestriepke zeichnet die neuen Angestelltenverbände so: »Wohl bedingten die geringe gewerkschaftliche Schulung der breiten Angestelltenkreise und die Tradition aus den alten Verbänden noch manche Rückständigkeit, aber auch hier setzte sich die fortgeschrittenste Richtung, die freigewerkschaftliche, an die Spitze und verspricht bald mehr noch als bisher durch ihre Aktivität und Klarheit die anderen zurückzudrängen. Zugleich wird sie in ihren Anhängerkreisen selbst zweifellos immer mehr für klares gewerkschaftliches Denken und die notwendige Disziplin sorgen und dergestalt die in der Angestelltenschicht ruhenden wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte restlos fruchtbar machen für den Aufbau einer neuen gesunden Volkswirtschaft.« Noch mehr als die Angestelltenbewegung zeigt heute die Beamtenbewegung, daß der alte obrigkeitliche Staat durch die Novemberrevolution des Jahres 1918 in einen grundstürzenden Umwälzungsprozeß hineingezogen wurde. Die alte Beamtenschaft hatte den Charakter einer Kaste, die sich schweigend dem autoritären Staat mit seinen politischen Herrschaftszwecken unterordnete und nicht mit eigenem Willen und selbstständiger Zielstrebigkeit den Staat gestaltete. Heute ist eine Beamtenschaft entstanden, die als geschlossene soziale Gruppe selbständig handelt. Seit dem Jahr 1918 haben wir eine Beamtensinternationale in der Form der Internationalen Vereinigung der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten. Diese Internationale hielt 1920 und 1922 Kongresse ab. Sie beschloß unter anderm jede nationale und internationale Aktion zur Verhütung des Krieges zu unterstützen. Wer den Werdeprozeß des neuen Deutschlands studieren will, muß das Gewerkschaftsbuch Nestriepkes durcharbeiten, aus dem er ersehen kann, daß sich das deutsche Staatswesen nicht allein äußerlich gehäutet sondern sich auch vielfach innerlich bereits gewandelt hat.

**Genossenschaftsbewegung / August Müller**

**Inflation und Genossenschaft** Die verheerende Wirkung der Inflation auf das Genossenschaftswesen wird in verschiedenen Kundgebungen der Genossenschaftsverbände am Jahresschluß hervorgehoben. »Noch niemals seit der Schaffung des deutschen Genossenschaftswesens« sagt der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes Hans Crüger in seinem Rückblick auf das Jahr 1923 »wurde dieses von einer solchen Krise heimgesucht, wie wir sie im letzten Jahre erlebt haben. Groß ist die Zahl der Auflösungen, noch größer die Zahl der Stilllegungen; zurückgeworfen sind zum Teil die Genossenschaften um Jahrzehnte . . . Die Wirtschaftstürme, die über Deutschland dahingegangen sind, waren zu stark. In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Erhaltung Deutschlands in Frage gestellt war, mußten sich naturgemäß auch bei den Genossenschaften die allergrößten Schwierigkeiten ergeben.« Das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt vom 20. Oktober 1923 illustriert den Einfluß der Inflation auf die Genossenschaften in sehr anschaulicher Weise dadurch, daß es den Jahresumsatz der Raiffeisengenossenschaften für die Jahre 1913 bis 1921 in Goldmark umrechnet. Danach hatte sich dieser Umsatz von 1 572 000 000 im Jahr 1913 auf 3 150 000 000 im Jahr 1918 gesteigert. Von da an fiel er schnell auf 751 000 000 im Jahr 1921 und für die Jahre 1922 und 1923 wahrscheinlich noch stärker. Der Sparkassenbestand der Raiffeisenvereine ging von 706 Millionen im Jahr 1917 auf 54 Millionen im Jahr 1921 zurück, in gleicher Weise sanken die ausstehenden Darlehen am Jahresschluß wie die Guthaben und Schulden der Mitglieder. Der Überschuß der Ein- über die Ausgänge bei den Sparkassen des Verbandes verminderte sich von 576 Millionen im Jahr 1918 auf 130 Millionen im Jahr 1921. So sieht die Entwicklung des Genossenschaftswesens aus, wenn man die aufgeblähten Papiermarkziffern auf ihren Goldwert zurückführt. Auch der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften malte bei einer Beratung des Gesamtausschusses Ende Oktober die Lage grau in grau. Den Sparkassen flössen infolge der Inflation keine Einlagen mehr zu, im Bezugs- und Absatzgeschäft seien der Mangel an Betriebskapital und eine unrichtige Preispolitik für viele Genossenschaften verhängnisvoll geworden. Die Versammlungs- und Revisionstätigkeit

mußte eingeschränkt werden, der Bestand einer Verbandszeitschrift war in Frage gestellt.

Ebenso düster schildert Heinrich Kaufmann in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 10. November 1923 die Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens. Fast täglich schlossen die kleineren Konsumgenossenschaften einzelne ihrer Verteilungsstellen. »Sie haben es weder verstanden einen Wiederbeschaffungspreis zu erzielen noch den Geschäftsanteil ausreichend zu erhöhen und den Betrag rechtzeitig einzukassieren.« Da im Zentralverband deutscher Konsumvereine 858 Konsumgenossenschaften oder 66 % aller dort organisierten Konsumvereine nur 1 oder 2 Verteilungsstellen besitzen, sind die schlimmen Folgen der Inflation auch für die Konsumgenossenschaften deutlich. Sämtliche Genossenschaften sind unter dem Einfluß der Inflation verarmt, sie haben ihre Reserven aufgezehrt und können die Betriebskosten nur bei starken Einschränkungen aufbringen. Erfreulicherweise sind sich die Genossenschaftsleitungen ihrer Aufgabe bewußt und gehen mit Ernst daran ihre Betriebe zu rationalisieren, alles überflüssige Personal zu entlassen und alle irgend vermeidbaren Sachausgaben abzubauen. Vor allem wird diese Rationalisierung in den Zentralen durchgeführt, wo die Widerstände leichter zu überwinden sind. So darf man hoffen, wenn auch die Genossenschaftsbewegung gegenwärtig um Jahrzehnte zurückgeworfen zu sein scheint, daß sie kraft der organisatorischen Einrichtungen, die ihr erhalten geblieben sind, und des ersten Wollens ihrer Leiter bald ihre frühere Leistungsfähigkeit wieder erreicht.

**Landwirtschaftliche Genossenschaften** Infolge ihrer finanziellen Notlage haben die beiden großen landwirtschaftlichen

Genossenschaftsverbände ihre Berichterstattung im Jahr 1923 erheblich eingeschränkt. Statt der früher von ihnen veröffentlichten umfassenden Geschäftsberichte sind in diesem Jahr in den Genossenschaftsorganen beider Verbände nur Mitteilungen erschienen.

Der *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* umfaßte am 1. Juni 1923 24 881 Genossenschaften, 1 646 mehr als im Vorjahr. Insgesamt bestanden an diesem Tag 37 653 landwirtschaftliche Genossenschaften bei etwas über 50 000 Genossenschaften überhaupt. Der Jahresbericht schildert die Schwierigkeiten, die zu

überwinden waren, und die Mittel, die angewandt wurden, um den katastrophalen Folgen der Inflation entgegenzuwirken. Um dem genossenschaftlichen Geldverkehr auch die Gelder nichtgenossenschaftlich organisierter Landwirte zuzuführen, wurde in den verschiedenen Verbandsbezirken eine Reihe von Bankinstituten in der Form von Aktiengesellschaften ins Leben gerufen. Diese Aktiengesellschaften sollen Gelder der Landwirtschaft auffangen und sie durch ihre enge Verbindung mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für das genossenschaftliche Geld- und Kreditwesen nutzbar machen. Man wird abzuwarten haben, wie sich diese neue Praxis bewährt. Das genossenschaftliche Warengeschäft litt stark unter der zunehmenden Geldentwertung. Man klagt auch über das unfreundliche Verhalten der Kartelle gegenüber den Genossenschaften. Der Gesamtumsatz der Zentralkassen des Reichsverbandes belief sich im Jahr 1922 auf 1 259 545 Millionen Mark. Ihr eigenes Betriebskapital betrug 5 390 Millionen Mark. Da diese Zahlen jeden Vergleichswert verloren haben, erübrigt sich eine Gegenüberstellung mit denen früherer Jahre. Eine Umrechnung in Goldmark ergibt überall einen bedeutenden Rückgang gegenüber den Vorjahren. Die landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften, die das Warengeschäft betreiben (es existieren deren 23), erzielten 1922 einen Gesamtumsatz von 56 682 Millionen Mark gegenüber 5 397 Millionen Mark im Jahr 1921. Aber hier besteht ebensowenig eine Vergleichbarkeit. Weitere Zahlenangaben enthält der Geschäftsbericht nicht. Im laufenden Jahr gründete der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften im Verein mit 42 angeschlossenen Verbänden, Zentralkassen und Hauptgenossenschaften eine Versicherungsgesellschaft mit einem Stammkapital von 2 Milliarden Mark. Sie will der Gesamtorganisation des Reichsverbandes und deren Mitgliedern auf neuzeitlicher Grundlage und unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen Versicherungsschutz gewähren. Sie betreibt Feuer-, Einbruchsdiebstahl- und Beraubungs-, Haftpflicht- und Transportversicherung. Der Versicherungsschutz wird nur wertbeständig, das heißt in Goldmark auf Dollarbasis betrieben. Die übliche Genossenschaftstagung im Herbst unterblieb wegen der Unkosten. Auch der Geschäftsbericht des *Generalverbands der deutschen Raiffeisengenos-*

*senschaften* klagt über die durch die Zeitverhältnisse wachgerufenen Schwierigkeiten. Das Zentralgeldinstitut des Verbandes, die deutsche Raiffeisenbank, die sich früher als landwirtschaftliche Darlehnskasse für Deutschland bezeichnete, wurde im März 1923 durch eine Statutenänderung auf eine etwas andere Grundlage gestellt; zugleich wurde das Aktienkapital auf 2 Milliarden Mark erhöht. Außerdem wurde eine eigene Versicherungsgesellschaft, die Raiffeisen Allgemeine Versicherungsgesellschaft und eine Lebensversicherungsbankaktiengesellschaft in Berlin ins Leben gerufen, die die ersten wertbeständigen Lebensversicherungen auf Roggen abschloß. Im übrigen wird berichtet, daß das Molke-reigenossenschaftswesen wieder einen gewissen Aufschwung genommen habe, und bei den Landwirten eine starke Neigung bestehe Elektrizitätsgenossenschaften zu gründen. Und zwar vor allem wegen der schwierigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt, die es den Gemeinden im vergangenen Jahr so gut wie unmöglich machten sich an Elektrizitätswerken und Überlandzentralen zu beteiligen. Der Generalverband zählte am Schluß des Berichtsjahrs 1922 insgesamt 8 017 Mitglieder, gegen 7 461 im Vorjahr. Die Mitgliedschaft setzte sich aus 15 Landes- und Provinzialverbänden mit 5 524 Spar- und Darlehnskassenvereinen, 2 444 ländlichen Betriebsgenossenschaften, 16 sonstigen Mitgliedern (Nichtgenossenschaften), ferner aus 10 Zentralwarenanstalten und deren Wirtschaftsverband, 2 Landesgenossenschaftsbanken, der Deutschen Raiffeisenbank und schließlich einer Privatfirma in Hamburg zusammen. Die Deutsche Raiffeisenbankaktiengesellschaft, die frühere Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse für Deutschland, hatte am Schluß des Berichtsjahrs 66 Filialen und Geschäftsstellen. Der Gesamtjahresumsatz im Geld- und Warenverkehr stieg um rund 200 Milliarden Mark auf 232,8 Milliarden Mark, die Zahl der angeschlossenen Aktionärverbände auf 5 735. Die Kreditansprüche waren bei der allgemeinen Kreditnot bedeutend, namentlich waren zur Beschaffung der künstlichen Düngemittel ungeheure Summen erforderlich. Die Bilanzsumme stieg von 2,4 auf 11,6 Milliarden Mark. Die Gesamtaußenstände wuchsen bei den Raiffeisenvereinen auf 166,8 Millionen Mark am Schluß des Berichtsjahrs 1921 auf 1,657 Milliarden Mark, bei den Betriebsgenossenschaften usw. sanken sie von 11,7 Milliarden Mark auf 4,4 Milliarden Mark. Der

Reingewinn im Geschäftsjahr 1922 belief sich auf 68,6 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl der 13 Zentralwarenanstalten stieg von 4 128 auf 4 460, darunter 3 587 Spar- und Darlehnskassenvereine. Der Gesamtumsatz aller Warenanstalten betrug im Geschäftsjahr 1921 oder 1921-1922 4 716,5 Millionen Mark, gegen 1 496,4 Millionen Mark im Vorjahr; der Mengenumsatz stieg von 25 400 014 auf 31 239 280 Zentner. Der Gewinn betrug 55 183 153 Mark gegen 3 613 671 Mark nach dem letzten Jahresbericht. Auch der Geschäftsbericht des Raiffeisenverbands gibt nur die notwendigsten Zahlen, so daß auf Einzelheiten nicht eingegangen werden kann. Der Verband hielt am 5. Juli einen Genossenschaftstag in Braunschweig ab, der lediglich die laufenden Geschäfte erledigte, die Vorstandsberichte entgegennahm und die notwendigen Entlastungen erteilte. Ein Vortrag über die genossenschaftliche Organisation im Strudel der Zeit behandelte ebenfalls nur ganz allgemeine Fragen.

#### **Kredit- und Handwerker-genossenschaften**

Der Deutsche Genossenschaftsverband, der Zusammenschluß der städtischen Genossenschaften für das Handwerk und den Mittelstand, ließ im Jahr 1923 ein Jahrbuch erscheinen, das den Stand der ihm angeschlossenen Genossenschaften für das Jahr 1921 angibt. Es ist charakteristisch für die Lage der deutschen Genossenschaften, daß dieser älteste und angesehenste Verband, dessen Jahrbuch stets die beste Informationsquelle für alle Fragen der Genossenschaftsbewegung war, jetzt die Frage erörtert, ob die Herausgabe eines Jahrbuchs überhaupt noch einen Zweck habe. Es ist erfreulich, daß sie dennoch, wenn auch etwas verspätet, erfolgte. Hoffentlich hält der Verband, der besonders zu kämpfen hat, weil er ausschließlich auf die Mitgliedsbeiträge angewiesen ist, seine wertvolle Chronistentätigkeit auch weiter aufrecht.

Dem Deutschen Genossenschaftsverband gehörten im Jahr 1921 3 803 Genossenschaften an, von denen 1 432 Kreditgenossenschaften, 2 079 Warengenossenschaften, 34 Konsumvereine und 258 Baugenossenschaften waren. Zur Statistik berichteten 2 740 Genossenschaften mit 1 259 661 Mitgliedern. Die Kreditgenossenschaften hatten einen Umsatz, Einnahmen und Ausgaben zusammengenommen, von 268 545 Millionen Mark. Kredite wurden in Höhe von 5 817 Millionen Mark gewährt. Die Geschäftsguthaben aller Kreditgenossenschaften

beliefen sich auf 522,5 Millionen Mark, die Reserven auf 198,7 Millionen Mark, die geliehenen fremden Gelder auf 9 237,7 Millionen Mark. Diese Gelder stammten aber vorwiegend von Mitgliedern, die sie dem Verband in Form von Depositen zur Verfügung stellten. Den Kreditgenossenschaften gehörten 869 736 Mitglieder an. Der Durchschnittsumsatz einer Kreditgenossenschaft betrug 221,2 Millionen Mark, die Liquidität der Kreditgenossenschaft, das heißt das Verhältnis der sofort greifbaren Vermögenswerte zu den innerhalb dreier Monate fälligen Verbindlichkeiten, betrug nur 50,8 %, die ungünstigste Liquiditätsziffer, die der Verband seit Jahren aufzuweisen hatte. Natürlich war auch das eine Folge der Papiergeldwirtschaft.

Von den 1 357 berichtenden Warengenossenschaften des Verbandes waren 9 Zentralbezugsgenossenschaften, 1 086 Rohstoffgenossenschaften, 16 Werkgenossenschaften, 52 Magazin- und Absatzgenossenschaften, 50 Produktivgenossenschaften, 114 Wareneinkaufsvereine der Händler, 5 Maschinengenossenschaften und 25 verschiedene andere. Seit 1920 ist die Zahl der Produktivgenossenschaften von 179 auf 50 zurückgegangen. Meist handelt es sich hierbei aber nicht um Arbeiter- sondern um Handwerkerproduktivgenossenschaften, die in der Kriegszeit gegründet wurden, meist um Militäraufträge zu erhalten. Seit Kriegsende lösen sie sich allmählich auf. Auch die Wareneinkaufsvereine der Händler erfuhren einen Rückgang von 130 auf 114, zum guten Teil, weil die Kaufleute immer mehr dahin strebten den Großeinkauf durch Anschluß an von mittelständlerischer Seite eingerichtete Aktiengesellschaften zu organisieren. Auch hierbei handelt es sich um eine Inflationserscheinung.

Den Warengenossenschaften gehören 167 209 Mitglieder an, beim Warenbezug wurde eine Einnahme von 3 390 Millionen Mark, beim Absatz von 611 Millionen, bei der Produktion von 70 Millionen und bei Betriebseinnahmen von 18,7 Millionen Mark erzielt. Der Reingewinn belief sich auf 55 Millionen Mark. An Konsumvereinen verblieben im Deutschen Genossenschaftsverband im Jahr 1921 noch 34; infolge der Vereinbarungen des Verbandes mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gingen die Konsumvereine an den Zentralverband über. Von jenen 34 Konsumvereinen berichteten nur 21 mit einem Umsatz von 236 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl betrug 135 259. Inzwischen trat der Ver-

band schlesischer Konsumvereine, der 216 von im ganzen 235 Millionen Mark Umsatz repräsentiert, gleichfalls zum Zentralverband deutscher Konsumvereine über, so daß die Konsumvereinsgruppe des Deutschen Genossenschaftsverbandes allmählich verschwindet.

149 Baugenossenschaften mit 77 357 Mitgliedern berichten, daß sie 3 722 fertige Mietshäuser mit 20 199 Wohnungen besaßen, in denen 69 933 Personen wohnen. Außerdem waren 3 018 Erwerbshäuser mit 4 131 Wohnungen vorhanden, die von den Mitgliedern erworben werden können und von 6 682 Personen bewohnt wurden. 597 Häuser befanden sich im Bau.

Der Genossenschaftstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes (es war der 60.) fand am 10. und 11. September 1923 in Weimar statt. Die laufenden Geschäfte wurden erledigt und die Mittel besprochen, durch deren Anwendung man den Gefahren der Inflation begegnen könne. Ferner wurde über die russische Genossenschaftsbewegung referiert.

**Preußische Zentralgenossenschaftskasse** Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist bisher ein Staatsinstitut mit eigener Rechtspersönlichkeit gewesen, bei dem einzelne Genossenschaftsverbände dadurch, daß ihre Leiter im Ausschuß des Instituts saßen, eine eingeschränkte begutachtende Mitwirkung bei der Verwaltung des Instituts hatten. Durch ein Gesetz ist sie in eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung umgewandelt worden. Die Zentralgenossenschaftskasse bleibt zwar Zentralkreditinstitut der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft und des Gewerbes; es wird aber einzelnen Genossenschaften unter bestimmten Voraussetzungen und außerdem den Verbandskassen der Landesverbände die Möglichkeit gegeben die Mitgliedschaft bei der Zentralgenossenschaftskasse durch Kapitalbeteiligung zu erwerben. Die Einlagen des Staates wurden von 2 Milliarden auf 6 erhöht, die Gesamtbeteiligung Dritter darf nicht höher sein als jeweils die Hälfte der vom Staat geleisteten Einlagen. Der in der Hauptsache begutachtende Ausschuß der Zentralgenossenschaftskasse kann infolge dieser Umwandlung nicht mehr als zweckmäßig zusammengesetzt betrachtet werden. Die Befugnisse dieses Ausschusses werden daher allmählich erweitert, und dieser wird dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft angenähert. Der Geschäftsbericht der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse für das Jahr

1922 umfaßt nur 9 Monate, weil eine Umstellung des Geschäftsjahrs auf das Kalenderjahr eingetreten ist. Das Institut stand ganz im Zeichen der Inflation. Der reine Umsatz auf einer Seite des Hauptbuchs betrug 428 266 Milliarden, gegenüber einem Umsatz von 70 Milliarden in den 12 Monaten des vorigen Berichtsjahrs. Die Bilanzsumme stieg von 2 Milliarden am 31. März 1922 auf 22,4 Milliarden am 31. Dezember 1922. Die am 31. Dezember 1922 von der Zentralgenossenschaftskasse gewährten Kredite beliefen sich auf 32 133 Milliarden Mark, gegenüber 133 Milliarden Mark am 31. März 1922. Auch die Preußische Zentralgenossenschaftskasse hat schwierige Zeiten durchzumachen, aber von ihr gilt, was auch von den meisten genossenschaftlichen Zentralkreditinstituten zu sagen ist: sie folgt dem Grundsatz, daß Schwierigkeiten dazu da sind, um überwunden zu werden. Und hierin scheint sie, wenn auch unter Mühen und Beschwerden, Erfolg zu haben.

#### Totenliste

Der am 3. November 1923 in Zürich im Alter von 79 Jahren verstorbene Professor der Nationalökonomie *Julius Platter* war einer der wenigen Gelehrten, die schon früh die Bedeutung der Genossenschaften erkannten und sich für sie einsetzten. Platter kam 1879 von Czernowitz zuerst an die Universität und dann an das eidgenössische Polytechnikum in Zürich, wo er über Nationalökonomie las. Als die Konsumvereinsbewegung in der Schweiz ihren starken Aufschwung nahm, förderte er sie mit seinen besten Kräften. Er schrieb für den Verband schweizerischer Konsumvereine einige wirksame Propagandaschriften, die bei aller Popularität doch in Form und Inhalt ein hohes Niveau hatten. Am 15. November starb *Karl Schmidchen* in Düsseldorf. Er war von Beruf Bergmann, spielte aber schon im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine leitende Rolle im sächsischen Konsumvereinswesen und gehörte zu jener Gruppe von Genossenschaffern, die von Sachsen aus lebhaft die Gründung der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg betrieben. 1903, bei der Gründung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, wurde Schmidchen in dessen Vorstand gewählt; er gehörte diesem bis 1910 an. Infolge körperlichen Leidens mußte er seine genossenschaftliche Tätigkeit in seinen letzten Jahren aufgeben. Er hat sich große Verdienste um das Genossenschaftswesen erworben.

**Kurze Chronik** Der Führer der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung Bernhard Jaeggi überwies dem Verband schweizerischer Konsumvereine zur Errichtung einer *Genossenschaftsschule* 50 000 Franken, den Ertrag langjähriger schriftstellerischer Tätigkeit. Die Schule soll ihren Sitz in Freidorf haben. ◊ Die Leitung der *Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine* wurde in der Arbeiterpresse angegriffen, weil sie als Mitglied der Unternehmervereinigung im deutschen Buchdruckgewerbe infolge des Beschlusses der Unternehmerorganisation auch den bei ihr beschäftigten Buchdruckern und Hilfsarbeitern gekündigt hat. ◊ Die *dänische* Genossenschaftsbank mußte infolge der auch in Dänemark bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das Jahr 1922 einen Verlust von 4 600 000 Kronen abschreiben. Der Gewinn für das letzte Geschäftsjahr zehrt dabei den Reservefonds auf, und es muß noch 1 Million Kronen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Unternehmen ist aber dadurch nicht gefährdet, und seine Leitung erhielt in einer außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschafter ein Vertrauensvotum. ◊ Bei den Wahlen in *England* erhielt die Genossenschaftspartei, die bei den 3 letzten Wahlen als Partei auftrat, in 10 Kreisen 107 924 Stimmen, gegen 126 406 Stimmen in 11 Kreisen im Jahr 1922 und 57 766 Stimmen in 10 Kreisen im Jahr 1918. Die Zahl der Genossenschaftsabgeordneten im britischen Parlament stieg von 4 auf 6. ◊ Der Sekretär der englischen Großeinkaufsgesellschaft *Thomas Brodrick*, der seit 1872 in der britischen Konsumvereinsbewegung tätig ist und während des Krieges geadelt wurde, ist in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde Lancaster, seit 1917 juristischer Berater der Gesellschaft.

#### Literatur

In der Schriftenreihe des Verlags Duncker & Humblot über Konsumvereine erschien der 3. Teil des Bandes über die *Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern*. Er behandelt die Konsumvereine in Holland, Japan, Österreich und der Schweiz. Über die holländische Bewegung schreibt G. J. W. C. Goedhart /Haag/, der jetzige Vorsitzende des Internationalen Genossenschaftsbundes, über die japanische Samezo Kuruma, über die österreichische Siegmund Kaff /Wien/, über die schweizerische Karl Pettermand /Basel/. Goedharts Beitrag ist vielleicht etwas kurz geraten. Für

den deutschen Leser wird Kurumas Schilderung der japanischen Konsumvereinsbewegung sicher die interessanteste in dem Werk sein. In Japan dient die Bewegung vor allem den Interessen der Landwirte und der Handwerker. Kuruma berichtet über 46 Konsumgenossenschaften mit 39 954 Mitgliedern, die im Jahr 1919 einen Umsatz von 5 313 000 Yen erzielten. ◊ In 2. Auflage erschien die Schrift *Vahan Totomjanz' Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisationer*. /Berlin, R. L. Prager/. Der Autor, der übrigens jetzt eine Professur für Genossenschaftswesen an der Universität Prag innehat, gibt darin zwar keine allseitig anerkannte Theorie des Konsumvereinswesens, wohl aber einen guten Überblick über Theorien des Konsumgenossenschaftswesens, die von einer Reihe bedeutender Autoritäten aufgestellt sind. Dieser Überblick ist sehr wertvoll, auch wenn nicht alle Zweifelsfragen gelöst sind, die auf diesem Gebiet auftauchen. Die Bedeutung des Werkes liegt aber vor allem in der Darstellung der Geschichte der Konsumgenossenschaften in den verschiedenen Ländern. Totomjanz schildert die Geschichte, die Entwicklung und den jetzigen Stand der Konsumvereinsbewegung in Großbritannien, Dänemark, der Schweiz, Deutschland, Rußland, Belgien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Tschechien, Italien, Holland, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen und den Vereinigten Staaten von Amerika. Das statistische Material berücksichtigt nicht überall die unmittelbare Gegenwart, das mag seine Ursache in den Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben. Die ersten Kapitel behandeln Grundlage und Theorie der Konsumgenossenschaften, dann die Neutralität der Genossenschaftsbewegung, die Typen der Konsumvereine und die Käuferlügen als den Konsumgenossenschaften verwandte Organisationen. 2 Kapitel über die internationale Genossenschaftsbewegung und Macht und Grenzen der Konsumentenorganisationen schließen das Buch ab. Der Verfasser ist ein guter Kenner des von ihm behandelten Stoffes. Er hat in den meisten von ihm einbezogenen Ländern die Konsumgenossenschaftsbewegung aus eigener Anschauung kennengelernt; und da er auch die internationale Genossenschaftsliteratur gründlicher kennt als die Mehrzahl der genossenschaftlichen Schriftsteller, verdanken wir ihm eine Schrift, die als die beste vorhandene Schilderung des internationalen Konsumvereinswesens bezeichnet werden muß.

Frauenbewegung / Meta Corssen

**Berufsarbeit** Es scheint, daß heute die Frage der Frauenarbeit, der Beteiligung der Frau an der Produktion im allgemeinsten Sinn, im Zeichen einer Krise steht. Daß die Berufsarbeit der Frauen eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, daran kann heute nirgends mehr ein Zweifel bestehen. Die in 2. Auflage vorliegende Schrift Adolf Brauns Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ betont diese Notwendigkeit mit aller Eindringlichkeit. Die Entwicklung der weiblichen Erwerbstätigkeit, die die statistischen Zahlen der Zeit von 1882 bis 1907 veranschaulichen, zeigt, wie die Frauen in immer neue Berufe eindringen, wie keine wesentliche Industriegruppe mehr ohne sie auskommen kann. Diese Entwicklung hat in der Folgezeit ihre Richtung nicht geändert. Allerdings liegt amtliches Material, das den Stand der Frauenarbeit vollständig überschauen ließe, für Deutschland nicht vor (in den Vereinigten Staaten waren nach einer Berufszählung von 1920 8 549 000 Frauen erwerbstätig unter insgesamt 41 609 000 Erwerbstätigen, also etwa 20 %); doch läßt sich aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten immerhin erkennen, daß ein Rückgang der Frauenarbeit, besonders in den Industriezweigen, die vorwiegend Frauen beschäftigen, Textil- und Bekleidungsindustrie und Reinigungsgewerbe, trotz häufigen Versuchen die Frauen hinauszudrängen, im Grunde nirgends zu verzeichnen ist (siehe den Artikel Gertrud Hannas Die Frauenarbeit nach dem Krieg, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 280 ff.). Eine vom Verlag des Deutschen Textilarbeiterverbands in Berlin herausgegebene Übersicht über den Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie läßt an einem Beispiel deutlich das ständige Anwachsen des weiblichen Elements in der Industrie erkennen. Während 1907 die Hälfte der Textilarbeiter aus Frauen bestand, beträgt heute der weibliche Anteil zwei Drittel. Durch die gleichzeitige Ausdehnung der Textilindustrie (965 Großbetriebe, gegen 917 im Jahr 1907) hat so die Frauenarbeit einen bedeutend größeren Umfang angenommen. Da unter den Jugendlichen der weibliche Prozentsatz noch größer ist, wird sie in Zukunft noch mehr wachsen. Das gegenwärtige Arbeitsnachweisgesetz trägt durch die Bestimmung, daß für weibliche Arbeitnehmer besondere

Abteilungen unter weiblicher Leitung zu errichten sind, der Bedeutung der Frauenarbeit Rechnung. In der Statistik des Reichsarbeitsblatts über Tarifverträge ist 1920 zum erstenmal auch die Beteiligung der Frauen an Tarifverträgen untersucht worden. Braun meint in der erwähnten Schrift, daß Staat und Nationalökonomien schon stärker mit der Notwendigkeit der Frauenarbeit rechnen als die Arbeiterinnen selbst, die großenteils noch den Beruf als vorübergehende Beschäftigung auffassen, mit der sie innerlich nichts verbindet, doch glauben andere, wie Tony Sender in ihrem Artikel Die Frau in den Gewerkschaften (in der Gleichheit vom 15. November 1922), schon eine neue geistige Einstellung der Arbeiterinnen und auch der Angestellten der Arbeit gegenüber zu erkennen. Freilich können es erst die Anfänge eines innern Umwandlungsprozesses sein; zu deutlich drückt sich noch in der trotz zeitweise steigender Mitgliederzahl geringen Beteiligung der Frauen an der Gewerkschaftsarbeit die alte wesentlich negative Haltung aus, die in Arbeitergewerkschaften wie in Angestelltenverbänden immer wieder hervortritt und zu Klagen und Vorwürfen Anlaß gibt. Die Beamten der Gewerbeaufsicht bezeugen, daß sich die Frauen an den Betriebsrätewahlen nur sehr schwach beteiligen. Es wird seit einigen Jahren versucht die gewerkschaftliche Organisation und den Einfluß der Frauen zu stärken durch einen besonders gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Frauen auf internationaler Grundlage. Im November 1919, auf der Arbeitskonferenz in Washington, wurde der Internationale Arbeiterinnenbund gegründet, über dessen Tagung im Jahr 1921 in dieser Rundschau (1922 I Seite 184) berichtet wurde. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Rom im April 1922 wurde von dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Vorschlag gemacht, der Bund solle dem Internationalen Arbeiterinnenbund beitreten. Vor allem waren es die Frauen Englands und Amerikas, wo es besondere weibliche Gewerkschaften gibt, die auf den Ausbau der internationalen Frauenorganisation hinarbeiteten. Die deutschen Gewerkschafterinnen aber halten eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nach Geschlechtern für abträglich. Der Kongreß lehnte den Beitritt zu dem Arbeiterinnenbund ab und nahm statt dessen einen deutschen Antrag an, der fordert, daß die Gewerkschaften der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte größere Aufmerksamkeit zuwenden.

Daß bei den Frauen die schwersten Hemmungen für die innere Verbundenheit mit ihrer Berufsarbeit in den ganz ungleichen Arbeitsbedingungen liegen, die durch Ehe und Mutterschaft für die Frau geschaffen werden, wird nirgends verkannt. Durch Befreiung der Frau von außerhäuslicher Arbeit ist das Problem nicht lösbar; das zeigt die tatsächliche Entwicklung mit unwiderleglicher Deutlichkeit. Die Erhebungen des Textilarbeiterverbandes ergeben, daß 38 % der Arbeiterinnen verheiratet sind; das Alter der Kinder ist auf alle Altersklassen ziemlich gleichmäßig verteilt. Oft wird es auf ganz wenige Wochen angegeben, das heißt Mütter ganz kleiner Kinder nehmen die Fabrikarbeit wieder auf. Nach ihren Angaben sind die Frauen in 29,5 Fällen Alleinverdiener, verwitwet, getrennt oder geschieden, in 61,6 Fällen reicht der Verdienst des Mannes nicht aus; dies ist der Fall in etwa 40 verschiedenen Berufen, denen die Männer von 32 247 erwerbstätigen Frauen angehören. Diese Feststellungen zeigen, welch bedingungsloser wirtschaftlicher Zwang die Frauen in die Berufsarbeit drängt, sie enthüllen aber auch die maßlose Arbeitsüberlastung, die dadurch auf die Frau fällt, die ihr Dasein zu einer menschenunwürdigen Fron macht, ihre geistigen und seelischen Kräfte ersticken muß und, wie man aus der Altersstatistik ersehen kann, auch ihren Körper rasch aufreibt.

Daß das Problem Frau und Beruf neben der wirtschaftlichen auch eine psychologische Seite hat, mit der Stellung der Frau zum Leben überhaupt zusammenhängt, ist ohne Frage. In einem interessanten Aufsatz Die innere Problematik der Verbindung Frau und Beruf beleuchtet Hanna Schwab in der Frau die Diskrepanz zwischen dem auf ein durch menschliche Beziehungen gefülltes Dasein hindrängenden Lebensgefühl der Frau und den Anforderungen des modernen, immer mehr auf Spezialarbeit eingestellten Berufs und kommt zu dem Schluß, das eigentliche Leben der Frau spiele sich außerhalb der Berufssphäre ab. Ob diese Tatsache, die sicher für einen großen Prozentsatz der Frauen zutrifft, wirklich in einer spezifisch weiblichen Eigenschaft, einem in der Mutterschaft begründeten Bedürfnis nach ungeteilter Lebensinheit begründet ist, wie die Verfasserin meint, mag dahingestellt bleiben. Der Zwiespalt zwischen dem Drang zur Alleinheit des Lebens und dem Zwang zur beschränkten Leistung ist wohl ein ewig menschlicher, der auch dem Mann, wo diese

inneren Vorgänge überhaupt zur Bewußtheit gelangen, innere Kämpfe kostet und wohl auch bei ihm bisher selten zu einer reinen Lösung gekommen ist. Die Bedingungen, unter denen sich dieser Ausgleich seelischer Kräfte bei beiden abspielt, sind gewiß verschieden. Aber das Ziel kann nur das gleiche sein: Lebensströme hinüberzuleiten in die tägliche Leistung, dem Beruf wieder eine Seele zu geben. Und hierfür gilt es die äußeren Vorbedingungen zu schaffen. Für die Frau muß das vor allem durch Anpassung der Arbeit an die in der weiblichen Konstitution liegenden Arbeitsbedingungen geschehen, das heißt durch sinngemäßen Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, und insbesondere durch die Aufhebung der Doppellast, die das Nebeneinander von Berufsarbeit und Hauswirtschaft der Frau aufbürdet. Nur dann wird eine wirklich positive Einstellung zu ihrer Arbeit möglich werden, werden die mancherlei unwürdigen Erscheinungen, die heute der Frauenarbeit noch anhaften, wirksam bekämpft werden können. Die Frage des Arbeiterinnenschutzes ist von dem Internationalen Arbeitsamt in Angriff genommen worden; die jährlichen internationalen Arbeitskonferenzen wenden der Frauen- und Kinderarbeit ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Sie suchen die im Versailler Vertrag grundsätzlich aufgestellte Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Leistung" ihrer Verwirklichung näherzubringen. Es sind eine Reihe von Übereinkommen getroffen und Vorschläge ausgearbeitet worden, die in erster Linie den Schutz der Mutterschaft, Schutz der Frauen vor gesundheitsschädigender Arbeit und Nachtarbeit und Festsetzung ausreichender Ruhezeit zum Ziel haben. Diese Vorschläge müssen von den Regierungen, die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes sind, den Parlamenten zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung veröffentlicht in ihrer Nummer vom 15. März 1923 eine Übersicht über die auf den bisherigen Konferenzen vereinbarten Grundsätze und ihre Verwirklichung in den einzelnen Ländern; in Deutschland ist für alle Übereinkommen die Ratifikation vom Parlament genehmigt; freilich sind sie damit noch nicht gesetzlich verwirklicht. So ist es zwar untersagt Arbeiterinnen 8 Wochen vor und nach der Niederkunft zu beschäftigen, aber der mit diesem Schutz verbundene Verdienstaufschlag veranlaßt, wie die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen, viele Frauen die Schonzeit entgegen der

gesetzlichen Bestimmung abzukürzen. Diese Maßnahmen sind ja auch nur die ersten Anfänge, die äußersten Umriss für eine zielbewußte Einfügung der Frau enarbeit in den gesamten Wirtschaftsorganismus, und sie bleiben halb und unwirksam, wenn die Frauen nicht von der Hausarbeit entlastet werden.

**Hausarbeit** Wie aber ist eine Entlastung der Frau im Haus möglich? Während auf der einen Seite immer mehr Frauen, auch in nichtproletarischen Schichten, zur Erwerbsarbeit gezwungen werden, wachsen auf der andern ständig die Anforderungen an die hauswirtschaftliche Leistung der Frau. Immer weniger gestattet die wirtschaftliche Not, der Zwang die Ausgaben einzuschränken, Arbeiten für den Haushalt, Instandsetzungsarbeiten und ähnliches außer dem Haus machen zu lassen, immer mehr muß auf eine Arbeitsweise, die längst der Vergangenheit anzugehören schien, zurückgegriffen werden. Selbst wo nicht gleichzeitig, wie bei der Proletarierin, häusliche und außerhäusliche Arbeit auf der Frau liegt, bei den Frauen des Mittelstandes, wächst sich vielfach die Hausarbeit ins Unübersehbare aus; Haushaltungen, die auf die Mitarbeit von Hausangestellten eingerichtet sind, müssen ohne diese Hilfe weitergeführt werden, denn der Beruf der Hausangestellten wird immer mehr zur Unmöglichkeit, weil Arbeitsleistung und Arbeitslohn nicht mehr ins Gleichgewicht zu bringen sind. Das bedeutet: die Hausarbeit verschlingt immer mehr Kräfte, ohne daß es doch möglich wäre sie angemessen zu entschädigen, sie in den Rahmen der Gesamtwirtschaft organisch einzugliedern. Die Kämpfe um die Gestaltung des Hausangestelltenberufs, die langen ergebnislosen Verhandlungen über das Hausgehilfengesetz geben davon Zeugnis. (Die Berufszählung in Amerika hat ergeben, daß auch hier, wo die Schwierigkeiten, die in Deutschland aus der wirtschaftlichen Bedrängnis des Augenblicks erwachsen, nicht vorhanden sind, die Frauenarbeit in der Gruppe der häuslichen Dienste stark zurückgegangen ist, von 31,3 auf 25,6 %.) Selbst wann es möglich wäre die außerhäusliche Frauenarbeit abzubauen: der Zustand der Hauswirtschaft selbst zeigt, daß hier zwischen Arbeitsaufwand und -erfolg ein Widerspruch besteht, daß hier der Punkt ist, wo die Umgestaltung der Frauenarbeit einsetzen muß.

Während sonst heute alle Arbeit nach den Prinzipien der Arbeitsteilung und

Zusammenfassung der Kräfte reguliert wird, hat sich in der Hauswirtschaft bis jetzt noch im großen und ganzen die mittelalterliche Form der Einzelarbeit erhalten, bei der ein einzelner Mensch alle möglichen verschiedenen Teilarbeiten verrichtet, so daß eine den heutigen Verhältnissen entsprechende produktive Leistung zur Unmöglichkeit wird, und der Mensch von der Vielheit seiner Arbeit erdrückt wird, seine Kräfte zersplittert. Es ist ein Irrtum, wenn in dem Artikel Frauenfrage und Frauenbewegung des Politischen Handwörterbuchs /Leipzig, K. F. Koehler/ gesagt wird, die Hausarbeit sei jetzt wieder produktiv geworden. Rückkehr zu früheren Produktionsformen bedeutet heute nicht Rückkehr zur Produktivität sondern das Gegenteil, ebensowenig wie eine Großindustrie heute noch produktiv sein könnte, wenn sie die Form des Handwerks wieder annähme. In dieser Rückständigkeit liegt auch der letzte Grund dafür, daß die Hausarbeit nicht die Anerkennung findet, die ihr zukommt, daß bei allem Pathos, mit dem man die Hausfrauenarbeit als den höchsten und edelsten Beruf der Frau hinstellt, sobald es sich um Fragen der realen Bewertung handelt, diese Arbeit eigentlich überhaupt nicht bewertet wird, daß ihre Bedeutung innerhalb des gesamten Wirtschaftslebens, wie ein Urteil des Reichsschiedsgerichts über die Einstufung der Gewerbelehrerinnen zeigt, auf das Anna Blos in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 19. April 1922 hinwies, verhältnismäßig gering eingeschätzt wird.

So ist es ein doppelter Grund, der hier neue Arbeitsformen notwendig macht; einerseits die Forderung die Hauswirtschaft, die einen so wesentlichen Teil der Volkswirtschaft bildet, die den größten Teil des Verbrauchs umfaßt, mit der Gesamtwirtschaft in Einklang zu bringen, ihre Produktivität zu steigern, und andererseits die Notwendigkeit für die Frau die Voraussetzungen wirklichen Lebens zu schaffen. Das bedeutet eine Organisation der Hausarbeit, eine systematische Zerlegung der Gesamtarbeit, die ein Haushalt erfordert, und neue Zusammenfassung nach Gesichtspunkten der Zeit- und Kraftersparnis, und gleichzeitig eine Verbesserung der Arbeitstechnik durch Maschinen, die aber eine solche Organisation zur Voraussetzung hat. Daß eine Umbildung der Hausarbeit notwendig ist, wird wohl von vielen Seiten erkannt, aber die Erkenntnis, in welcher Richtung sie erfolgen muß, bricht sich erst sehr langsam Bahn. In einer Bro-

schüre Unsere Hauswirtschaft und Volkswirtschaft in ihren wechselseitigen Beziehungen, die als 4. Heft der Staatsbürgerbibliothek im Volksvereinsverlag in München-Gladbach erschienen ist, betont Margarete Weinberg nachdrücklich, daß die Hauswirtschaft nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden müsse. Aber sie stellt das in der Hauptsache nur als eine Forderung an die einzelne Hausfrau hin; obwohl ihre Auseinandersetzungen sie verschiedentlich bis an die Frage eines organisatorischen Zusammenschlusses der Haushaltungen führen, zieht sie nicht den Schluß diese in den Mittelpunkt der Neuorientierung der Hausarbeit zu stellen. Auch ein Aufsatz M. Thomaes in der Frau Die Organisation der Hauswirtschaft ließ die neuen Notwendigkeiten nicht erkennen. Der Haushalt in seiner heutigen Form wird als "eigentlichster" Beruf der Frau dargestellt, als wichtigste Grundlage der Volkswirtschaft, als produktiv im Sinn »letzter feinsten Veredelungsindustrie«. Es soll eine Hauswirtschaftskammer geschaffen werden, in der unterschiedslos alle großen und kleinen, bürgerlichen und proletarischen Betriebe zusammengefaßt werden, Hausfrauen und Hausangestellte zusammenwirken sollen. Alle Fragen der technischen Verbesserung und betriebsmäßigen Umgestaltung der Hauswirtschaft werden nur ganz flüchtig gestreift, nicht als zentrales Problem erkannt, wenn auch von einer Einordnung in die Volksgemeinschaft fortwährend die Rede ist. Tatsächlich aber ist auf anderm Weg die Gesundung der Hauswirtschaft nicht zu erreichen. Wie durch den Ausbau der Konsumvereine die Einkaufstätigkeit in steigendem Maß systematisiert und für den einzelnen wie für die Gesamtheit rationeller gestaltet werden kann, so muß auch die Wirtschaft des Familienhaushalts in die Form des Großbetriebs übergeführt werden, beispielsweise durch den Bau von Einküchenhäusern, den heute, wie Robert Adolph in einem Aufsatz Ist der Einküchengeданке heute durchführbar? in der Gleichheit vom 1. Dezember 1922 ausführte, die Bauschwierigkeiten nicht unmöglich machen, sondern den gerade eine sparsame Bauwirtschaft fordert. Damit sind dann die wesentlichen Bestandteile der Hauswirtschaft planmäßig geregelt; die Versorgung einerseits und die Verarbeitung der Verbrauchsgüter andererseits kann bis in die einzelnen Teile spezialisiert und von Arbeitskräften, die darauf eingestellt und dafür vorgebildet sind, mit größerer

Sachkenntnis und größerem Erfolg als heute geleistet werden. Freilich erfordert das eine völlige Umstellung, vor allem auch eine innere Umstellung der heutigen Hausfrau. Sie wird ihre hauswirtschaftlichen Fähigkeiten in anderen Dimensionen bewähren müssen, teils in intensiverer Spezialarbeit, teils in der Organisation und Leitung des Großbetriebs. In früheren Zeiten spann und webte die Frau für den eigenen Haushalt, heute arbeitet ein großer Teil der Frauen in der Großindustrie auf dem selben Gebiet; die Frau hat ihre Tätigkeit gleichsam aus dem Haus in die Volkswirtschaft verlegt. Eine ähnliche Entwicklung wird auch die hauswirtschaftliche Arbeit, die bisher von der Entwicklung unberührt geblieben ist, nehmen müssen. Von selbst lösen sich dann die heute unüberwindlichen Schwierigkeiten einer gerechten Bewertung der Hausarbeit, des mit modernem sozialen Empfinden in Widerspruch stehenden heutigen Hausangestelltenverhältnisses. In jungsozialistischen Kreisen erkennt man die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Umformung für die Befreiung der Frau; man lese zum Beispiel den Aufsatz Hedwig Rowes Rationalisierung des Haushalts, den die Jungsozialistischen Blätter im September 1923 brachten. Nun wehrt man sich ja vielfach gegen die Industrialisierung der Hauswirtschaft, weil man die Zerstörung des Familienlebens, die Untergrabung wertvoller menschlicher Zusammenhänge fürchtet, eine Atomisierung der menschlichen Gesellschaft kommen sieht. Und doch heißt es die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man nicht sehen will, daß diese Atomisierung schon vor sich geht, von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bedingt ist, und daß es die Aufgabe ist ihr entgegenzuwirken, indem neue Zusammenhänge geschaffen werden, Formen menschlicher Gemeinschaft, die den veränderten Wirtschaftsformen entsprechen und innerhalb deren dann auch die intimeren Beziehungen zwischen Gliedern einer Familie sich sicherer und ruhiger entfalten können. Man muß schon darauf vertrauen, daß die Bande des Bluts stark genug sein werden die engeren Kreise zusammenzuhalten, auch wenn sie nicht mehr auf wirtschaftlicher Grundlage ruhen. Interessant und vielleicht symptomatisch ist die Art, wie sich der katholische Volkspädagoge Anton Heinen in seinem Buch Die Familie, ihr Wesen, ihre Gefährdungen und ihre Pflege/München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ mit dem

Problem des heutigen Familienlebens auseinandersetzt. Er schildert einsichtsvoll und klarblickend die Zersetzung, die heute die Familie bedroht, den Verfall ihrer seelischen Werte, ihre innere Aushöhlung. Von einer wirtschaftlichen Umgestaltung allerdings will man hier nichts wissen; der gleiche Verlag gibt in einem Büchlein *Das häusliche Glück Frauen und Müttern* eine Reihe von Ratschlägen, mit ausführlichem Küchenezettel, wie sie ihren Haushalt nach alter Methode führen sollen. Auch wendet sich Heinen fast mit sittlicher Empörung gegen die Erwerbsarbeit der Mütter, gegen Kindergärten und ähnliches. Eine Gesundung und Wiederbelebung des Familienlebens erwartet er ausschließlich von innen heraus, durch Weckung und Pflege seelischer Kräfte, und es ist bezeichnend, daß er sagt, nicht durch Predigt oder schriftliche Beeinflussung lasse sich die Neugestaltung eines lebendigen Familienideals erreichen, sondern auf dem Weg der lebendigen Gemeinschaft. Er denkt da an konfessionelle Müttervereine; er erkennt auch die Wichtigkeit der Erweckung wirklichen Gemeinschaftsgeistes in der Schule. So wird hier das Ziel der Gemeinschaftsbildung erkannt.

#### Genossenschaftswesen

Für die Bildung eines sozialen Geistes jedoch, der die im Entstehen begriffenen neuen Wirtschaftsformen tragen kann, eines neuen Menschengefühls, können natürlich in Europa des 20. Jahrhunderts religiöse Vereinigungen nicht mehr ausreichend sein. Verbände, in denen dies Gemeinschaftsgefühl wachsen kann, müssen schon selbst eine wirtschaftliche Grundlage haben. Daher erscheint die genossenschaftliche Frauenbewegung, die teils selbständig teils in den bestehenden Genossenschaftsverbänden organisiert ist, als der gegebene Rahmen für die werdenden neuen Formen der Hauswirtschaft. Eine Schrift Robert Schloessers *Die Frauenfrage in der Genossenschaftsbewegung* /Düsseldorf, Verlags- und Versicherungsgesellschaft des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine/ gibt auf Grund sorgfältig zusammengestellten Materials einen guten Überblick über den Stand des Problems, sowohl über die theoretische Beurteilung, die es in der Literatur der Frauenbewegung und der Genossenschaften erfährt, als über die bisherige genossenschaftliche Tätigkeit der Frauen. Die allgemeine Frauenbewegung hat der Frage bisher wenig Beachtung geschenkt, während andererseits die Genossenschaf-

ten selbst sich intensiv um die Frauen bemühen. Über den 1. Kongreß genossenschaftlich tätiger Frauen wurde in dieser Rundschau (1922 I Seite 183 f.) berichtet. Die genossenschaftliche Frauenbewegung hat in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen angenommen. Am stärksten entwickelt ist sie da, wo sie selbständig neben den Genossenschaften organisiert ist, in England, wo sie auch auf die längste Vergangenheit zurückblickt. Im Jahr 1883 wurde die *Womens Cooperative Guild* gegründet, die eine großzügige Agitation für die Genossenschaftsziele entfaltet, sich mit Erfolg für organisatorische Mitarbeit der Frauen in den Genossenschaftsverbänden einsetzt (so wurde im Jahr 1922 eine Frau Direktor der *Großeinkaufszentrale* in England) und ihr Arbeitsgebiet auch über rein genossenschaftliche Fragen hinaus auf allgemeine Fraueninteressen erstreckt. Im Gegensatz zu dem englischen System arbeiten in Österreich die Frauen nur innerhalb der Genossenschaften, in der Schweiz bestehen in den Genossenschaften besondere *Frauenkommissionen*. Nach den Erfahrungen der Schweizer Bewegung ist die administrative Mitarbeit der Frauen in den Verbänden noch sehr gering. Im Jahr 1920 schlossen sich in Deutschland Frauen aus dem Reichsverband deutscher Konsumvereine zusammen zu der *Deutschen Frauengilde für Gemeinwirtschaft* auf verbrauchergenossenschaftlicher Grundlage, die zwischen der englischen und der österreichischen Organisationsform eine Mittelstellung einnimmt; sie hat eine eigene Verwaltung, lehnt sich aber an die bestehenden Konsumgenossenschaften an; auch eine Personalunion zwischen der *Gildensekretärin* und der *Genossenschaftssekretärin* wird erstrebt. Die Richtlinien der Gilde sind als Nummer 1 einer *Flugschriftensammlung* für die deutsche Frau, herausgegeben von *Auguste Schloesser-Nickel* /Waldbroel-Büscherhof, Hauptstelle der Deutschen Frauengilde/ erschienen. Die Frauengilde erstrebt die Förderung des weiblichen Elements in den Genossenschaften und zugleich den Ausbau und die innere Festigung, die Verstärkung der geistigen und menschlichen Grundlagen der Genossenschaftsbewegung und die zeitgemäße und wirtschaftliche Gestaltung des Hausfrauenberufs. Auf der Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Juni 1921 in Eisenach beschäftigte man sich besonders mit der Heranziehung der Frauen zur genossenschaftlichen Mitarbeit. In der

Gleichheit vom 1. Dezember 1922 werden die Frauen zum Anschluß an die Genossenschaften aufgerufen, die den Großbetrieb im Haushalt und damit die Befreiung der Frau von der Überbürdung durch häusliche Arbeit ermöglichen. Nach dem Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine für 1923 betrug 1922 die Zahl der weiblichen Mitglieder des Zentralverbands 588 775, das heißt 19,46 % der Gesamtmitgliederzahl; die Mitgliederzahl hat sich um 11,22 % gegen das Jahr 1903 gesteigert, wo 41 623 weibliche Mitglieder gezählt wurden. Die Statistik zeigt, wie unverhältnismäßig gering angesichts der Bedeutung, die das Genossenschaftswesen gerade für die Frau hat, noch ihre Anteilnahme daran ist.

Während die von der bürgerlichen Frauenbewegung propägierten Hausfrauenvereine unterschiedslos Frauen aller Stände zusammenfassen sollen und dadurch in ihrer Handlungs- und Leistungsfähigkeit gehemmt werden müssen, ist die soziale Grundlage der konsumgenossenschaftlichen Frauenbewegung im wesentlichen durchaus einheitlich. Die Leiterin der englischen Frauengilde, Margaret Llewelyn Davies, sagt in einem Aufsatz, der in der Schrift *Schloessers* abgedruckt ist, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Gilde der Klasse der arbeitenden Frauen, die nicht Lohnempfänger sind, angehört, das heißt den proletarischen Hausfrauen. Die deutsche Frauengilde sucht in der Erkenntnis der vorhandenen sozialen Differenzen die bürgerlichen Frauen zunächst für Beamtenkonsumvereine zu gewinnen. Zwischen der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung sucht man ein verständnisvolles Verhältnis und gegenseitige Fühlungnahme zu erreichen; die englische Gilde regt ihre Mitglieder an ihre Kinder den Gewerkschaften zuzuführen. Auf der Grundlage dieser beiden Organisationen, die einerseits die Berufsarbeit, andererseits die Hausarbeit der Frau neu gestalten wollen, ruht die Zukunft der Frauenarbeit, die Möglichkeit ihrer Einfügung in den volkswirtschaftlichen Organismus. Daß äußere Not heute den Anschluß an den Konsumverein vorteilhaft erscheinen läßt, ist nur ein Zeichen, ein Wink, wohin die Entwicklung geht. Das Wesentliche ist die innere Umstellung der Frau, die Erweiterung ihres geistigen Horizonts, ihres wirtschaftlichen Denkens über den Kreis der Familie hinaus. Sie muß nicht nur gelegentlich und wo es ihr vorteilhaft erscheint im Konsumverein kaufen,

sie muß sich für die gemeinsame Wirtschaft mitverantwortlich fühlen, den Konsumverein gleichsam, wie Franz Staudinger in seiner Schrift *Die Konsumgenossenschaften* (Leipzig, B. G. Teubner) sagt, als ein Stück ihres Hausstandes ansehen. Die Frau muß es verstehen auch die größeren Kreise, innerhalb deren sich in Zukunft ihr hauswirtschaftliches Wirken abspielen wird, mit innerm Leben zu erfüllen. Hier ist ein Weg für die Frau, indem sie die menschliche Wärme und Lebendigkeit, die sich bisher auf die Familie beschränkte, ausweitet auf eine größere Gemeinschaft, zugleich die Arbeit für die Gesamtheit, den Beruf, persönlich zu gestalten.

**Totenliste** Am 24. Juni 1923 starb in Schkeuditz *Anna Hübler*. Sie hat jahrelang in aufopfernder Arbeit für die Arbeiterbewegung gewirkt. 1919 wurde sie als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in die Nationalversammlung gewählt.

Am 13. Juli starb *Elvira Castner*, eine der Führerinnen auf dem Gebiet der Frauenberufe, in ihrem 80. Lebensjahr. Sie rief die Gartenbauschule Marienfelde ins Leben und begründete den Gärtnerinnenberuf.

Am 20. November starb in Marburg an der Lahn *Adele Meurer*, die in der Kölner Frauenbewegung eine führende Rolle gespielt und sich vor allem in sozialer Arbeit intensiv betätigt hat.

**Kurze Chronik** In Preußen sind 4 weibliche Regierungsräte als Referentinnen für *Wohlfahrtspflege* ernannt worden. ◊ Das türkische Parlament hat bei der Beratung des neuen Familienrechts beschlossen, daß *Polygamie* verboten werden soll; nur in Ausnahmefällen soll einem Mann gestattet sein eine zweite Frau zu heiraten, doch hat dann die erste das Recht sich von ihm scheiden zu lassen. ◊ Im englischen Parlament, dem bisher 3 Frauen angehörten, sitzen jetzt 8 weibliche Abgeordnete, und zwar 3 konservative, 2 liberale und 3 Mitglieder der Arbeiterpartei, die bis jetzt keine weiblichen Vertreter im Parlament hatte. ◊ Am 17. Januar beging eine der volkstümlichsten Persönlichkeiten Königsbergs, *Pauline Bohn*, die Vorkämpferin für die Rechte der Frauen und viele Jahrzehnte hindurch die Führerin der ostpreussischen Frauenbewegung, ihren 90. Geburtstag. Bei allen fortschrittlichen Bestrebungen auf den verschiedenen Gebieten des Frauenlebens stand ihr Name obenan.

Ihr ist die Gründung des Vereins Frauenwohl im Jahr 1889 zu danken, der der Ausbildung von Krankenpflegerinnen diene. Ihr Werk ist die Errichtung der ersten Handelslehranstalt für Mädchen in Königsberg und die Erschließung behördlicher Stellen für weibliche Kräfte. Der Ostdeutsche Frauentag, der Ausschuß für Armen- und Waisenpflege, der Samariterkursus, die Jugend-, die Krüppelpflege, die Berufsauskunftsstelle, die Elternabende, die Jugendgerichtshöfe und vieles andere mehr: alle diese Einrichtungen entsprangen ihrer Initiative.

#### Literatur

In dem Lebensbild, das Julie Vogelstein von *Lily Braun* entwirft /Berlin, Hermann Klemm/, wird mit feiner psychologischer Einfühlung die geistige und menschliche Entwicklung dieser ungewöhnlichen Frau, unter kritischer Beleuchtung ihrer Selbstdarstellung in den Memoiren einer Sozialistin, herausgearbeitet. In dem Werdegang Lily Brauns spiegelt sich ein Stück der geistigen Geschichte des Sozialismus wider. ◊ Die Schrift *Regine Deutsch' 2 Jahre parlamentarischer Frauenarbeit* /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ ist eine Fortsetzung der von der selben Verfasserin unter dem Titel *Die politische Tat der Frau* veröffentlichten Zusammenstellung über die Arbeit der weiblichen Abgeordneten in der Nationalversammlung, über die in dieser Rundschau (1921 I Seite 403) berichtet wurde. Die jetzt vorliegende Untersuchung der parlamentarischen Tätigkeit der Frau im Reichstag vom Juni 1920 bis zum Juli 1922 zeigt im allgemeinen das nämliche Bild: auf dem Gebiet der großen Politik keine eigene Stellungnahme, dagegen spezifisches Fraueninteresse in Fragen der Fürsorge, insbesondere der Jugendwohlfahrt. ◊ Von den Frauen des vorsepanischen Mexicos zeichnet *Caecilie Seler-Sachs* in ihrem Buch *Frauenleben im Reiche der Azteken* /Berlin, Dietrich Reimer/ ein Bild nach alten, teils mexicanischen teils spanischen Quellen. Es zeigt die Frau vollständig auf das Haus beschränkt, dessen Besorgung ihre ganze Kraft in Anspruch nahm. Diejenigen, die selbständig den Beruf der Priestegin oder der Hebamme, der priesterlichen Charakter trug, ausübten, waren vereinzelt. Gewertet wurde die Frau vor allem als Erhalterin der Gattung: Die Frau, die ein Kind geboren hatte, wurde durch ein Kriegsgeschrei, mit dem man das Neugeborene empfing, geehrt; die Frau, die im Kindbett starb, wurde mit kriegerischen Ehren bestattet.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Hans Loewenthal

**Parthenogenese** Zwischen den beiden großen Gruppen der ungeschlechtlichen und der geschlechtlichen Fortpflanzung steht die parthenogenetische, das heißt die Entwicklung eines Individuums aus einem unbefruchteten Ei. Man unterscheidet eine fakultative und eine obligatorische Parthenogenese, je nachdem, ob die Entwicklung parthenogenetisch verlaufen kann oder muß, dieses, wenn zum Beispiel in der betreffenden Gruppe überhaupt keine Männchen existieren. Daß dieser Fortpflanzungsmodus zur Erhaltung der Art genügt, auch wenn er nicht bisweilen durch geschlechtliche Fortpflanzung unterbrochen wird, hat Hans Winkler in überzeugender Weise dargetan. Als dritte Form ist schließlich die künstliche Parthenogenese zu nennen, die durch die verschiedensten Methoden ausgelöst werden kann.

Vor nicht viel mehr als 2 Dezennien setzte Jacques Loeb die gesamte wissenschaftliche Welt durch die Mitteilung in nicht geringe Bewegung, daß es ihm gelungen sei Seeigel- und Wurmeier durch Zusatz von Chemikalien (zum Beispiel Magnesiumchlorid) zum Seewasser unbefruchtet zur Entwicklung zu bringen. Weitere Versuche zeigten, daß es nicht einmal der chemischen Mittel bedürfe, sondern daß auch mechanische, wie einfaches Schütteln, imstande sind die Entwicklung in Gang zu setzen. Offenbar sind es also physikalisch-chemische Zustandsänderungen des Eiplasmas, die die Entwicklung auslösen. Später zeigten E. Bataillon und Fritz Levy, daß künstliche Parthenogenese keineswegs nur auf Wirbellose beschränkt ist, indem sie Froscheier durch Anstich mit einer Platinnadel zur Entwicklung brachten. In einer im Biologischen Zentralblatt 1921 veröffentlichten Arbeit versuchte *Hermann Voß* die Bedingungen dieser traumatischen Parthenogenese näher kennenzulernen. Es lassen sich 2 Hauptfaktoren unterscheiden: ein entwicklungsregender, der in dem Einstich in das Ei besteht, und ein die Entwicklung fördernder, nämlich die Einimpfung von zellulären Bestandteilen. Dies kann dadurch gezeigt werden, daß Eier, die vor dem Anstich mit defibriertem Froschblut oder anderen zellenhaltigen Aufschwemmungen bepinselt werden, sich in einem viel höhern Prozentsatz entwickeln als einfach angestochene. Die

Erklärung dafür dürfte darin liegen, daß beim Stich Zellen oder Zellbestandteile mit der Nadel ins Ei gelangen und hier eine chemische Wirkung entfalten, die vielleicht eine solche oxydative Fermente ist. Der Schluß liegt nahe, daß diese auch bei der normalen Befruchtung, bei der sie durch das Spermatozoon in das Ei gelangen, eine wichtige Rolle spielen. Was bei den Wirbellosen unmöglich schien und doch möglich wurde, was dann überraschenderweise auch beim Kaltblüter gelang: die künstliche Parthenogenese, sollte sie auch beim Säugetier möglich sein? Seitdem die alte Waldey'sche Auffassung gewisser Geschwülste des Menschen, die besonders häufig im Eierstock vorkommen, als Produkte einer parthenogenetischen Entwicklung fallengelassen wurde, war die Möglichkeit des Vorkommens von Parthenogenese beim Säugetier kaum noch diskutiert worden. Durch eine, soeben im Archiv für mikroskopische Anatomie und Entwicklungsmechanik von J. Novak und K. Eisinger veröffentlichte Arbeit aus dem Embryologischen Institut der Universität Wien wird die Frage wieder aktuell. Zunächst seien die anatomischen Verhältnisse des Versuchstiers, der Ratte, geschildert. Das Ovarium der Ratte liegt nicht wie bei den meisten Säugern frei in der Bauchhöhle sondern in einem vollständig gegen die Peritonealhöhle abgeschlossenen, mit Endothel ausgekleideten Sack, in den der Eileiter hineinragt. Dieser Periovarialraum ist zur Zeit des Follikelsprungs mit Flüssigkeit erfüllt. Die entsprechend angeordnete Muskulatur des Eileiters vermag eine Druck- und Saugwirkung auf die Flüssigkeit auszuüben, und so die Eier in den Eileiter zu befördern. Rattenmännchen werden nun durch Unterbindung der Samenleiter sterilisiert und dann brünstigen Weibchen zugesellt. Die Begattung erfolgt in normaler Weise, da der Geschlechtstrieb durch diesen Eingriff nicht herabgesetzt wird. Kurz nach dem Coitus wurden den Weibchen eins oder beide Uterushörner an der Einmündungsstelle der Eileiter unterbunden, so daß die Eier nicht in die Gebärmutter gelangen können. In Abständen von einigen Stunden bis zu mehreren Tagen wurden dann die Tiere getötet, und die Geschlechtsorgane mikroskopisch untersucht. Dabei fanden sich in dem flüssigkeitserfüllten Periovarialraum maulbeerförmige Zellkomplexe, aus denen durch knospenartige Abchnürung mannigfache Formen her-

vorgehen. Sie bestehen aus polygonalen epitheloiden Zellen mit rundem Kern. Diese Zellballen liegen zum Teil frei in der Flüssigkeit, zum größern Teil aber sind sie mit der Ovarialkapselwand verwachsen. Die Art der Anheftung entspricht völlig der des normalen befruchteten Eis in der Uterushöhle. Nach Ansicht der genannten Autoren sind diese Zellballen die Entwicklungsprodukte der unbefruchteten Eier. Der Reiz, den die Teilung der unbefruchteten Eier veranlaßt, ist in dem physikalisch-chemischen Zustand der infolge der Abbindung der Eileiter gestauten Flüssigkeit im Periovarialraum zu suchen, die sich auch durch ihren höhern Eiweißgehalt von der normalerweise dort befindlichen unterscheidet. Diese Befunde zeigen jedenfalls, daß auch das unbefruchtete Säugetierei sich zu teilen und wenigstens in dem Sinn weiterzuentwickeln vermag, daß aus ihm ein aus zahlreichen Zellen bestehendes, wenn auch nicht weiter in Keimblätter differenziertes Gebilde entsteht.

Was schließlich die Ursache der natürlichen Parthenogenese betrifft, so ist anzunehmen, daß der Weg von der bisexualen Fortpflanzung infolge eintretenden Männchenmangels über die fakultative zur obligatorischen Parthenogenese führt. Wie, darüber sind unsere Vorstellungen noch äußerst ungeklärt. Um so mehr ist ein Versuch Jakob Seilers, im 31. Band der Zeitschrift für induktive Abstammungs- und Vererbungslehre, die Parthenogenese der Schmetterlingsgruppe der Psychiden cytologisch zu erklären zu begrüßen. Die Schlussfolgerungen, die er aus seinen Untersuchungen zieht, seien kurz mitgeteilt. Das Schmetterlingsei besitzt häufig die Fähigkeit unbesamt die Entwicklung beginnen zu können. Sie führt über beide Reifungsteilungen zu haploiden Furchungskernen. Jetzt macht sich das Ausbleiben der Befruchtung bemerkbar: Die Entwicklung stockt, wenn nicht automiktische Vorgänge (Kernverschmelzung) eingeschaltet werden, gleichsam als Ersatz für die Befruchtung. Die Automixis kann durch Verschmelzung zweier Furchungskerne oder vom Eikern mit einem Richtungskörper zustande kommen. Daraus resultiert ein Entwicklungsimpuls, der Individuen hervorbringt, die sich in keiner Weise von bisexuell erzeugten unterscheiden.

2 Problemgruppen sind es also, die sich mit der Parthenogenese beschäftigen: die Frage nach dem Ursprung der natür-

lichen Parthenogenese und die Möglichkeit mit Hilfe der experimentellen Parthenogenese tiefer in das Geheimnis des Befruchtungsprozesses einzudringen.

**Forschungsanstalten und -reisen** Es wird jetzt bekannt, daß die deutsche *Zoologische Station* in Neapel, die während des Krieges beschlagnahmt war, unter der Leitung Reinhard Dohrns, des Sohnes des Begründers, fortgeführt werden soll. Die italienische Regierung behält sich die Oberaufsicht über das Institut vor; dem Leiter soll ein Verwaltungsrat beigeordnet werden, dessen Vorsitz der Bürgermeister von Neapel übernimmt.

Eine vom American Museum of Natural History ausgerüstete Expedition unter Leitung Andrews' ist vor kurzem aus ihrem Forschungsgebiet, der Mongolei und der Wüste Ghobi, zurückgekehrt. Soweit man jetzt schon übersehen kann, erscheint die Ausbeute für die *Paläontologie* außerordentlich bedeutend. Hinsichtlich der Menge der Fossilien scheint das neudurchforschte Gebiet überhaupt das ergiebige der Erde zu sein, eine Tatsache, die geeignet ist unsere Anschauungen über Entstehungsart und Verbreitung der neuzeitlichen Tierwelt wesentlich zu beeinflussen. Andrews fand auch zum erstenmal Eier des Dinosaurius, mit, wie die Skelettreste im Innern zeigen, entwickelten Embryonen, so daß mit diesem Fund die Oviparität der Riesensaurier erwiesen ist.

**Einführungen** Mit einem neuen Unternehmen, das den Namen *Biologische Studienbücher* führt, tritt der Verlag Theodor Fisher in Freiburg auf den Plan. Diese von dem bekannten naturwissenschaftlichen Pädagogen Walter Schoenichen herausgegebene Reihe bezweckt eine wissenschaftliche Einführung in das gesamte Arbeitsgebiet der Biologie zu geben. Die einzelnen Hefte sollen abgeschlossene Teilgebiete der Zoologie und Botanik behandeln. Besonderer Wert wird auf die praktische Anleitung gelegt. Bereits das 1. Heft der Sammlung, in dem Günther Just praktische Übungen zur *Vererbungslehre* bringt, ist geeignet besonderes Interesse zu erregen. Behandelt es doch ein Gebiet, das für den Anfänger ebenso schwer zugänglich wie praktisch wichtig ist. An der Hand von Beispielen bringt der 1. Teil die Variationsanalyse, also den rechnerischen Teil der Vererbungslehre, der leider vielen Biologen

wegen der darin vorkommenden mathematischen Formulierungen nicht ganz geheimer ist. Das Buch wird seinen Zweck erfüllt haben, wenn es hieran etwas zu bessern vermag. Der 2. Teil bringt die Analyse von Kreuzungsexperimenten, der 3. die Methoden der Erb-analyse beim Menschen. Das Büchlein bietet gewiß keine leichte Lektüre und setzt die Kenntnis des Tatsachenmaterials voraus; wer es aber durchgearbeitet hat, der wird sich sagen dürfen, daß er ein Stück Biologie erarbeitet habe.

**Gemeinverständliche Schriften** Ein hohes Ziel hat sich der Rostocker Zoologe Paul Schultze in seinem Werk *Biologie der Tiere Deutschlands* /Berlin, Gebrüder Borntraeger/ gesetzt. Die besten Kenner der einzelnen Tiergruppen schildern hier Entwicklung, Bau und Funktion der *tierischen Organe* in Beziehung zur Lebensweise der Tiere. Damit werden zum erstenmal die in der Literatur verstreuten unzähligen Angaben zusammengetragen und ausgewertet. Die Auswahl ist so getroffen, daß es auch für weitere Kreise verständlich ist.

Ein Schriftchen *Das Werden des Menschen* von Adolf Heilborn eröffnet die Reihe von Schwabachers *Medizinischer Bibliothek* /Berlin, Schwabacher/, in der von ärztlichen Autoritäten die *Krankheiten des Menschen* gemeinverständlich dargestellt werden sollen.

**Kurze Chronik** Der erst jetzt verteilte medizinische *Nobelpreis* für das Jahr 1922 wurde geteilt. Die eine Hälfte erhielt der Extraordinarius für Physiologie an der Universität Kiel Otto Meyerhof für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Muskelphysiologie, die die chemischen Vorgänge im Muskelgewebe, besonders die Rolle der Milchsäure, sowie die thermodynamischen Prozesse aufklärten. Der andere Preisträger ist der Londoner Physiologe Archibald Hill, der über Wärmetönung bei biochemischen Reaktionen, besonders bei der Muskelarbeit, arbeitete. ◊ Im Mittelpunkt des Interesses bei der Tagung des Vereins deutscher Chemiker, die vom 27. bis zum 29. September 1923 in Jena stattfand, standen Probleme der *Biochemie*. So legte Otto Lemmermann /Dahlem/ dar, daß die für die Ernährung der Pflanzen so wichtige Phosphorsäure, deren Beschaffung aus dem Ausland jetzt große Schwierigkeiten macht, durch Kieselsäure in Form von

Wasserglaslösungen ersetzt werden kann (siehe hier auch die Rundschau Landwirtschaft, 1923 Seite 769). Hermann Heß /Dahlem/ berichtete über seine Forschungen, die ihn zu einer neuen Auffassung über den Bau des Cellulosemoleküls führten. Rudolf Grün /Schreckenstein/ gelang die Synthese des Lecithins, jenes wichtigen Bestandteils der Nervensubstanz. Carl Neuberg /Dahlem/ berichtete zusammenfassend über die Fragen der Gärungschemie, deren Klärung in den letzten Jahren durch das von ihm angegebene Abgangverfahren wesentlich gefördert wurde; seine Forschungen berechneten zu der Hoffnung, daß manche Synthesen, die eine rein chemische Arbeitsweise noch nicht leisten kann, mit Hilfe von Mikroorganismen ausgeführt werden können. ◊ Als Nachfolger Max Rubners hat *Franz Hofmann* aus Bonn das Ordinariat für Physiologie an der Berliner Universität übernommen. Sein Arbeitsgebiet ist die Sinnesphysiologie. ◊ In Greifswald wurde *Paul Buchner* aus München, der durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Zellkunde und Symbiose bekannt ist, Ordinarius der Zoologie. ◊ Der Hamburger Anatom *Wilhelm von Möllendorff*, der die Entwicklungsgeschichte des Menschen und die Vitalfärbung von Geweben bearbeitet, folgt einem Ruf nach Kiel als Nachfolger des Professors Graf von Spee. ◊ An der Universität Berlin *habilitierte* sich Fritz von Wettstein für Botanik, Ernst Marcus für Zoologie.

#### Literatur

Die Not der Zeit fordert ständige Opfer unter den wissenschaftlichen *Zeitschriften*. So mußte jetzt auch mit ihrem 20. Band die 1902 von Max Verworn begründete Zeitschrift für allgemeine Physiologie /Jena, Gustav Fischer/ ihr Erscheinen einstellen. Begründet, um den Problemen der allgemeinen Physiologie, besonders auch der Zellular- und Protoplastenphysiologie, in der Verworn ja Grundlegendes geschaffen hat, mehr Geltung zu verschaffen, hat sie ihren Zweck vollauf erfüllt und ist ein Mittler zwischen den Interessen der medizinischen und zoologischen Physiologie geworden. Andere Zeitschriften fusionieren sich, um dem Tod zu entgehen. So wurde jetzt das zuletzt von Oscar Hertwig herausgegebene Archiv für mikroskopische Anatomie und Entwicklungsgeschichte mit Wilhelm Roux' Archiv für Entwicklungsmechanik /Berlin, Julius Springer/ vereinigt.

#### Geschichte / Walther Koch

**Zusammenbruch 1918** In letzter Zeit ist viel von dem "Novemberversprechen" von 1918 geredet worden, und zum 5jährigen Jahrestag des Novembers 1918 sollte von München aus die nationale Diktatur für das Reich ausgerufen werden. Das ist nun freilich kläglich mißglückt. Doch ist es wichtig genug sich die Ereignisse vom Anfang November 1918 ins Gedächtnis zurückzurufen, die zum Kriegsende und zum Zusammenbruch führten, den man hochtrabend auch eine Revolution genannt hat. Neben den mannigfachen Erinnerungen beteiligter Persönlichkeiten liegt nunmehr eine glänzend geschriebene und die Dinge objektiv von den verschiedenen Standpunkten aus betrachtende Schilderung dieser Zeit in *Karl Friedrich Nowaks Chaos* vor /München, Verlag für Kulturpolitik/. Das Buch bildet die Fortsetzung des in dieser Rundschau (1921 II Seite 837 ff.) bereits besprochenen Nowakschen Werkes *Der Sturz der Mittelmächte* und beginnt mit der Niederlage bei Vittorio am Isonzo, die das Signal zur Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee gegeben hat. Dann wird die Entwicklung geschildert, die zu der Bildung slawischer Nationalstaaten führte. Wie stark dabei die Forderungen und Versprechungen des Präsidenten Wilson, namentlich bei der Bildung Tschechiens, mitwirkten, ist bekannt.

Ausgezeichnet ist die Darstellung der Ratlosigkeit im Großen Hauptquartier in der Umgebung Wilhelms II., die in filmartigen Kontrasten mit Szenen aus der aufgewählten Hauptstadt wechselt. Es geht um die von Wilson andeutungsweise geforderte Abdankung des Kaisers, die beziehungsweise nach der Depesche des preußischen Gesandten in München von Treutler von der bayrischen Öffentlichkeit, der Regierung und dem Volk besonders temperamentvoll verlangt wurde. Eine wichtige Rolle spielt dabei der damalige sozialistische Staatssekretär Scheidemann, der auf Beschluß der Sozialdemokratie ein Schreiben in diesem Sinn an den Kanzler gerichtet hatte. Revolutionäre Aufrufe der Unabhängigen wurden aus Westfalen gemeldet. Um nicht von den Ereignissen überholt zu werden, mußten die Mehrheitssozialisten Stellung nehmen; sie taten dies durch die Aufröhrung der Abdankungsfrage im Kabinett durch Scheidemann. Der als Nachfolger Ludendorffs zum Generalquartiermeister ernannte General Groener

fand in der Obersten Heeresleitung allgemeine Kopflösigkeit; man wollte so schnell wie möglich einen Waffenstillstand, um einem feindlichen Frontdurchbruch zu entgehen. In diese Verwirrung hinein fiel die Abreise des Kaisers aus Berlin zum Großen Hauptquartier, die wie eine Flucht wirkte. Vergebens bestürmte Prinz Max von Baden den Kaiser so rasch wie möglich nach Berlin zurückzukehren. Die Abdankung, die dem Kaiser durch den Minister Drews nahegelegt wurde, lehnte dieser schroff ab. Zwischen Hindenburg und Drews kam es zu erregtem Wortwechsel, wobei Drews Hindenburg die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge zuschob. Groener forderte mit aller Entschiedenheit: »Der Kaiser muß an der Spitze der Truppen auf das Gefechtsfeld.« Aber die Umgebung des Kaisers wollte ihn unter keinen Umständen solchen Gefahren aussetzen. Es kamen die Ereignisse in Kiel. Bei der Ausfahrt des ersten Geschwaders brachen die Unruhen aus. In Wilhelmshaven und Kiel machte sich unter den Matrosen starke Friedenssehnsucht bemerkbar. Die Vorgänge in Kiel werden sehr lebendig geschildert. Auch Noskes Auftreten wird gut charakterisiert. Einige Abschnitte sind den österreichisch-ungarischen Geschehnissen gewidmet. Von besonderem Interesse ist die Schilderung der Staatssitzung, in der der sozialdemokratische Führer Victor Adler die Worte sprach: »Wir haben diesen Krieg nicht erklärt. Es mögen diejenigen den Waffenstillstand verantworten, die am Kriege schuld sind.« Die Vorgänge im Innern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, der Abschluß des Waffenstillstands in der Villa Giusti und die vollkommene Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee mußten bald auf die Situation Deutschlands einwirken. Dazu kam die Waffenstillstandsforderung durch Ludendorff, die von der Reichsregierung scharf kritisiert wurde. Der General Ludendorff hätte »eine Torheit begangen, die nicht wieder gutzumachen sei«. Scheidemann versuchte auf Bitten der Regierung die Lösung der Kaiserfrage und die drohende Revolution aufzuhalten. Aber selbst Groener mußte gestehen, daß der Widerstand der Front nur noch von kurzer Dauer sein könnte. Erzberger wurde nun von dem ganzen Kabinett gedrängt die Waffenstillstandsverhandlungen zu führen; erst nach heftigem Widerstreben war er dazu bereit. Wie lange die revolutionär gestimmte Arbeiterschaft

sich noch aufhalten ließ, schien selbst den sozialistischen Führern sehr fraglich. Noske hatte sich zwar in Kiel durchgesetzt. Doch die radikalen Sozialisten gingen weiter. Zuerst sollte der 4. November der Tag des Losschlagens sein. Die Kieler Ereignisse drängten vorwärts. Auch die Mehrheitssozialisten wurden mitgerissen. Scheidemann forderte seinen Rücktritt aus dem Kabinett, »falls der Kaiser bis zum andern Mittag nicht zurückgetreten sei«. Inzwischen war in München unter Eisners Führung der Umsturz vollzogen worden. In Bayern war die Bewegung von Anfang an radikal, ohne Zusammenhang mit den Vorgängen in Kiel und den Sozialisten der Reichshauptstadt. Die Mehrheitssozialisten standen auch in München erst vorsichtig abwartend abseits, doch bald einigten sich die beiden sozialistischen Richtungen. Mit zum Besten des Werkes gehört die Darstellung des 9. Novembers, die mit der Versammlung der Führer und Obleute der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Redaktion des Berliner Vorwärts anfängt. Der Termin für die Abdankung des Kaisers war bereits verstrichen. Scheidemann warnte vor Gewalt und Blutvergießen. Die Obleute wollten nicht mehr länger warten als bis zum nächsten Morgen um 9 Uhr. Wels drängte nach einer Einheitsfront der Arbeiter. Dann schildert der Verfasser die so entscheidenden Verhandlungen mit den Naumburger Jägern. Die sozialistischen Staatssekretäre traten zurück. Der Aufmarsch der Arbeiter begann. Die Verhandlungen im Großen Hauptquartier wegen der Abdankung des Kaisers zogen sich hin. Während Groener voraussah, was kommen mußte, beeinflusste der General Graf Schulenburg den Kaiser in verhängnisvoller Weise und bestimmte ihn zum Bleiben. Die Umgebung des Kaisers glaubte noch immer durch Polizeimaßnahmen der Unruhen Herr werden zu können. Ein Gutachten von 39 Kommandeuren, von denen nur einer der Meinung war, daß man für die Zuverlässigkeit der Truppen bedingungslos Gewähr leisten könne, gab den Ausschlag. Erzberger sollte den Waffenstillstand abschließen. Der Kaiser wollte als Kaiser abdanken, nicht aber als König von Preußen. Die Abdankungsnachricht kam zu spät nach Berlin. Der Reichskanzler mußte auf eigene Verantwortung handeln. Ebert und Scheidemann hatten indes schon den Auftrieb der Regierung zu übernehmen. In Berlin hatten sich die Arbeiter in den Besitz der Macht gesetzt.

Die Truppen schossen nicht. Scheidemann rang sich zu dem Entschluß durch die Republik auszurufen. Wels fuhr von Kaserne zu Kaserne. Auch in Österreich-Ungarn verzichtete der Kaiser Karl auf den Thron. Anschaulich schließt die Darstellung nach Art Rankescher Geschichtserzählung mit der Schilderung der Szene, wie der Kaiser Schloß Schönbrunn verließ, und nur ein Gardereiter im Schloß zurückblieb, der eingeschlafen war. Hindenburg stellte sich der neuen Macht zur Verfügung, die Truppen zogen in die Heimat zurück.

**Absolutismus** In der Weltgeschichte, die Ludo Moritz Hartmann herausgibt /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ erschien der von *Kurt Kaser* verfaßte Band Geschichte Europas im Zeitalter des Absolutismus und der Vollendung des modernen Staatssystems 1660 bis 1789. Er verdient die gleiche Beachtung wie die bereits abgeschlossenen Bände. Der Verfasser behandelt die Zeit von 1660 bis 1789 vom gesamt-europäischen Standpunkt und weist auch nachdrücklich auf die Vollendung des modernen Staatensystems hin. Vorzüglich sind die Zusammenhänge zwischen Absolutismus und Merkantilismus hervorgehoben. Der Absolutismus wird als zeitgeschichtliche Notwendigkeit begriffen, in ihm wird das Mittelalter überwunden, und größere Staatsgebilde bahnen sich an. An die Stelle der feudalen Dezentralisation im öffentlichen Leben tritt der zentralisierte Beamtenstaat. Noch heute leiden wir unter den Nachwirkungen dieses bis zum Letzten getriebenen Zentralismus. Man hängt noch zu sehr an den demokratisierten Traditionen des absoluten Staates, der alles Eigenleben im Staat zertrümmerte, während man vielmehr Selbstverwaltungsgeist, Genossenschaftsgesinnung auch im politischen Aufbau bekunden sollte. Doch war zur Zeit des Absolutismus diese Vereinheitlichung notwendig. Neben die Einheit der Verwaltung trat die des Rechts und der Wirtschaft, der Verkehr wurde von inneren Schranken befreit, das Wirtschaftsgebiet nach außen abgeschlossen. Der Adel, der seinen politischen Einfluß verlor, wird nun durch Offiziersstellen im neuen monarchischen Heer und durch soziale Vorzugsstellung auf dem Land entschädigt. Den Gegensatz zwischen bürgerlicher und adliger Welt zeigen uns Schauspiele wie Molières *Bourgeois gentilhomme* und Schillers *Kabale und Liebe*. Die Kräfte des Bürgertums wurden durch

einseitige Förderung des Handels und der Industrie vergrößert. Bürgerlicher Reichtum wird eine Hauptfinanzquelle für den absoluten Staat. Das Bürgertum fühlt sich mit der Krone solidarisch. Der moderne Einheitsstaat entstand mit der Beseitigung aller individuellen korporativen und religiösen Freiheiten. Dem stehen die Schattenseiten des Absolutismus gegenüber, die fast ununterbrochen während der Kriege, eine Auswirkung der Wirtschaftspolitik des Merkantilismus. Dem Merkantilismus galt der geldreichste Staat als der mächtigste. Daher wurde der Hauptwert auf einen blühenden Außenhandel gelegt, der durch Erzielung einer aktiven Handelsbilanz, das heißt durch Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr, Geld ins Land brachte. (Das Aus- und Einfuhrproblem ist uns heute angesichts unserer Währungsorgen wieder allzu bekannt.) Die moderne Kolonialpolitik, die günstige Absatzgebiete zu erobern sucht, beginnt im Zeitalter des Merkantilismus. Handelsmarinen entstehen. Die Stadtwirtschaft im Innern erweitert sich zur Staatswirtschaft und bereitet damit die moderne Volkswirtschaft vor. Die wirtschaftliche Grundlage dieser Entwicklung bildet der aufkommende Kapitalismus. Das Luxusbedürfnis der Höfe wie die stehenden Heere fördern bestimmte Industriezweige. Die Heereslieferanten werden zu kapitalistischen Unternehmern. Der Staat braucht Geld, Kredit und fördert dadurch das sich entwickelnde Finanzkapital. Besonders die Steuerpächter konnten sich auf Kosten des Volkes bereichern. Die feine Maschinerie des modernen Geldverkehrs mit Banknoten, Aktien und Wechseln wird in Betrieb gesetzt. Der Kapitalismus wird die Haupttriebfeder der imperialistischen Politik, die nach Monopolisierung der Seemacht und des Welthandels und nach riesigen Kolonialreichen strebt. So entsteht die moderne Weltpolitik. Vor allem ringen nun der französische und der englische Imperialismus mit einander. Der Verfasser schildert dann die absolute Monarchie Ludwigs XIV. in ihrem Aufstieg, ihren Auswirkungen und Beziehungen zur übrigen Staatenwelt. An die Stelle des Habsburgischen Rivalen tritt immer mehr der neu aufstrebende englische Imperialismus, Preußen und Rußland treten als neue Großmächte im Lauf des 18. Jahrhunderts hinzu. »Das Wiederaufleben der französischen Großmachtspolitik zwang England in den festländischen Händeln Partei zu ergreifen.« England

schwankt von da ab, ob es sich auf seine Seeinteressen zurückziehen oder auf dem Festland unter dem Schlagwort der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts intervenieren soll. Seit Wilhelm von Oranien ruft England immer wieder die Festlandsmächte gegen den französischen Erbfeind unter die Waffen, um seine Weltstellung zu sichern. Der englisch-französische Gegensatz wirkt sich, abgesehen vom Kontinent, in Amerika und Ostindien aus. Die Vernichtung Frankreichs als See- und Kolonialmacht war Englands eigentliches Kriegsziel. Nun verknüpft sich im Siebenjährigen Krieg der englisch-französische mit dem preußisch-österreichischen Gegensatz. Friedrich II. fand den Beistand Englands, Preußen war der kontinentale Degen Englands unter William Pitt dem Ältern. Amerika und Indien sollten Frankreich in Deutschland abgerungen werden, was ja auch gelang. Der Siebenjährige Krieg schuf die Grundlage der britischen Weltmacht. Als neue weltpolitische Momente treten dann die russische Orientpolitik und der Befreiungskrieg der Vereinigten Staaten von Amerika hinzu. Der Merkantilismus wird durch den Liberalismus Adam Smith' abgelöst, England versöhnt sich zeitweilig mit seinem schlimmsten Konkurrenten Frankreich im Handelsvertrag von 1786. Zugleich wandelt es sich mehr und mehr vom Agrar- zum Industriestaat. Am Ende dieser Periode ist das europäische Staatensystem in sich vollendet. Englands Einfluß drängt den Frankreichs immer mehr zurück. <Und so blieb es bis zur Napoléonischen Epoche und dann wieder bis zu unseren Tagen, wo sich unter unseren Augen, von wenigen noch erkannt, eine weltpolitische Neuentscheidung vollzieht.> Mit einer Darstellung des aufgeklärten Absolutismus und der Vorböten der französischen Revolution schließt das Kasersche Werk.

**Französische Revolutionswirtschaft** Eine für unsere augenblickliche wirtschaftliche Lage sehr aufschlußreiche Arbeit ist *Fritz von Hakes* Buch Zusammenbruch und Aufstieg des französischen Wirtschaftslebens 1789 bis 1799 /München, C. H. Beck/. »Die Arbeit ist aus dem Gedanken heraus entstanden, der uns alle unentwegt beschäftigt: Wie kann unser Wirtschaftsleben wieder gesunden?« So betrachtet der Verfasser das Problem der Wiedererholung Frankreichs aus einem ungeheuren Zusammenbruch, was dem Buch seine besondere wirtschaftspolitische Färbung gibt. Unter be-

stimmten Voraussetzungen ist das Werk somit der erste Versuch einer zusammenhängenden Wirtschaftsgeschichte der Großen Revolution. Hake nimmt, mit Recht, davon Abstand Parallelen zu der deutschen Geschichte der letzten Jahre zu ziehen.

Die Einleitung gibt einen Überblick über die Wirtschaftsverhältnisse der vorrevolutionären Zeit, zugleich läßt sie die Historiker dieser Epoche in kritischer Beleuchtung Revue passieren. Dem Verfasser liegt daran die Zustände vor der Revolution möglichst günstig erscheinen zu lassen, damit sich der Absturz nach der Revolution um so krasser darstelle. Zu Beginn der Revolution treten die Zurückhaltung der Lebensmittel auf dem Land und der Brotmangel besonders hervor. Alles, was der Verfasser über die schnelle Entwertung der Assignaten mitteilt, wird uns in unserer Währungsnot interessieren; wengleich die ins Bodenlose versinkende Mark eine wirkliche Vergleichung mit der nach heutigen Begriffen noch ganz bescheidenen Entwertung der Assignaten nicht zuläßt. Versuche in den Nationalwerkstätten Akkordarbeit einzuführen mißlingen, die Arbeitsdisziplin litt außerordentlich. Zur Zeit des Konvents häuften sich die Plünderungen von Läden und Magazinen. Vor allem mußte man streben das Brot zu verbilligen. Dies gelang nicht, weil die Landwirte mit dem Getreide zurückhielten, da ihnen nur schlechtes Papiergeld dafür geboten wurde. Die Schreckensherrschaft führte die Zwangswirtschaft ein. Die Spekulation mit Papiergeld sollte unterbunden, die Währung stabilisiert werden. Die Börse wurde geschlossen. Nummehr betrieb man die Geschäfte hinter verschlossenen Türen. Zwangsanleihen sollten helfen. Schließlich entschloß man sich Höchstpreise festzusetzen, die Zwangswirtschaft einzuführen. Alle gewaltsamen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Betriebe trächten sich aber. Überall herrschte Not. Nur die Kommissare, die an der Macht waren, schwelgten im Überfluß. Niemand, der noch etwas besaß, war auch nur eine Stunde seines Besitzes und seines Lebens sicher. Um die Ansammlungen vor den Bäckerläden zu hindern, wurden Brotkarten verteilt. Es durfte nur eine einzige Sorte Brot gebacken werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten helfen, amerikanisches Getreide kam herein. Das System des Terrors versagte gegenüber den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Nun versuchte man den Assig-

naten einen offiziellen Gold- und Silberkurs zu geben. Auch das Getreide wurde als Wertmesser herangezogen. Doch die Regierung ging auf keinen dieser Versuche ein. Entsprechend dem Sinken der Assignaten stiegen die Lebensmittel dauernd im Preis. Zwar hoben sich auch die Arbeitslöhne, doch lange nicht in gleichem Maß. Die Republik wurde verhaßt. Das Königtum, glaubte man, werde wieder Frieden und Brot bringen. Not und Erbitterung führten zum Aufstand vom 13. Vendémiaire (5. Oktober). Nun wurden die persönlichen Verfehlungen der führenden Jakobiner in der Öffentlichkeit bekannt. Sie hatten Gelder veruntreut, verschoben und erpreßt. Schließlich verhaftet ein General die mißliebigen Abgeordneten. Die Zeit des Direktoriums beginnt. Der Assignatenkurs war derart gefallen, daß sich die Leute ihre Pfeifen mit 100 Livres-Assignaten ansteckten. Man versuchte von neuem vergeblich eine Zwangsanleihe aufzulegen. Sie begegnete allgemein äußerstem passiven Widerstand. Endlich wurde die Assignatenpresse stillgelegt. Reskriptionen nach Art unserer Rentenmark wurden ausgegeben. Dann wurde ein Papiergeld eingeführt, für das die staatlichen Domänen hafteten. Erst Napoléon schaffte durch die Kriegskontributionen Barmittel ins Land. So brachte er die klingende Münze wieder zu Ehren. Im allgemeinen bedeutet der 18. Juli 1796 das Ende der Assignatenwirtschaft. Am Anfang dieses Jahres wurden 12 000 Beamte entlassen, um Ersparnisse zu ermöglichen. Durch die Herrschaft Napoléons wurde der Kredit des Staates mit einem Schlag verdoppelt. Napoléon, auch als Organisator genial, trieb nicht mehr Raubbau sondern wirklich aufbauende Finanzpolitik. Zunächst annullierte er die Zwangsanleihe. Er führte erträgliche direkte und indirekte Steuern ein. Mit seinen äußeren Erfolgen hob sich der Kurs des Geldes.

Das Buch von Hakes gehört zu den lehrreichsten, die wir heute lesen können.

**Ausgrabungen** In Luxor in Ägypten wurde im Februar 1923 durch Lord Carnarvon und seinen Mitarbeiter Carters eine der bedeutendsten Entdeckungen gemacht, die bisher in der Geschichte der Ausgrabungen gelungen sind: Die Grabstätte des Königs Tutankhamen wurde von ihnen freigelegt. Das Grabmal ist gegen 3000 Jahre alt und, wie sich bei der feierlichen Öffnung der Grabkammer zeigte, in dieser langen Zeit

in vollkommen unberührtem Zustand geblieben. Es enthält Schätze von kaum gesehener Kostbarkeit und Fülle. Dabei ist das eigentliche Grab, das die Leiche des Königs birgt, noch nicht geöffnet worden und dürfte auch vorläufig noch unerschlossen bleiben, weil der Zugang dazu durch eine starke Mauer gesichert ist, die erst niedergelegt werden muß. Dagegen ist die mächtige Grabkammer wie die durch einen Torweg mit ihr verbundene Vorratskammer geöffnet worden, die unüberschbare Schätze birgt. Die Grabkammer ist fast vollständig durch einen mächtigen Schrein ausgefüllt, in den wiederum kleinere Schreine eingelassen sind, in deren innerstem, wie man vermutet, die Gebeine des Königs ruhen. Die kostbar ausgestatteten Schreine wie auch die in der Vorratskammer aufgefundenen Elfenbein- und Holzschränke sind durchweg von wunderbarer Arbeit. Sie strotzen von Gold, daneben herrscht blaue Fayence vor. Auf dem Schrein in der Vorratskammer sind Königsschlangen sowie Götterbilder mit offenen Armen angebracht. Am Eingang zur Kammer stehen ebenfalls Sinnbilder der Götter und der Unterwelt: ein schakalköpfiger Anubis auf einem Schlitten in Schwarz und Gold, ein Bullenkopf als Sinnbild der Unterwelt. In einem schwarzen Kasten, wie die Kammer deren mehrere enthält, steht auch eine goldene Bildsäule des Königs auf einem schwarzen Leoparden. Auf dem Boden der Grabkammer liegen 7 Ruder, die der König in den Gewässern der andern Welt gebrauchen soll. Auch köstliche, in ihrer Weise erhaltene Alabastervasen und ein Juwelenschmuckstück fandensich. Die Ausbeute dürfte erst allmählich ihren vollen Reichtum zeigen.

**Totenliste** Ende November 1922 starb in Heidelberg im Alter von 63 Jahren Carl Bezold, einer der bedeutendsten Vertreter der semitischen Philologie. Bezold promovierte in Leipzig mit einer Untersuchung über die keilschriftlichen Achämenideninschriften und habilitierte sich 1883 in München. Von 1888 bis 1893 katalogisierte er in London am Britischen Museum die dort aufbewahrten Keilinschriften und die Tell el Amarna-Funde. In englischer Sprache wurden seine Untersuchungen darüber in mehreren Bänden veröffentlicht. 1894 berief die Universität Heidelberg den Gelehrten zum Professor der semitischen Philologie und zum Direktor des Orientalischen Semi-

nars. Sein Ruf drang weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Er schrieb eine große Anzahl wissenschaftlicher Werke, hauptsächlich über sein Spezialgebiet: babylonische Sprach- und Altertumskunde, und über andere orientalische Sprachen. In populärer Form sind seine Forschungen in der Monographie *Die Kulturwelt des alten Orients* (in Ullsteins *Weltgeschichte*) zusammengefaßt.

Anfang 1923 starb in Basel der Ordinarius der semitischen Philologie *Friedrich Schultheß*, 54 Jahre alt. Auch er war durch Nöldekes Schule gegangen und durch ihn wie durch Paul de Lagarde für das Studium der orientalischen Sprachen gewonnen worden. Sein spezielles Forschungsgebiet war das Aramäische. Er schrieb eine Reihe grammatischer und lexikalischer Arbeiten über das Syrische und die aramäischen Dialekte, veröffentlichte Übersetzungen und beschäftigte sich auch viel mit den Dichtern Altarabiens. Als sehr originell und bedeutend gilt die in den Abhandlungen der Berliner Akademie 1912 publizierte Schrift *Zurufe an Tiere im Arabischen*.

Im Alter von 53 Jahren starb im Februar in Halle *Albert Werminghoff*, einer der namhaftesten Gelehrten auf dem Gebiet der älteren deutschen Geschichte. Werminghoff ist ein Schüler Scheffer-Boichhorsts. Er wurde 1907 Professor in Königsberg, 1913 wurde er als Nachfolger Theodor Lindners nach Halle berufen. Sein Hauptwerk ist die *Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter*, ferner lieferte er Beiträge zur Geschichte des Deutschen Ordens. Er war auch Mitarbeiter der *Monumenta Germaniae historica*.

Am 19. Februar starb in Paris der Napoleonforscher *Frédéric Masson*, 76 Jahre alt. Er schrieb eine Reihe von Büchern über Napoleon I. und seine Familie: *Napoléon chez lui, Les cavaliers de Napoléon, Napoléon inconnu, Napoléon et sa famille, La révolution de Toulon /1875/, Le Marquis de Grignan /1881/, Napoléon et les femmes /1882/, En campagne /1885/, Josephine impératrice et reine /1883/* und andere. Er war Sekretär der *Académie Française*.

Anfang März verschied in Königsberg 71jährig der Direktor des dortigen Staatsarchivs *Erich Joachim*, der zahlreiche Arbeiten zur älteren deutschen Geschichte, vor allem zur Geschichte der Ostmark veröffentlicht hat. Er gab ein 3bändiges Werk über die Politik der letzten Hochmeister in Preußen heraus.

Ende März starb in Paris im Alter von 77 Jahren der Orientalist und Archäologe *Charles Chermont-Ganneau*, der lebhaft bei den Ausgrabungen in Palästina, Phönizien und Ägypten mitgearbeitet hatte. 1870 hatte er den Text der Inschrift des Königs Mesa von Moab, des ältesten Denkmals der hebräischen Sprache und Schrift, veröffentlicht. Dieser Text, der auf einem dem Gott Samos geweihten Denkstein stand, berichtet in vollständiger Übereinstimmung mit der entsprechenden biblischen Erzählung von dem Sieg des Königs über König Joram von Israel. Der Denkstein wird im Louvre aufbewahrt.

Im April, kurz nach der Entdeckung des Königsgrabs in Luxor, die seinen Namen weltberühmt machte, starb in Kairo, an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich durch den Stich eines giftigen Insekts zugezogen hatte, *George Earl of Carnarvon*, 57 Jahre alt. Das ägyptische Landvolk sah seine Erkrankung und seinen Tod allgemein als Strafe dafür an, daß er die Ruhe des alten Königs durch seine Ausgrabungen gestört hatte. Carnarvon hatte stets kunsthistorische und archäologische Interessen bekundet. 1914 wurde seine Aufmerksamkeit auf Ägypten und die dortigen Ausgrabungen gelenkt, als er von den Erfolgen eines Amerikaners auf diesem Gebiet hörte. Nach dem Tod dieses Amerikaners setzte er sich mit dessen Mitarbeiter, dem Antiquitäteninspektor Howard Carter, in Verbindung und leitete mit ihm zusammen weiter die Ausgrabungen im Tal der Könige. 7 Jahre lang wurde die Arbeit fortgeführt, ehe sie zu der Entdeckung des Königsgrabs führte.

**Kurze Chronik** Das New Yorker Carnegieinstitut beabsichtigt eine *monumentale Geschichte des Weltkriegs* in 150 Bänden herauszubringen. Das riesenhafte Unternehmen wird von dem Professor Shottwell geleitet. Die hervorragendsten internationalen Sachverständigen sollen zur Mitarbeit für das Werk gewonnen werden, das vor allem auch der Kritik dienen soll. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse aller kriegführenden Länder vor und nach dem Krieg sollen eingehend studiert und dargestellt werden. ◊ Im Rabbinerseminar in Berlin hielt der Dozent Abraham Grünberg einen Vortrag über das Alter der *hebräischen Punctuation*. Nach seinen Nachforschungen müsse die Vokalisation mindestens für den gesetzlichen Teil der Bibel ebenso alt wie der

Konsonantentext und vielleicht erst spät schriftlich fixiert worden sein. Daß die Israeliten von einer offiziellen Punktation der Heiligen Schrift absahen, habe wohl seinen Grund auch in der frühzeitigen Zerstreuung der Juden über viele Länder, die die verschiedensten Arten der Aussprache erzeugte und so eine einheitliche Vokalisation unmöglich machte, während die zusammenlebenden Samaritaner eine solche Punktation in ihr offizielles Biblexemplar einfügen konnten. ◊ Die berühmte, im 17. Jahrhundert gegründete, von Napoléon 1811 erneuerte italienische *Accademia della Crusca*, die der Reinerhaltung der italienischen Sprache dienen sollte, ist von Mussolini, aus Gründen der Sparsamkeit, aufgelöst worden. Ihre Hauptarbeit bestand in der Herausgabe eines vollständigen Wörterbuchs der italienischen Sprache, das bis zu dem Buchstaben P fortgeführt ist. Das Material der Akademie wie ihre Kartothek sollen der Biblioteca Riccardiana in Florenz zum Gebrauch für die Studierenden überwiesen werden. ◊ Im Journal des Débats wurde ein *Brief Mommsens* an den französischen Kirchenhistoriker Abbé Duchesne vom Dezember 1896 veröffentlicht. Der französische Gelehrte hatte an Mommsen ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen auf einen Irrtum in einer Angabe über das Grab des Gegenpapstes Felix II. aufmerksam macht. In der französisch geschriebenen Antwort Theodor Mommsens versucht dieser seine Angaben zu rechtfertigen, bedankt sich aber im übrigen für die liebenswürdige Art der Polemik seines französischen Kollegen, von der er wünscht, daß sie auch der »deutschen Polemik« eigen wäre.

**Literatur** Ein Vortrag *Friedrich Meineskes* Persönlichkeit und geschichtliche Welt ist im Druck erschienen /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/. Es sei auf ihn aufmerksam gemacht. ◊ In einer kleinen Schrift vergleicht *Georg Brandes* Hellas einst und jetzt /Berlin, Elena Gottschalk/. ◊ Die Kommune der Wiedertäufer in Münster wird von *Hans Ritschl* auf Grund kritischer Quellenstudien untersucht /Bonn, Kurt Schroeder/. ◊ In einer neuen, kleinen Schrift Die Berechnung der Geschichte und Deutschlands Zukunft /München, Jos. C. Huber/ legt *Max Kemmerich* seine, in dieser Rundschau schon besprochenen, Anschauungen nieder. Er setzt sich bei dieser Gelegenheit mit **Stromer** Reichenbach auseinander.

## KUNST

### Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

**Steinlen** † Am 14. Dezember 1923 starb im Alter von 64 Jahren in Paris, der Stätte seines langjährigen Wirkens, Théophile Alexandre Steinlen, der Zeichner der Proletariertypen der Großstadt. Sein besonderes Künstlerum, das sich ohne jede Ausbildung durchsetzte, brach sich zuerst bei der Ausschmückung des eben in Paris von Rodolphe Salis gegründeten Überbrettels Bahn, dem er seinen Stift lieh. Aus diesem Überbrettel ging das berühmt gewordene Chat Noir hervor, dessen Schild, der schwarze Kater, ebenfalls von Steinlen stammt. Später entfaltete sich Steinlens eigentliche Art in den Illustrationen zu Bruants Liedern: hier zeichnete er das Volk von Paris in seinem Leben und Arbeiten, auch im furchtbaren Elend. Als Illustrator des *Chambard*, eines wöchentlich erscheinenden Blattes, dann des *Gil Blas*, entwickelte Steinlen eine umfassende Tätigkeit, die seinen Ruhm auch weit über die Grenzen Frankreichs hinausstrug. Bald wurden seine politischen Plakate, seine revolutionären Streikblätter, die mit anklagendem Realismus oder karikaturistisch übertreibend für die Sache des Proletariats kämpften, den Fühlenden aller Welt bekannt. Daneben hat er Szenen aus dem Pariser Leben, Blätter von großer Unmittelbarkeit, geschaffen. Der Werdegang Steinlens ist in den Sozialistischen Monatsheften (1904 I Seite 220 ff.) bereits vor 20 Jahren in einem besondern Artikel geschildert worden, dem auch sein Porträt beigegeben war. In seinen letzten Lebenstagen, nach 5 Jahren Weltkrieg und 5 Jahren Nachkrieg, hat er sich mit seiner Zeichnung für die Hungernden aller Welt eingesetzt.

**Neoplastizismus** Der russische Suprematismus Kasimir Malewitsch' und der holländische Neoplastizismus Piet Mondrians haben gleichzeitig, aber von einander unabhängig, die durch den Rahmen isolierte Bildfläche zur letzten Konsequenz ihrer Gestaltungsmöglichkeit geführt. Bei Malewitsch geschah dies durch die absolute Reduktion auf das Quadrat zur gleichmäßig mit einer Farbe glattgestrichenen Fläche, bei Mondrian durch unveränderliche Wiederholung des Quadrats innerhalb der quadratischen Bildfläche. Durch Hypertrophierung des Quadrats als der einfachsten unbetontesten Form hat Mondrian das Bild als solches aufgehoben,

die Fläche lediglich zur Festlegung reiner Farbverhältnisse benutzt. Aus seinem, im Stil und Merz veröffentlichten Manifest *Het Neo-Plasticisme* seien die folgenden wesentlichen Ausführungen wiedergegeben: Die Zeit beginnt zu reifen, wo die Schönheit der Kunst durch Lebensschönheit ersetzt wird. Aber was wir unter Leben verstehen, ist nicht das subjektive Leben des einzelnen, sondern das gemeinschaftliche Leben von jedemann. Die wirkliche Schönheit entsteht nicht durch subjektive Gestaltung: diese schafft eine Illusion. Wir verstehen unter Schönheit: Einheit, Gleichgewicht durch Wertung aller Teile, als Auswirkung einer gleichwertigen Lebenspolarität. Um zu einer reinen Stellung dem Leben gegenüber zu kommen, muß alles, was uns umgibt und zu uns spricht, in einem reinen Verhältnis zu uns stehen. Die Schönheit der Umgebung kann nur durch die Kunst vorbereitet werden. Ihre wichtigste Aufgabe ist es daher in dem Umgebenden sich zu realisieren. Sie muß Zeugnis ablegen von unserm gereiften Menschsein, Abbild unserer ausgewogenen Lebenspolarität sein. Der gereifte Mensch sieht den Inhalt als Erscheinung. Damit hört alle Beschreibung auf. Die Erscheinung spricht selbst alles aus, frei von Zeit und Raum. Sie bringt das Unveränderliche in der Begrenztheit zum Ausdruck. Im Begrenzten ist das Unveränderliche Tatsache geworden. Die Tatsache hat ihre in sich begrenzte Erscheinung. Sie ist objektiv oder abstrakt, verglichen mit der wechselnden Erscheinung des Veränderlichen. Aber für den neuen Menschen ist sie real. Die alte Formplastik stellt unvermeidlich die Tragik von Natur und Nichtnatur dar, die durch den Dualismus entsteht. Die neue Plastik ist Ausdruck des sich entwickelnden reifenden Lebens. Gereift haben Natur und Nichtnatur einander umgeschaffen, ein klares Gleichgewicht hergestellt. Durch die Gleichwertigkeit des einen und andern ist die Dualität aufgehoben. Der Neoplastizismus bildet diese Einheit. Er bildet die Gleichwertigkeit von Natur und Nichtnatur. Die verinnerlichte Äußerlichkeit und die veräußerlichte Innerlichkeit. Er bildet Flächen von scharfer Begrenzung, realisiert sie durch reine Grundfarben: gelb, blau und rot, denen die Nichtfarben: weiß, schwarz und grau, gegenüberstehen. Er bildet eine Vielheit von Flächen in Farben und Nichtfarben nach dem Maß der innern Notwendigkeit. Er gestaltet mit einem universellen Bildungsmittel, das durch die Vielheit der Gegenüber-

stellung aufgehoben, durch die Komposition universell gestaltet wird. Was außerhalb von Zeit und Raum liegt, ist darum nicht unwirklich. Es ist ursprünglich intuitiv in uns vorhanden. Zur Realität wird es, wo die Intuition stark geworden ist. Die neue Plastik ist die sich bildende, zur Selbstbeschränkung gekommene Intuition.

**Raumgestaltung** Die sich periodisch wiederholenden großen Ausstellungen geben einen Querschnitt durch das Schaffen der Zeit. Das ist ihr Vorteil und macht sie trotz ihrer Unübersichtlichkeit zur Notwendigkeit. Man muß aber feststellen, daß die heutige Kunst ursprünglicher Schöpferkraft ziemlich fernsteht. Sie erschöpft sich in unfruchtbarem Epigonentum. Was auch Bedeutendes geschaffen wird, immer wird es, durch geschickte Imitatoren ausgebeutet und verflacht, zur kritiklosen Kopie werden. Der Kitsch der Rechten findet immer sein Gegenstück im Kitsch der Linken. Heute ist das Quadrat Objekt der Verkitschung. Bei einigen wenigstens mit Geschmack; bei den meisten nur aus dem banalen Bedürfnis heraus auch dabei gewesen zu sein. Vom Bauhaus bis zum kleinsten "revolutionär" sein wollenden Maler macht heute alles in Quadratur. Man sollte endlich einsehen, daß diese Industrialisierung der Kunst keinen Zweck hat, und sich lieber der eigentlichen Industrie zuwenden, wirkliche produktive Arbeit leisten. Diese Art Kunstbetrieb ist doch nichts anderes als ein letzter Rettungsversuch sich wichtig vorkommender Individualitäten, die keine sind, es aber um so mehr betonen. Was vor allem fehlt, ist Lebendigkeit, Stellungnahme, schöpferischer Entschluß.

Wie gefährlich solch unfruchtbarer Formalismus ist, zeigte der von *Vilmos Huszar* und *Georg Rietveld* neulich in der Juryfreien Kunstschau in Berlin ausgestellte Raum. Ein Versuch durch gemeinsame Arbeit mehrere Disziplinen zu einheitlicher Gestaltung eines Raums zu vereinen; allerdings mit völlig negativem Erfolg, den neuen Formalismus völlig ad absurdum führend. Diese Raumgestaltung wird zum belanglosen Ornament, nicht zur Bindung der räumlichen Elemente, aber zur Bindung des Lebens im Raum. Das Tafelbild hat durch seine dauernd neue Problemstellung Wesentliches zur Klärung des Raums als Realität beigetragen. Ein Irrtum ist es aber das Tafelbild einfach vergrößert auf Wände, Decke, Boden und Möbel des Raums

übertragen zu wollen. Der Raum ist wie das Möbel ein Gebrauchsgegenstand, er wird durch den Gebrauchszweck bestimmt und kann nur aus sich heraus mit den ihm eigentümlichen Elementen gestaltet werden, keineswegs aber durch dekorative Arrangements mit noch so modernen Formen.

Daß jene Ausstellung der Juryfreien neben verflüchtigen Abstraktionen auch belangvolle Werke bekannter Künstler enthält, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Doch sagen sie auch über ihre Schöpfer nichts Neues.

**Dix** Der Verismus ist aus dem Wahrheitsfanatismus einiger Maler hervorgegangen. Otto

Dix ist einer seiner markantesten Vertreter. Seine Bilder sind ein Zugleich von mikroskopischer Exaktheit und traumhafter Visionskraft. Sie sind aber gleich entfernt vom Naturalismus, der ohne äußere Richtigkeit nicht auskommen glaubt, wie vom seelensuchenden Expressionismus, der die Wirklichkeit verachtend aufgibt, sich in das Reich seiner Vorstellungen flüchtet. Das kommt: Dix hat einen Inhalt, ein Ziel. Mit Ironie und Zynismus bekämpft er das Variétéhafte unserer Schieberwelt. Er enthüllt mit prägnanter Sachlichkeit ihre Physiognomie, klagt an und vernichtet zugleich.

Manche seiner Porträts stehen vor Miethausprospekten, deren Monstrositäten ihm zum erstaunlich gehandhabten Mittel werden das Milieu seiner Menschen zu fixieren. Er ergänzt damit ihre Physiognomie, vervollkommnet ihren Habitus. So ist ihm der Hintergrund nie Staffage, rasch erhaschter Effekt, sondern wesentlicher Bildbestandteil, physiognomisches Element. Aber er versteht auch Reales mit Phantastischem zu mischen, die Simultaneität des Ablaufs der Geschehnisse zum Ausdruck zu bringen. Befindet man sich in seinem Bild An die Schönheit etwa in einem Wachsfigurenkabinett oder in einem Tanzsalon mit Jazzband und Niggern inmitten mondäner Eleganz? Höchstwahrscheinlich gleichzeitig in beiden: in der Vision des smarten Elegants im Vordergrund, dessen hastige Bewegung nach dem Telefon, dessen gespannte und energische Haltung wohl durch den plötzlichen Gedanken an die Börse hervorgerufen werden, und der eben im Begriff ist jene Erinnerungen zu überwinden.

Erstaunlich ist bei Dix die Farbigkeit der Darstellung, der Nuancenreichtum seiner Töne. Sein veristischer Drang

nach Erfassung des Gegenständlichen ist durchaus seiner Ausdrucksfähigkeit adäquat. Er bannt das Leben und gibt ihm zugleich den Ausdruck des Unwirklichen, Puppen- und Schemenhaften.

Dix war Malerei nie Vorwand zur Kultivierung eines vagen Ästhetentums. Wie Grosz, Scholz, Schlichter, Felix Müller und andere hat er aus ihr ein politisches Kampfmittel gemacht. Daher die Provokanz seiner Sujets; seine Unerbittlichkeit in der Darstellung der Prostitution und des Arbeiterelends und deren Gegenpol: die verschwenderische üppige Genußwelt der Schlemmer und Schieber.

**Totenliste** Am 7. November 1923 starb der norwegische Maler und Kunstsammler *Bernt Grönvold* im Alter von 65 Jahren. Er lebte lange in Berlin. Er schätzte besonders die Kunst der Biedermeierzeit, zu deren Kenntnis er vielerlei beigetragen hat. Sein Hauptverdienst ist den Hamburger Maler Wasmann aus dem Dunkel der Vergessenheit gezogen zu haben. Seine mit unermüdlichem Eifer zusammengebrachte Sammlung hing jahrelang in der Berliner Nationalgalerie und hat jetzt in der Hamburger Kunsthalle Aufnahme gefunden. Wichtig war auch seine Mitarbeit für das Zustandekommen der Jahrhundertausstellung 1906, die seinen Sammlerspirsinn auch in weiteren Kreisen bekannt machte. Der Kunstfreund in ihm verdrängte immer mehr den Maler, der selbst am Anfang des Jahrhunderts in einer vielbeachteten Ausstellung mit zartfarbigen Landschaften und Porträts hervorgetreten war.

Ende November starb der Berliner Maler *Rudolf von Voigtländer* kurz vor seinem 70. Geburtstag. Er stammte aus Braunschweig, kam aber früh nach Berlin, wo er sich besonders als Proträtmaler betätigte. Die Nationalgalerie besitzt von ihm ein Porträt des Mathematikers Weierstraß.

Anfang Januar 1924 starb der Pariser Maler und Zeichner *Paul Renouard*, 79 Jahre alt. Er war vor allem Illustrator. Er arbeitete für französische, englische auch für deutsche Zeitschriften. Seine Reiseskizzen aus Palästina erregten seinerzeit in Paris Aufsehen.

Anfang dieses Jahres starb auch in Frankfurt am Main nach langer und schwerer Krankheit *Wilhelm Steinhäusen*, fast 78 Jahre alt. Er war ein Schüler und Anhänger Ludwigs Richters. Später schloß er sich Hans Thoma an, mit dessen Archaismus er die Frömmigkeit der Nazarener verband.

**Kurze Chronik** Die nächste der alle 2 Jahre stattfindenden großen internationalen Kunstausstellungen in Rom wird zum erstenmal nach dem Krieg auch eine Deutsche Abteilung haben. Max Liebermann ist beauftragt worden die Werke auszuwählen und hat 50 Bilder lebender Maler zusammengestellt, die, da sie alle Richtungen der Gegenwart berücksichtigen, ein *Gesamtbild der deutschen Malerei* geben. Auf besondern Wunsch der italienischen Ausstellungsleitung wird dieser Kollektion eine, an Umfang nicht große rückblickende Abteilung angegliedert. Hierfür stellten die preußischen Staatssammlungen, die Hamburger Kunsthalle sowie mehrere deutsche Privatsammlungen Werke zur Verfügung. ◊ Das von der Juryfreien Kunstschau in Berlin begründete Museum hat anlässlich der letzten Juryfreien Ausstellung Gemälde und Aquarelle der verstorbenen Malerin Hedwig Weiß sowie solche von Robert Richter, Heinrich Schwarz und William Straube erworben. ◊ Nach der Umgestaltung der Mittelalterlichen Abteilung des Kölner Wallraf-Richartz-Museums durch den Direktor Schäfer fand nun auch die Umgestaltung der Modernen Abteilung dieses Museums durch den Direktor Secker ihren Abschluß, so daß das Museum Anfang Oktober eröffnet werden konnte. ◊ Das *Deutsche Kunsthistorische Institut in Florenz* wurde dank der Energie Wilhelm Bodes und dem Entgegenkommen der italienischen Kunstverwaltung wiedereröffnet. ◊ Infolge des bayrischen Kurses hat *Heinrich Wölfflin* München verlassen. Er folgte einem Ruf an die Universität Zürich.

**Literatur** Wege zur Kunstbetrachtung nennt *Gustav Johannes von Allesch* eine Schrift mit 20 Bildtafeln /Dresden, Sibyllenverlag/, die bei dem heutigen steten Wandel der künstlerischen Absichten und des künstlerischen Wirkens das Unwandelbare, das Gesetzmäßige sucht. Er versucht die Grundanschauung begrifflich zu machen, nach der die Fülle der Werke nur Variationen der einzigen großen schöpferischen Triebkraft des Menschen sind. ◊ Um das gesamte Reich der Kunst von der Steinzeit bis auf die Gegenwart verständlich zu machen, stellt *Clive Bell* in seinem Buch *Kunst* /Dresden, Sibyllenverlag/ eine Hypothese auf, die dahin zielt, »daß das, was der Schaffende im Augenblick der Inspiration fühlt, und das, was der Beschauer vor dem Kunstwerk erlebt, Empfindung von der glei-

chen Art ist, Empfindung, die lediglich ausgedrückt werden kann durch bedeutungsvolle Form«. Völlig voraussetzungslos stellt er sich auf nichts anderes als auf das künstlerische Erlebnis ein. Er will den Weg zur Kunst von der "Museumsatmosphäre" befreien. ◊ Eng und begrenzt dagegen ist die Anleitung zur Kunstbetrachtung *Der Kunstfreund* (Stuttgart, Franckh'), in der sich *Ferdinand Kuhl* die gleiche Aufgabe wie Bell gestellt hat, dabei aber kaum über deutsche Beispiele hinauskommt. Er hat viele falsche Götter. ◊ Mit seiner Entwicklungsgeschichte der Stile in der bildenden Kunst (in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*) will *Ernst Cohn-Wiener* eine Übersicht über die Stile geben. Das kleine Werk ist mit zahlreichen Abbildungen versehen und sehr orientierend und instruktiv

## KULTUR

### Technik Heinrich Lax

Steinmetz † Am 26. Oktober 1923 verstarb ganz plötzlich im Schenectady am Herzschlag Charles Proteus Steinmetz, der wohl der bedeutendste und fruchtbarste Elektrotechniker unserer Zeit gewesen ist. Steinmetz war am 9. April 1865 in Breslau geboren und hatte an der Universität seiner Heimatstadt Mathematik, Physik und Astronomie studiert. Seine phänomenale mathematische Begabung und sein großes pädagogisches Talent wiesen ihn auf die akademische Laufbahn. Seine passive Beteiligung an dem großen Breslauer Sozialistenprozeß vom Jahr 1887, vor dessen Puttkamerschen Auswirkung er sich aber noch rechtzeitig durch die Flucht nach Zürich retten konnte, führte ihn jedoch der Technik, speziell der Elektrotechnik, zu. Im Jahr 1889 wanderte er, mit ausgezeichneten Empfehlungen ausgerüstet, nach Amerika aus, das seine Wahlheimat wurde. In der damals in Amerika noch rein auf die Erfahrung eingestellten Elektrotechnik erlangte er sofort eine große Überlegenheit durch seine strenge mathematische und theoretisch physikalische Schulung. Er hat deshalb auch die Elektrotechnik, insbesondere die Wechselstromtechnik, durch mathematische Behandlung und systematische Untersuchungen in hervorragendem Maß gefördert. Sein Werk *Alternating Current Phenomena* ist ein grundlegendes Werk der modernen Elektrotechnik geworden. Aber auch andere Gebiete hat er durch eigene, tief schürfende Arbeiten befruchtet. Dies gilt vor

allem von der Lichttechnik, die er früher als andere als besondere technische Disziplin erkannt hatte. Zahllos sind seine Abhandlungen in der technischen und wissenschaftlichen Literatur Amerikas. Seine große universelle Bildung ermöglichte es ihm auch immer etwas zu sagen, aktuellen Problemen neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Er wurde deshalb auch bei allen großen technischen Fragen, bei allen wichtigen Projekten zu Rate gezogen, und sein kluges Wort wurde immer gehört und willig beachtet. Er stand ganz im Mittelpunkt der amerikanischen Elektrotechnik, was sich auch in den Ehrungen ausdrückte, die ihm bei allen Kongressen und Veranstaltungen der wissenschaftlich-technischen Gesellschaften zuteil wurden. Alle namhaften amerikanischen Fachzeitschriften und auch die Tageszeitungen haben bei seinem Ableben den bedeutenden Techniker und den allseitig verehrten Menschen nach Verdienst gewürdigt. Den politischen Idealen seiner Jugend ist Steinmetz treu geblieben; ohne auf eine starre Parteidoktrin eingeschworen zu sein, blieb er überzeugter Sozialist und Demokrat.

**Eiffel †** In Paris starb am 28. Dezember im hohen Alter von 92 Jahren der berühmte

Erbauer des Eiffelturms, der französische Ingenieur Gustave Eiffel. Schon früh war sein technisches Genie beim Bau von Brücken hervorgetreten, so im Jahr 1858 bei dem der Eisenbahnbrücke über die Garonne. Als Denkmäler seiner technischen Leistungen stehen nicht nur in Frankreich sondern auch in Portugal und in Ungarn Eiffelsche Brückenbauten. Der Weltruhm Eiffels aber beruht auf der Aufrichtung des kühnen Eisenturms, den er 1889 für die Pariser Weltausstellung entwarf und ganz aus eigenen Mitteln erbaute. In allen Ländern erhob sich damals ein leidenschaftlicher Streit um die Möglichkeit dieses eisernen Wahrzeichen kühner Menschenphantasie in die Wirklichkeit zu übersetzen. Als es dann stand, hoch die Dächer und Türme der Seinestadt überragend, konnte man sich Paris kaum mehr ohne seinen Eiffelturm denken, der einer der größten Anziehungspunkte für den Zustrom der Fremden wurde. Der Turm, in seiner Höhe von 300 Meter der gewaltigste der Erde, ruht auf Betonklötzen von 670 Quadratmeter Grundfläche. Er wiegt 9 Millionen Kilogramm. 1762 Stufen führen bis zur Höhe hinauf. Er schwingt in mächtigen Linien und Wölbungen über die 2 breit ausladenden Plattformen bis zur Spitze

empor. Nur durch Anwendung neuer, machtvoller Konstruktionen war die bis dahin nie auch nur annähernd erreichte Höhe des Eisenbaus zu gewinnen. Nachdem der Eiffelturm da war, zeigte es sich, daß von ihm aus wissenschaftliche Untersuchungen aller Art zu unternehmen waren, vor allem meteorologische Beobachtungen. Eiffel selbst stellte Jahre hindurch solche Beobachtungen an und veröffentlichte ihre Resultate in einem besondern Werk. Ebenso wurde der Turm Ausgangspunkt für die ersten französischen flugtechnischen Versuche. Auch mit ihnen beschäftigte sich Eiffel selbst aufs eifrigste, und mit außerordentlichem Erfolg. Er stand in dauernder Verbindung mit den Begründern und den vorzüglichsten Förderern des Flugwesens, so mit den Brüdern Wright, Blériot, Voisin und anderen. Zur Ausbildung der Flugzeugmaschinen hat Eiffel viele Anregungen gegeben; er arbeitete auf diesem Gebiet bis zu seinem Tod. Der Eiffelturm gewann endlich eine auch von seinem Erbauer nicht geahnte technische Bedeutung durch die Erfindung der drahtlosen Telegraphie; seine Höhe machte ihn zu einer der wichtigsten drahtlosen Stationen. Erst 20 Jahre nach seiner Fertigstellung ging der Eiffelturm in den Besitz der Stadt Paris über.

**Radiotelephonie** Während in England und besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika der private Funkverkehr, oder genauer die private Aufnahme funkentelephonischer Sendungen, eine große Rolle spielt, hat in Deutschland diese Liebhaberei erst Ende des Jahres 1923 ihre behördliche Konzession erhalten, und es ist die letzte große Mode von Berlin und weiterer Umgebung sich einen Radioempfangsapparat anzuschaffen, um damit die in den Abendstunden im Voxhaus am Potsdamer Platz veranstalteten Konzerte drahtlos abzuhören und an 2 Tagen in der Woche Tanzmusik sich laut vorspielen zu lassen, nach der dann in privaten Zirkeln die letzten Schlager nachgehüpft werden können. Die Reichstelegraphenverwaltung hat nach langem Widerstreben ihren Segen hierzu erteilt, weil sie sich aus der Konzessionierung der von der privaten Industrie hergestellten Empfangsapparate eine gute Einnahmequelle verspricht, die ihr in ihren finanziellen Nöten wohl zu gönnen ist. Die Sache selbst hat aber weder besondere technische noch kulturelle Bedeutung. Ein technisches Problem war nicht mehr zu lösen, denn es bestand nur noch

die Aufgabe aus den vorhandenen Mitteln eine kleine handliche Apparatur zu schaffen, die auch jeder Laie zu bedienen imstande ist, und die nicht dazu mißbraucht werden kann amtliche Funkentelegramme oder Telephonate unbefugterweise aufzunehmen. Und kulturell wird noch viel weniger geleistet. Da sich an der musikalischen, wissenschaftlichen und choreographischen Unterhaltung möglichst viele Personen beteiligen sollen, um das Unternehmen wirklich lukrativ zu machen, kann die ganze Unterhaltung naturgemäß auf ein nur sehr bescheidenes, mittleres Niveau abgestimmt sein. Man bekommt etwa das gleiche Programm vorgesetzt, was auch die Phonographenplatten bieten. Während man aber beim Ankauf von Grammophonplatten wenigstens noch seinem individuellen Geschmack folgen kann, muß man sich bei den Voxhausveranstaltungen ganz der geschmacklichen Bevormundung des approbierten Regisseurs überlassen. Wie weit diese Bevormundung geht, das erhellt schon daraus, daß die Konzerte meist mit dem Deutschlandlied enden, und in das Repertoire der Vorträge auch die Mitteilung der letzten Sportereignisse hineingehört.

Der wirtschaftliche Rundfunk, der bereits seit längerer Zeit in Tätigkeit ist, hat wenigstens noch einen Sinn, indem er es mit einem Minimum an Energieaufwand und Beanspruchung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht einem beliebig großen Interessentenkreis alle wichtigen und bedeutungsvollen Wirtschaftsnachrichten rasch und gleichzeitig zu übermitteln. Der Unterhaltungsrundfunk läuft aber nur auf die Befriedigung des banalsten Unterhaltungsbedürfnisses hinaus, wobei als besonderes Reklamemittel die technische Sensation benutzt wird. Jeder, der sich im Kaufhaus des Westens oder an irgendeiner andern, behördlich zugelassenen Verkaufsstelle einen funken-telephonischen Empfangsapparat für einige Hundert Goldmark kauft, kommt sich sofort als technischer Mäzen vor, und nachdem er einige Schaltungen vorgenommen hat, glaubt er dann in Sachen der Wellentelegraphie oder -telephonie ein gewichtiges Wort in die Waagschale werfen zu dürfen, und er ist dazu noch ungeheuer modern. Nach den ersten genußfrohen Stunden der sensationellen Spielerei wird er dieser aber bald müde werden, wenn er sich nicht auf das Erfinden wirft. Die Käufer der offiziellen Apparate werden hierzu aber weit weniger angeregt werden als die Zaungäste der drahtlosen Unterhaltungsabende, de-

ren Gemeinde schon jetzt erheblich größer ist als die Reichstelephonverwaltung auch nur ahnt.

Diese hat nun zwar verfügt, daß der Wirtschaftsrundfunk nur auf der Welle von 400 bis 500 Meter gegeben werden darf, und daß das Unterhaltungsfunkentelephonat nur mit der Welle von 200 bis 250 Meter gegeben werden soll, während durch die Ausstattung und die Plombierung der zugelassenen Empfangsapparate die Abstimmung auf längere Wellen, die der Reichstelegraphie vorbehalten bleiben, und ebenso die Störung der offiziellen Funksprüche durch Rückkopplung verhindert werden soll. Hiermit wird aber nur dem Unfug gesteuert, der mit den offiziellen Apparaten getrieben werden kann. Unerfaßbar dagegen sind die inoffiziellen Apparate, deren Zahl wahrscheinlich bald größer als die der amtlich zugelassenen sein wird, zumal durch neue, für den Radioamateur bestimmte Zeitschriften und zahlreiche andere populäre Publikationen die theoretischen und technischen Elemente der Radiophonie bald Allgemein-gut sein werden.

Die private Radiospielerei ist übrigens durchaus nicht ganz unbedenklich; an dieser Stelle ist bereits früher erwähnt worden, daß durch die Rücksichtslosigkeit von Radioamateuren wichtige Funkenübermittlungen gestört werden können, wie das tatsächlich in England geschehen ist, wo die Hilferufe eines in Seenot befindlichen Schiffes in verhängnisvoller Weise unterdrückt worden sind.

#### Dänemark: Energiever- sorgung

Dänemark besitzt weder eigene nennenswerte Wasserkräfte noch eigene Kohlenlager. Die sehr bedeutende dänische Industrie war deshalb bisher so gut wie ausschließlich auf die Einfuhr von Steinkohlen angewiesen. Seit 1921 arbeitet nun aber eine von den Regierungen Dänemarks, Schwedens und Norwegens eingesetzte Sachverständigenkommission, um die Frage der elektrischen Übertragung der Energie norwegischer Wasserkräfte nach Dänemark zu studieren. Vor kurzem hat diese Kommission ihr Gutachten abgegeben. Danach wird der gesamte Bedarf Dänemarks an elektrischer Energie in den nächsten 10 bis 15 Jahren rund 500 Millionen Kilowattstunden jährlich bei einer Höchstleistung von 150 000 Kilowatt betragen. Für die Energieübertragung und -verteilung sind mehrere Projekte ausgearbeitet worden: 1. Der Strom wird einer Kraftanlage in Südnorwegen entnommen, unter Hochspan-

nung nach Aarhus und Kopenhagen überführt und dort für die weitere Verteilung in Drehstrom von 50 000 Volt umgeformt; die Übertragung geschieht in Norwegen, Jütland und Seeland mittels Luftleitung, im Skagerrak sowie zwischen Jütland und Seeland (Kleiner und Großer Belt) durch Unterseekabel von 130 und 60 Kilometer Länge. 2. Die Energie wird von einer noch im Bau befindlichen Zentrale Nore oder einer andern Zentrale im südöstlichen Norwegen als hochgespannter Gleichstrom über Trollhättan und Helsingborg in Schweden nach Kopenhagen, Kolding und Aarhus geleitet, wo die Umformung in Drehstrom erfolgt; bei diesem Plan kämen nur verhältnismäßig kurze Unterwasserkabel in Frage, nämlich im Sund und zwischen Seeland und Fünen. 3. Drehstrom wird mit 130 000 Volt beispielsweise vom Norkraftwerk mittels Luftleitung über Norwegen und Schweden und nach Helsingborg geführt, wo man ihn für die Übertragung nach Dänemark durch ein im Sund gebettetes Kabel und für die weitere Verteilung nach den angegebenen Verbrauchszentren auf 50 000 Volt herunter transformiert. 4. Transport wie im vorigen Fall durch Schweden, aber von Helsingborg aus ohne Herabtransformierung mittels Luftleitung über den Sund nach Kopenhagen und Kalundborg, wo die Spannung auf 50 000 Volt herabgemindert wird. Die gesamten Anlagekosten für eine Überführung von 42 000 Kilowatt im ersten Ausbau sind von der Kommission zu 50 bis 60 Millionen dänische Kronen berechnet worden. Die Kosten aller 4 Projekte sind ungefähr die nämlichen. Unter der Voraussetzung, daß das Hochspannungskabel im Skagerrak ohne Risiko angewandt werden kann, würde sich die unmittelbare Übertragung der Energie von Norwegen nach Dänemark ebenso günstig gestalten wie der Transport über Schweden. Für diesen Weg spricht indessen der Umstand, daß hierdurch eine Verbindung aller 3 skandinavischen Netze möglich werden würde.

**Beleuchtungs-** Die Deutsche Beleuchtungs-  
**normen** technische Gesellschaft hat  
Leitsätze für die Beleuchtung im Freien herausgegeben. Sie verlangt: »Überall, wo im Freien ein öffentlicher oder größerer privater Verkehr stattfinden kann, also auf Straßen und Plätzen, Bahnhof-, Gleis- und Kaianlagen, auf Fabrikhöfen und dergleichen, muß die Beleuchtung durch künstliche Lichtquellen nach Stärke und Güte den

Ansprüchen der öffentlichen Sicherheit und des Verkehrs entsprechen. Die Beleuchtung von Straßen und Plätzen muß außerdem berechtigten ästhetischen Forderungen genügen ... Die Beleuchtung im Freien wird als Horizontalbeleuchtung in 1 Meter Höhe über dem Erdboden gemessen. Sie wird nach der mittlern Beleuchtungsstärke und nach der Mindestbeleuchtung an nicht durch Schlagschatten getroffenen Stellen bewertet.« Während der normalen Verkehrszeiten soll die mittlere Beleuchtungsstärke auf Gleisfeldern 0,2 bis 0,5 (die Mindestbeleuchtungsstärke 0,1 bis 0,3) Lux betragen, auf Gleisfeldern im Bereich der Weichen, auf Fabrikhöfen, auf Kaianlagen 0,5 bis 1,5 (0,2 bis 0,5), auf Straßen und Plätzen mit schwachem Verkehr 0,5 bis 1,5 (0,05 bis 0,3), mit stärkerem Verkehr 1,5 bis 5 (0,3 bis 1), mit starkem Verkehr auf Bahnhofsvorplätzen, Verkehrszentren in Großstädten 5 bis 10 (1 bis 2). »Alle Zahlen stellen Mindestwerte dar, die kleineren Zahlen dürfen gewählt werden, solange die wirtschaftliche Not die Ansprüche zu vermindern zwingt.« Über die Güte der Beleuchtung sagen die Leitsätze: »Die Beleuchtung soll so gleichmäßig wie möglich sein. Zeitliche Schwankungen in der Beleuchtungsstärke sind zu vermeiden, ebenso scharfe Schlagschatten an Stellen starken Verkehrs. Störende Blendung durch die Lampen der öffentlichen Beleuchtung, durch Schaufenster- und Reklamebeleuchtung, durch Signallaternen muß vermieden werden; ihre Leuchtdichte ist zu diesem Zwecke durch lichtstreuende Mittel herabzusetzen. Signallichter (an Baustellen, Eisenbahnanlagen, Straßenbahnkreuzungen, Schlagbäumen usw.) dürfen durch Lampen der öffentlichen Beleuchtung nicht überstrahlt werden und nicht mit ihnen verwechselbar sein.« Über den Betrieb überhaupt wird folgendes ausgesagt: »Die Beleuchtung im Freien durch künstliche Lichtquellen ist in unseren Breiten erforderlich: im Winterhalbjahr von  $\frac{1}{4}$  Stunden nach Sonnenuntergang bis  $\frac{1}{4}$  Stunden vor Sonnenaufgang; im Sommerhalbjahr von 1 Stunde nach Sonnenuntergang bis 1 Stunde vor Sonnenaufgang.« Außerhalb der Verkehrszeiten kann ihre Stärke »je nach der Bedeutung der Straße, des Platzes usw. mehr oder weniger vermindert, unter Umständen auf den Betrieb von Richtlampen eingeschränkt werden. Die der Beleuchtung im Freien dienenden Lampen sind dauernd betriebsbereit zu halten und regelmäßig zu warten und zu reinigen.«

**Totenliste** Am 3. November 1923 starb in Berlin der Chemiker *Carl Harries*, nach langem Leiden, in seinem 58. Lebensjahr. Er war von 1904 bis 1916 Professor an der Universität Kiel, von 1918 ab Professor an der Technischen Hochschule Berlin. Seine große technische Leistung war die Entdeckung eines Verfahrens zur Herstellung künstlichen Kautschuks. Während des Weltkriegs beschäftigten ihn Untersuchungen über die Verwertung der Braunkohlevorräte. In den letzten Jahren war er im Siemenskonzern Delegierter des Aufsichtsrats für wissenschaftlich-technische Angelegenheiten.

**Kurze Chronik** Zwischen Nauen und Peking sind kürzlich *funkentelegraphische* Versuche veranstaltet worden, die so günstige Erfolge hatten, daß mit einem täglichen Probeverkehr begonnen werden konnte. Die Rettungsboote des Lloyd dampfers *Columbus* sind mit Funkentelegraphenanlagen ausgerüstet, die eine Reichweite von 60 bis 70 Seemeilen haben.  $\diamond$  Eine *Stufenbahn* von 60 Meter Länge ist von der New Yorker Rapid Transit an Stelle von Pendelzügen versuchsweise in Betrieb genommen worden. Die Verbindung respektive Nichtverbindung, der beiden sehr weit auseinanderliegenden Berliner Untergrundbahnhöfe Leipziger Straße schreit förmlich nach einer Stufenbahn.  $\diamond$  Das jetzt auf so tragische Weise vernichtete *Luftschiff Dixmuiden*, ein auf Grund des Versailler Friedensvertrags abgelieferter Zeppelinluftkreuzer, hatte vor seiner Unglücksfahrt eine gewaltige Leistung vollbracht. Am 26. September 1923 war es über das Mitteländische Meer nach Algier, hierauf östlich nach Biserta und Gabes geflogen und hatte dann die marokkanische Grenze angesteuert. Nach der Rückkehr nach Biserta sollte das Meer in der Richtung über Sardinien wieder überflogen werden. Das schlechte Wetter zwang das Luftschiff jedoch an die afrikanische Küste zurückzukehren; es überquerte dann die See auf der Strecke von Sizilien über Corsica nach Marseille, flog dann weiter über Bordeaux und Paris und landete am 30. September in Toulon. Die ganze Strecke von 7000 Kilometer wurde in 118 Stunden 41 Minuten ohne Zwischenlandung zurückgelegt.  $\diamond$  Zur *Hebung gesunkener Schiffe* hat der Amerikaner J. W. Reno mit Erfolg einen Raupenschlepper benutzt, der auf den Meeresgrund herabgelassen wird, und von dem aus in die Außenhaut des

zu bergenden Schiffes große Löcher gebohrt werden. In diese Löcher werden dann die Haken der eigentlichen Hebezeuge eingehängt.  $\diamond$  Zur *Beseitigung von Kesselstein* ist von den Siemens-Schuckert-Werken ein elektrolytisches Verfahren ausgearbeitet worden, das sich ausgezeichnet bewährt hat. Es besteht darin, daß in einem Dampfkessel die Kesselwand zum negativen Pol einer galvanischen Kette gemacht wird, während die positive Elektrode isoliert durch die Kesselwand hindurch geführt wird. Sobald ein Strom durch diese Kette hindurch geht, scheidet sich an der Kesselwand Wasserstoff aus, der das Ansetzen von Kesselstein verhindert.  $\diamond$  Es wird projektiert den Bodensee als *Riesentalsperre* für den Rhein auszubauen. Die Bodenseeregulierung sieht einen Stau von dem Konstanzer Niedrigwasserstand von 3 Meter auf den Hochwasserstand von 4,8 Meter vor. Es würde hierdurch eine Aufspeicherung von 1 Milliarde Kubikmeter ermöglicht und die Wasserführung des Oberrheins von 40 bis 50 Kubikmeter in der Sekunde auf 120 bis 150 Kubikmeter erhöht werden.  $\diamond$  Nachdem sich die Fernsprechämter für Selbstanschluß in München, Dresden, Stuttgart, Freiburg im Breisgau und in 70 kleineren Ämtern bestens bewährt haben, ist neuerdings in Weilheim das erste *automatische Fernamt* der Welt eröffnet worden, das den Orts-, Nachbarorts- und Fernverkehr automatisch vermittelt.

**Literatur** Was hat Gutenberg erfunden? ist der Titel einer von *Gustav Mori* verfaßten Publikation über den wahren Inhalt der Gutenbergischen Erfindung /Frankfurt, D. Stempel/. Aus den spärlichen Quellen, die zur Vertügung standen, wird mit zwingender Logik der Nachweis geführt, daß der Guß beweglicher Lettern aus einer bleibenden Form die eigentliche Erfindung Gutenbergs darstellt, durch die die Vollendung der Buchdruckerkunst überhaupt erst möglich geworden ist. Eine scharfe Analyse der Gutenbergischen Frühdrucke unterstützt die kasuistische Beweisführung, und zahlreiche, gut erläuterte und hervorragend schön reproduzierte Abbildungen machen den Beweis auch für den Laien zwingend.  $\diamond$  Die unter dem Titel *Der Lichtbildner von Siegfried Boelcke* herausgegebene Anleitung für Liebhaberphotographen /Stuttgart, Franckh/ ist in 8. Auflage erschienen. Die hohe Zahl der Auflagen ist an und für sich schon eine Bürgschaft dafür, daß diese Anleitung

unter den zahlreichen Schriften für Liebhaberphotographen etwas Besonderes bieten muß. Das ist auch in der Tat der Fall. Wenn man das Büchlein mit einem Satz kurz kennzeichnen will, kann man sagen, daß durch die Boelckesche Anleitung dem Amateurphotographen seine Kunst lieb gemacht wird. Das ist nur dadurch möglich geworden, daß ein wirklicher Könner und ein Kenner aller Schwierigkeiten das Wesen der Lichtbildnerlei dem Anfänger ohne allen überflüssigen Ballast auseinandersetzt. Störend ist nur die geflissentliche und manirierte "Verdeutschung" allgemein gebräuchlicher Fachausdrücke. ◊ In seinen Technischen Träumen /Zürich, Rascher & Cie./ schildert der durch seine ausgezeichneten Popularisationen bekannte und geschätzte *Hanns Günther* (W. de Haas) eine Reihe von mehr oder weniger phantastischen Projekten, die darauf hinauslaufen den Folgen der Erschöpfung unserer irdischen Kohlenvorräte vorzubeugen. Da ist zunächst das Projekt des bekannten Physikers *Ramsay* erwähnt, das darauf hinausläuft die Kohlenvorräte, deren zu geringe Flözmächtigkeit ihren direkten Abbau unlohend erscheinen läßt, gleich unter der Erde zu entgasen und zu vergasen. Es folgt dann eine Besprechung derjenigen Vorschläge, die eine unmittelbare Verwandlung der Wärme in Elektrizität bezwecken, ferner eine Würdigung der Wasserkräfte und der direkten Ausnutzung der Sonnenstrahlung zur Deckung unseres Energiebedarfs. Natürlich fehlt auch nicht eine Besprechung der unmittelbaren Ausnutzung der Erdwärme. Die Verwendung der elektrischen und magnetischen Erdströme zur Energieerzeugung, die Ausnutzung des elektrischen Potentialgefälles zwischen der Erde und höheren Luftschichten werden gestreift. Und selbstverständlich kommt auch die Ausnutzung der Gezeiten zur Besprechung. Bei allen diesen Projekten weist der Verfasser scharf und klar die technische Realisierbarkeit und die, leider nur sehr geringen, wirtschaftlichen Aussichten nach. Die Darstellung ist klar und leicht faßlich, und nicht nur die berufsmäßigen Projektentwerfer, sondern auch alle diejenigen, die überhaupt ein Interesse für technische Probleme haben, können aus dem Werkchen, das mit einer Reihe guter und deutlicher Abbildungen versehen ist, lernen. ◊ Milliardenwerte aus den Sternen betitelt sich eine kleine Abhandlung *Max Valiers* /München, Verlag Natur und Kultur/, die einen guten Einblick in die Weltein-

lehre *Hanns Herbigers* gestattet, aus der sie technische Folgerungen zieht. Ohne zu der Hörbigerschen Theorie hier Stellung nehmen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß sie nicht mit einem einfachen Achselzucken abgetan werden kann, und daß sie durch ihre Anregungen und die kosmischen Ausblicke, die sie gewährt, zum mindesten genaue Nachprüfung durch die Fachwissenschaft und darüber hinaus auch allgemeines Interesse verdient.

## EINZELNES

### Neuerscheinungen

Tanz

*Fritz und Hanna Winther*  
(Der heilige Tanz /Rudolstadt, Greifenverlag/) sehen

im Rhythmus die Grundkraft alles Lebendigen, die den einzelnen über sich hinaushebt und ihn im Einklang mit etwas Größerem zusammenschwingen läßt. Dieses, daß der einzelne nicht mehr seine Zentrierung in sich fühlt, diese Verschmelzung mit etwas Umfassendem, ist der Boden zu jeder Ekstase und macht damit den Tanz zum berufenen Träger aller Religionskulte. Nur durch die Individualisierung der letzten Jahrhunderte konnte er diesen ihm eigenen Sinn verlieren. Jetzt spürt man aber wieder hier und dort den eigentlichen Geist des Tanzes, der die Menschen mit ihren Urgründen verknüpft, neu lebendig werden. Die Gruppentänze der Wandervögel, die Lohelandschule, die den Rhythmus des Ein- und Ausatmens, der Spannung und Entspannung als Basis nimmt, dann *Laban*, der in erster Reihe auf Raumerfassung ausgeht, dann *Wigman*, *Bara* und viele andere. Für diese Auffassung, die den Tanz als eine Gestaltung von einer Art Schwingung der Welt nimmt, findet sich in dem Buch eine lange Reihe von Belegen, in erster Reihe aus Berichten über Primitive, dann aber auch vieles sehr Interessante aus alter und auch orientalischer Literatur. Überhaupt zeigen die Verfasser eine außerordentliche sinnliche und seelische Feinfühligkeit im Erfassen solcher Zusammenhänge. Indes, man bangt sich nach ganz simplen und festen Bestimmtheiten. Ich glaube auch, daß bei den Naturvölkern und all denen, die in einer Religion wurzeln, diese Dinge, durch die Tradition und die sinnliche Kraft der Symbole, ein durchaus anderes Gesicht haben, trotz der Mystik und trotz der Ekstase, die darin stecken. Das richtungslos Verschwimmende unserer Mystik erzeugt leicht ein sehr unangenehmes Körpergefühl. *Liebeth Stern*